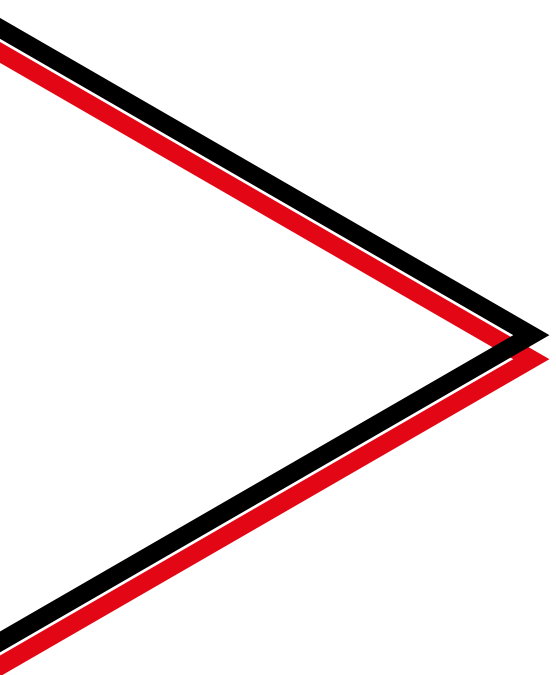


# **Gemeinsame Verantwortung für ein starkes Rheinland-Pfalz.**

Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD Rheinland-Pfalz.



**2026-2031**

<b>Gemeinsame Verantwortung für ein starkes Rheinland-Pfalz.....</b>	<b>3</b>
<b>1. Unsere Verantwortung für verlässliche Bildung, exzellente Wissenschaft und vielfältige Kultur 7</b>	
<i>Bildung</i> .....	7
<i>Wissenschaft</i> .....	12
<i>Kultur</i> .....	15
<b>2. Unsere Verantwortung für moderne Wirtschaft und Energie, Digitalisierung und Medien .....</b>	<b>18</b>
<i>Wirtschaft</i> .....	18
<i>Energie</i> .....	23
<i>Digitalisierung</i> .....	24
<i>Medien</i> .....	30
<b>3. Unsere Verantwortung für gute Arbeit, einen fairen Sozialstaat, eine zuverlässige Gesundheit und Pflege .....</b>	<b>33</b>
<i>Arbeit</i> .....	33
<i>Soziales</i> .....	37
<i>Gesundheit</i> .....	41
<i>Pflege</i> .....	47
<b>4. Unsere Verantwortung für starke Landwirtschaft und Weinbau und den Schutz von Natur, Umwelt und Klima .....</b>	<b>50</b>
<i>Landwirtschaft</i> .....	50
<i>Weinbau</i> .....	53
<i>Forsten</i> .....	53
<i>Natur- und Umweltschutz</i> .....	54
<i>Klimaschutz</i> .....	58
<b>5. Unsere Verantwortung für ein sicheres Land, einen leistungsfähigen Rechtsstaat, moderne Infrastruktur, lebendige Kommunen sowie Bauen und Wohnen.....</b>	<b>60</b>
<i>Innere Sicherheit</i> .....	60
<i>Rechtsstaat</i> .....	65
<i>Infrastruktur</i> .....	66
<i>Kommunen</i> .....	69
<i>Bauen und Wohnen</i> .....	72
<b>6. Unsere Verantwortung für eine zukunftsfeste Finanz- und Haushaltspolitik, entschlossene Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau .....</b>	<b>76</b>
<i>Finanzen und Haushalt</i> .....	76
<i>Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau</i> .....	81

<b>7. Unsere Verantwortung für Migration und Integration, für starke Familien, Frauen und Kinder ..</b>	<b>84</b>
<i>Migration, Integration und Fachkräfteeinwanderung .....</i>	<i>84</i>
<i>Frauen .....</i>	<i>87</i>
<i>Kinder und Familien .....</i>	<i>89</i>
<b>8. Unsere Verantwortung für Europa, internationale Zusammenarbeit und eine kraftvolle Demokratie .....</b>	<b>92</b>
<i>Europa .....</i>	<i>92</i>
<i>Internationales .....</i>	<i>94</i>
<i>Demokratie .....</i>	<i>94</i>
<b>9. Unsere Verantwortung für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Koalition .....</b>	<b>99</b>

# 1 **Gemeinsame Verantwortung für ein starkes Rheinland-** 2 **Pfalz**

3 Rheinland-Pfalz ist ein starkes Land. Das liegt an den Menschen, an ihrer  
4 Lebensfreude, ihrem Engagement, ihrem Verantwortungsbewusstsein und ihrer  
5 Bereitschaft, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Sie tragen mit Fleiß,  
6 Ideenreichtum und Zusammenhalt dazu bei, dass Rheinland-Pfalz ein lebenswertes  
7 und erfolgreiches Land ist. Die Menschen leben hier gerne. Sie schätzen die  
8 Sicherheit, die Lebensqualität, die gewachsene Gemeinschaft zwischen Stadt und  
9 Land. Sie sind stolz auf ihre Heimat, auf ihre Traditionen, auf ihre Vereine, ihre  
10 Unternehmen, ihre Landschaften. Dieses Vertrauen in das eigene Land ist ein großer  
11 Schatz. Unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, der gesellschaftliche Zusammenhalt  
12 und die Vielfalt unserer Regionen bilden eine solide Grundlage für die Zukunft.  
13 Rheinland-Pfalz ist ein Land, das Fortschritt und Tradition verbindet und in dem  
14 wirtschaftlicher Erfolg, soziale Verantwortung und Zusammenhalt gemeinsam gedacht  
15 werden.

16 Zugleich erleben wir eine Zeit wachsender Verunsicherung. Internationale Krisen,  
17 wirtschaftliche Umbrüche, technologische Veränderungen fordern uns heraus. Viele  
18 Menschen sorgen sich um steigende Lebenshaltungskosten, um bezahlbaren  
19 Wohnraum, um die Stabilität unserer Wirtschaft, um das Klima und den Frieden, um  
20 Migration und Integration, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auch wer  
21 zufrieden mit dem eigenen Leben ist, spürt, dass die Welt um uns herum rauer  
22 geworden ist.

23 Die Menschen erwarten Klarheit, Verlässlichkeit und eine positive  
24 Zukunftsperspektive. Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer wünschen  
25 sich eine Regierung, die das Land zusammenhält, die die Probleme löst, Mut macht  
26 und Orientierung gibt. Sie wollen eine Politik, die zuhört, handelt und  
27 Herausforderungen in Chancen verwandelt. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu  
28 Recht einen Staat, der funktioniert, Orientierung gibt und Vertrauen in seine  
29 Handlungsfähigkeit schafft. Die Menschen wollen eine Politik aus der Mitte der  
30 Gesellschaft für die ganze Gesellschaft.

31 Die kommenden Jahre werden entscheidend für die Zukunft unseres Landes sein.  
32 Beide Parteien eint das Ziel, Rheinland-Pfalz stabil weiterzuentwickeln, wirtschaftliche  
33 Stärke zu sichern, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und die richtigen  
34 Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu geben. Fortschritt und  
35 Zusammenhalt gehören dabei untrennbar zusammen. Deshalb werden CDU und SPD  
36 in Rheinland-Pfalz gemeinsam Verantwortung übernehmen, getragen von einem  
37 klaren gemeinsamen Auftrag: Stabilität sichern, Mut machen, Zusammenhalt stärken  
38 und unser Land weiter nach vorne bringen. Beide Parteien stehen für die Kraft der  
39 sozialen Marktwirtschaft, für die Bedeutung starker Familien, des Ehrenamts und  
40 sozialen Engagements, für lebendige Kommunen, für die Rolle von Industrie,  
41 Mittelstand, Handwerk, starken Arbeitgebern und Arbeitnehmern und einer gelebten

42 Sozialpartnerschaft, für ein leistungsfähiges Bildungswesen, für Wissenschaft und  
43 Zukunftstechnologien, für Sicherheit im Alltag und für eine verlässliche staatliche  
44 Ordnung, für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, für eine  
45 Gesundheitsversorgung, die das ganze Land im Blick hat und ein gutes Leben im Alter.

46 Demokratie lebt vom Zusammenhalt, vom Respekt, von der Bereitschaft,  
47 Verantwortung zu übernehmen, und einer offenen Gesellschaft. Extremismus,  
48 Menschenfeindlichkeit und jede Form der Spaltung haben in unserem Land keinen  
49 Platz. Wir wollen Debatten zurück in die gesellschaftliche Mitte holen. Dass  
50 populistische und extremistische Stimmen immer stärker werden konnten, ist auch  
51 Ausdruck von Verunsicherung, von ungelösten Problemen, aber auch der  
52 Mechanismen sozialer Medien, die Tür und Tor öffnen für Manipulationen,  
53 Diffamierungen und Desinformation. In der Summe führt das zu einem  
54 Vertrauensverlust in die politische Handlungsfähigkeit. Darauf geben wir eine klare  
55 Antwort aus der demokratischen Mitte heraus. Wir stärken unsere Demokratie nicht  
56 nur institutionell, sondern im Alltag der Menschen und mit der Verantwortung als Land  
57 in der Mitte Europas mit unseren Nachbarn und internationalen Freunden.

58 Rheinland-Pfalz lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Eine starke  
59 Zivilgesellschaft und Kultur, lebendige Vereine, Initiativen und lokale Netzwerke sind  
60 das Rückgrat unseres Zusammenhalts. Dieses Engagement zu unterstützen, zu  
61 schützen und zu stärken, ist unser gemeinsamer Auftrag, damit Rheinland-Pfalz das  
62 Ehrenamtsland bleibt.

63 Gemeinsam verbinden wir wirtschaftliche Stärke mit sozialer Verantwortung. Die  
64 Leitidee von CDU und SPD ist: Rheinland-Pfalz bleibt seiner Identität treu und ist  
65 zugleich traditionell und offen für die Zukunft. Unser Land war immer dann besonders  
66 erfolgreich, wenn es Tradition und Modernität zusammengedacht hat. Wir wollen eine  
67 öffentliche Verwaltung, die gestaltet, ermöglicht und unterstützt und dabei Bürokratie  
68 abbaut. Dafür werden wir nach einer umfassenden Aufgabenkritik Abläufe und  
69 Prozesse straffen und bündeln. Wir schaffen auch mit Verwaltungsmodernisierung und  
70 -reformen eine Verwaltungskultur des Vertrauens, der Effizienz und der  
71 Eigenverantwortung.

72 CDU und SPD werden das Land gemeinsam gestalten:

73 **Wir investieren in Bildung von Anfang an.** Wir investieren weiter in Bildung von  
74 Anfang an: in verlässliche Kitas und starke Schulen. Wir stehen für Gebührenfreiheit.  
75 Jedes Kind soll seine Chancen nutzen können. Im bestehenden gegliederten  
76 Bildungssystem ist es unser Ziel, die Leistungsfähigkeit, die Durchlässigkeit, das  
77 Aufstiegsversprechen und die Verlässlichkeit miteinander zu verbinden und für jedes  
78 Kind die beste Förderung zur Verfügung zu stellen. Die deutsche Sprache ist dabei der  
79 Schlüssel für Bildungserfolg und Integration. Leistung verdient Anerkennung. Herkunft  
80 darf kein Hindernis sein. Die Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer sowie für  
81 pädagogisches Personal verbessern wir. Das ist ein gemeinsames Versprechen dieser  
82 Koalition.

83 **Wir stärken unsere Wirtschaft und sichern gute Arbeit.** Rheinland-Pfalz lebt von  
84 der Industrie, vom Mittelstand, vom Handwerk, von Weinbau und Landwirtschaft sowie  
85 vom Tourismus. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes ist die Grundlage  
86 für Wohlstand und sichere Arbeitsplätze. Beide Parteien teilen das Ziel, Rheinland-  
87 Pfalz als wettbewerbsfähigen und innovativen Standort weiterzuentwickeln. Wir treiben  
88 den Klimaschutz voran und achten zugleich auf wirtschaftliche Stärke und soziale  
89 Balance.

90 Wir sind einer der bedeutendsten Biotechnologie- und Pharmastandorte Deutschlands  
91 und zählen zu einem der wichtigsten Medienländer. Unser Land lebt vom  
92 gemeinsamen Zusammenwirken der Sozialpartner. Unser Anspruch an unser Land:  
93 Schnellste Genehmigungen bundesweit, moderne Infrastruktur und eine digitale  
94 Verwaltung. Diese muss als Partner der Wirtschaft agieren. Dazu braucht es einen  
95 grundlegenden Mentalitätswandel und den Abbau überbordender bürokratischer  
96 Vorgaben. Wir setzen auf Innovation in Bereichen wie Künstliche Intelligenz,  
97 Biotechnologie und nachhaltige Technologien. Die Wertschöpfung soll im Land bleiben  
98 und neue Arbeitsplätze sollen entstehen. Tarifbindung, Mitbestimmung, Qualifizierung,  
99 berufliche Bildung und starke Hochschulen sind für uns zentrale Bausteine einer  
100 starken Arbeitswelt. Fachkräfte, auch aus dem Ausland, sind der Schlüssel für unseren  
101 künftigen Wohlstand. Deshalb investieren wir in klare, verlässliche Strukturen bei  
102 Ausbildung, Weiterbildung und beruflicher Bildung. Landwirtschaft und Weinbau  
103 sichern unsere Ernährung, prägen unsere Kulturlandschaft und sind unverzichtbar für  
104 den ländlichen Raum. Naturschutz und landwirtschaftliche Nutzung müssen dabei  
105 Hand in Hand gehen. Nachhaltigkeit gelingt nur im Zusammenspiel von Ökologie,  
106 Ökonomie und sozialer Verantwortung.

107 **Wir sorgen für Sicherheit.** Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger ist zentrale  
108 Aufgabe des Staates und Voraussetzung für Freiheit und gesellschaftliches Vertrauen.  
109 Wir stehen für einen handlungsfähigen Rechtsstaat und eine starke  
110 Sicherheitsarchitektur. Eine gut ausgestattete Polizei, eine moderne Justiz und ein  
111 leistungsfähiger Brand- und Katastrophenschutz geben den Menschen Schutz und  
112 Vertrauen. Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit. Wir bekämpfen Kriminalität und  
113 Extremismus; auch durch stärkeren Einsatz von modernen Technologien.

114 **Wir sichern Gesundheit.** Eine verlässliche medizinische Versorgung in allen  
115 Regionen ist zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Dazu gehört ein  
116 flächendeckender Rettungsdienst, eine wohnortnahe Krankenversorgung, beste  
117 Pflege auch in den eigenen vier Wänden, interdisziplinäre und sektorenübergreifende  
118 Versorgung, spezialisierte Zentren und ein Zusammendenken von Pflege und  
119 Krankenversorgung. Wir wollen, dass mehr junge Menschen in Medizin und anderen  
120 akademischen Gesundheitsberufen, aber auch in Aus-, Fort- und Weiterbildung in  
121 Rheinland-Pfalz ihre Heimat finden und hier bleiben. Dabei gilt es, die Anzahl der  
122 Plätze im Medizinstudium, aber auch in allen anderen gesundheitlichen und  
123 pflegerischen Berufen konsequent auszubauen.

124 **Wir stärken die Kommunen.** Städte, Gemeinden und Landkreise sind das Herz  
125 unseres Landes. Dort entscheidet sich, ob Zusammenhalt gelingt. Wir geben den

126 Kommunen Planungssicherheit, mehr Spielräume und schaffen verlässliche Finanzen.  
127 Wir stärken das Vertrauen in die kommunalen Räte durch eine Erhöhung der  
128 allgemeinen Zuweisungen. Wer Verantwortung vor Ort trägt, soll handlungsfähig sein.

129 **Wir werden die Handlungsfähigkeit des Staates weiter stärken und seine**  
130 **Strukturen zukunftsfest ausrichten.** Dabei setzen wir auf ein gutes Zusammenspiel  
131 der verschiedenen Ebenen und eine verlässliche Daseinsvorsorge vor Ort. Ziel ist es,  
132 gewachsene Strukturen gezielt fortzuentwickeln und so die Voraussetzungen für ein  
133 leistungsfähiges, modernes und bürgernahes Gemeinwesen zu sichern. Deshalb  
134 möchten wir mehr Vertrauen wagen und den Staat moderner, leistungsfähiger und  
135 bürgernäher machen.

136 **Wir stehen für ein weltoffenes, vielfältiges und demokratisches Rheinland-Pfalz.**  
137 Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen,  
138 in den Familien, im Alltag und in unseren Gemeinschaften vor Ort. Wir richten unsere  
139 Politik an den Lebensrealitäten unserer Familien aus. Sie sind das Fundament unseres  
140 Landes und die jungen Menschen stehen für die gute Zukunft unseres Landes. Sie  
141 verdienen verlässliche Rahmenbedingungen, bezahlbaren Wohnraum und  
142 Unterstützung in allen Lebensphasen.

143 **Wir gestalten Migration und Integration verantwortungsvoll.** Rheinland-Pfalz ist  
144 ein Land, das Zuwanderung braucht. Deshalb stehen wir für Humanität und Ordnung  
145 mit klaren Regeln und gelingender Integration. Schutz von Verfolgten und konsequente  
146 Rückführungen gehören für uns untrennbar zusammen. Sprache, Arbeit und  
147 Anerkennung gemeinsamer Werte sind der Schlüssel für ein gutes Zusammenleben.

148 **Wir setzen auf Respekt im Umgang, auf Klarheit in der Kommunikation und auf**  
149 **Verlässlichkeit im Handeln.** Wir stehen für finanzpolitische Vernunft und verlässliche  
150 Haushaltspolitik, die die gesamten Rahmenbedingungen im Blick hat. CDU und SPD  
151 werden das Land gemeinsam führen. Unser Ziel ist ein Land, das weiter zusammenhält  
152 – wirtschaftlich stark, sozial gerecht und die Zukunft fest im Blick. Das gelingt auch in  
153 angespannten Zeiten, wenn wir unsere Heimat bewahren und zugleich den Mut zur  
154 Erneuerung haben. Gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern markiert der vorliegende  
155 Koalitionsvertrag die Richtung, er legt politische Leitplanken, bedeutende Projekte und  
156 die Art der Zusammenarbeit der neuen Regierung dar. Gemeinsam gestalten wir die  
157 kommende Wahlperiode als Koalition mit Verantwortung für ein starkes Rheinland-  
158 Pfalz.

159 **1. Unsere Verantwortung für verlässliche Bildung,**  
160 **exzellente Wissenschaft und vielfältige Kultur**

161 **Bildung**

162 Unsere Kitas und Schulen sind Orte des gemeinsamen Lernens, die das Kind und  
163 seine Entwicklung in den Mittelpunkt stellen. Dafür setzen wir auf unsere Fachkräfte  
164 mit all ihrer Expertise: die Erzieherinnen und Erzieher, die pädagogischen Fachkräfte  
165 und unsere Lehrkräfte in all unseren Schularten. Allen, die mit und für unsere Kinder  
166 und Jugendlichen arbeiten, stärken wir den Rücken. Leistung und  
167 Bildungsgerechtigkeit sind dabei für uns maßgebliche Leitprinzipien, die untrennbar  
168 zusammengehören. Denn Bildung eröffnet jedem und jeder Einzelnen die Möglichkeit  
169 zur persönlichen Entfaltung und befähigt dazu, das eigene Leben selbstbestimmt in  
170 verantworteter Freiheit zu gestalten und seinen Platz in der Gesellschaft zu finden.  
171 Unabhängig von seiner Herkunft fördern und stärken wir jedes Kind, seine Chancen  
172 zu nutzen. Zugleich geht der Bildungsauftrag über die reine Wissensvermittlung  
173 hinaus: junge Menschen brauchen ein Wertefundament, sie müssen auch über soziale  
174 Kompetenzen und Medienkompetenz verfügen, um ihr Leben erfolgreich zu meistern.  
175 Zudem ist Demokratiebildung für uns ein essentieller Bestandteil davon.

176

177 ***Früh fördern und verbindliche Grundlagen schaffen***

178 Wir bekennen uns zur Beitragsfreiheit in der Kita ebenso wie zum Prinzip der  
179 Trägervielfalt. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung dürfen keine Frage des  
180 Geldbeutels sein. Daher setzen wir uns auch dafür ein, dass die Finanzierung für die  
181 Kindertagesbetreuung für alle Kinder gesichert ist – und zwar im Regel- wie im  
182 inklusiven Bereich. Außerdem bekennen wir uns zur Kindertagespflege und werden  
183 auch diese weiterentwickeln. Das Förderwesen für den Ausbau beziehungsweise die  
184 Sanierung von Kitas wollen wir bürokratiearm ausgestalten.

185 Wir werden das KiTa-Gesetz weiterentwickeln und auf Basis der bisherigen  
186 Erfahrungen in 2028 novellieren, um noch mehr Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und  
187 Vertrauen für Kinder, Eltern und Fachkräfte herzustellen. Dabei werden wir auch die  
188 Leitungsdeputate, das Sozialraumbudget und die Kita-Sozialarbeit im Blick behalten.

189 Wir stärken die Übergänge entlang der Bildungsbiografie und lernen vom Übergang  
190 zwischen Kita und Grundschule. Wir überarbeiten die Bildungs- und  
191 Erziehungsempfehlungen in Abstimmung mit der Kita-Praxis, insbesondere mit dem  
192 Ziel, das letzte Kita-Jahr mit einem klaren Schwerpunkt auf den sogenannten  
193 „Vorläufer-Kompetenzen“ auszugestalten – und zwar auf der Basis verbindlicher  
194 Standards. Unser Ziel ist es, unter Wahrung verfassungsrechtlicher Grundsätze eine  
195 verbindliche Teilnahme an diesem inhaltlich wichtigen Angebot im letzten Kitajahr  
196 sicherzustellen. So wollen wir jedem Kind in Rheinland-Pfalz gleiche Chancen

197 eröffnen, den Schulstart mit besten sprachlichen, numerischen, motorischen und  
198 sozialen Grundlagen zu erleichtern.

199 Sprachliche Ausdrucksfähigkeit ist von hoher Bedeutung für individuellen Lernerfolg.  
200 Sie soll grundsätzlich bereits vor Eintritt in die Grundschule gewährleistet sein. Daher  
201 bauen wir die Sprachförderung deutlich aus – alltagsintegriert und mit zusätzlichen  
202 qualifizierten Fachkräften. Dazu weiten wir das Netzwerk der Kitas mit  
203 Sprachbeauftragten zunächst auf 1.000 Kitas aus und stellen zudem flächendeckend  
204 das Analysewerkzeug SiAb („Sprache im Alltag beobachten“) zur Verfügung.

205 Im Rahmen der KiTa-Gesetz-Novellierung werden wir festlegen, dass die  
206 Sprachstandserhebung bei allen Kindern im Alter von 4,5 Jahren verpflichtend erfolgt.  
207 Dies soll dabei helfen, Förderbedarfe frühzeitig zu erkennen. Kinder mit  
208 Sprachdefiziten erhalten verbindliche und individuelle Förderung – mit qualifiziertem  
209 Personal, alltagsintegrierten Sprachprogrammen und unter Einbindung der Eltern.

210 Wir werden für bessere Rahmenbedingungen in unseren Kitas sorgen und setzen den  
211 Weg fort, die bezahlte duale Ausbildung zum/zur Erzieher/-in zur Regel zu machen.

212

### 213 ***Für verlässliche Grundschulen sorgen***

214 Wir entwickeln in einem Modellprojekt unsere Grundschulen weiter, in Richtung einer  
215 rhythmisierten Unterrichtsgestaltung.

216 Wir wollen dafür sorgen, dass unsere Grundschulen von Aufgaben entlastet werden  
217 und damit mehr Zeit für Pädagogik und insbesondere für das Üben und Vertiefen der  
218 Grundkompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen bleibt. Dazu ermöglichen wir  
219 Grundschulen, die mehr Freiraum für die Fokussierung auf die Grundkompetenzen  
220 benötigen, die Streichung des Fremdsprachenunterrichts.

221 Wir sichern eine faire und angemessene Vergütung aller Lehrkräfte im Land. Die  
222 Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen werden wir stufenweise  
223 auf A13 anheben.

224

### 225 ***Weiterführende Schulen: Differenzierte Wege bei gleichen Chancen eröffnen***

226 In unserem bestehenden gegliederten Bildungssystem ist es unser Ziel, die  
227 Leistungsfähigkeit, die Durchlässigkeit, das Aufstiegsversprechen und die  
228 Verlässlichkeit miteinander zu verbinden, um jedes Kind bestmöglich zu fördern. Bei  
229 uns wird jedem jungen Menschen ermöglicht, den für sich passenden Weg in  
230 Ausbildung, Studium und Beruf zu finden. Allgemeine und berufliche Bildung sind  
231 dabei gleichwertig und gleich wichtig.

232 Unsere Realschulen Plus sind wie unsere berufsbildenden Schulen unverzichtbar für  
233 die Ausbildung der Fachkräfte von morgen. Sie verbinden Theorie und Praxis eng

234 miteinander und leisten somit einen wirksamen Beitrag zur Fachkräftesicherung und  
235 Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

236 Die Realschulen Plus stärken wir mit mehr Pädagogik und mehr Möglichkeiten,  
237 modern und zielgerichtet zu unterrichten. Deshalb wollen wir mehr Multiprofessionalität  
238 ermöglichen, indem wir aufwachsend in Berufsreifeklassen eine zusätzliche  
239 pädagogische Fachkraft zur Verfügung stellen.

240 Unsere Gymnasien bereiten Schülerinnen und Schüler auf eine akademische  
241 Ausbildung sowie auf verantwortungsvolle Aufgaben in Beruf und Gesellschaft vor. Sie  
242 vermitteln nicht nur fundiertes Fachwissen, sondern fördern auch kritisches Denken,  
243 Selbstständigkeit und die Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge nachzuvollziehen.  
244 Durch ein breites Fächerspektrum und vertiefte Lerninhalte schaffen Gymnasien die  
245 Grundlage für einen erfolgreichen Berufs- und Lebensweg.

246 Die Förderung in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT-  
247 Fächer) ist uns ein besonderes Anliegen.

248 Wir bekennen uns zum Recht auf Inklusion und dem Erhalt von Förderschulen. Wir  
249 wollen den bewährten „Dreiklang“ aus Schwerpunktschulen, Förder- und  
250 Beratungszentren sowie Förderschulen weiterentwickeln. Wir sehen, dass wir im  
251 Sinne einer möglichst guten individuellen Förderung eines jeden Kindes und der  
252 Gleichberechtigung aller Kinder noch weitere Verbesserungen erzielen müssen.

253 Die berufsbildenden Schulen sind zuverlässige Partner der dualen Ausbildung,  
254 arbeiten vertrauensvoll mit den Arbeitgebern und der Wirtschaft zusammen und sind  
255 ein wichtiger Innovationsmotor. Mit Blick auf die technologische Transformation sowie  
256 den hohen Innovations- und Wettbewerbsdruck unserer Wirtschaft kommt der  
257 beruflichen Bildung, Fort- und Weiterbildung eine Schlüsselrolle zu. Deshalb wollen wir  
258 die Modernisierung unserer berufsbildenden Schulen forcieren mit Blick auf technische  
259 Ausstattung, baulichen Zustand und digitalen Reifegrad sowie den verstärkten Einsatz  
260 von Fachpraxislehrkräften.

261

### 262 ***Leistung sichern – Chancen eröffnen – Schule modern gestalten***

263 Unser Ziel ist es, Kinder und Jugendliche zu befähigen, selbstbestimmte,  
264 demokratische und resiliente Bürgerinnen und Bürger zu werden. Gleichzeitig  
265 verfolgen wir das Ziel, die Ausbildungs- beziehungsweise Studierfähigkeit unserer  
266 Schülerinnen und Schüler sicherzustellen.

267 Unsere Bildungspolitik orientiert sich daher – neben der Vermittlung von Werten und  
268 pädagogischen wie ethischen Prinzipien – auch an Leistungsstandards und der  
269 dazugehörigen Förderung. Dazu gehört auch eine moderne Lern- und Prüfungskultur  
270 mit nachvollziehbaren Leistungsüberprüfungen. Mit einheitlichen  
271 Lernstandserhebungen, erfolgreichen Maßnahmen wie „Keiner ohne Abschluss“ sowie  
272 einer frühen Berufsorientierung ab Klasse 7 wollen wir die Ausbildungsfähigkeit  
273 stärken und Abbrecherquoten senken.

274 Sprache ist nicht nur der Schlüssel zur Bildung, sondern auch zu Integration und  
275 sozialer Teilhabe. Deshalb sichern wir die Sprachfähigkeit aller Kinder, auch die derer,  
276 die ohne ausreichende Deutschkenntnisse aus dem Ausland zu uns nach Rheinland-  
277 Pfalz kommen. Dazu nutzen wir die bereits bewährte verbindliche Sprachförderung an  
278 unseren Schulen und richten dort, wo der Bedarf vorhanden ist und viele Schülerinnen  
279 und Schüler noch Deutsch lernen müssen, sogenannte altersgemischte  
280 „Kompassklassen“ ein. Moderne Diagnoseinstrumente sowie KI-Sprachassistenten  
281 sind dabei Werkzeuge zur Unterstützung. Ziel bleibt, die Kinder und Jugendlichen  
282 schnellstmöglich in den Regelunterricht zu integrieren.

283 Wir modernisieren die Lehrpläne und verschlanken sie konsequent im Sinne eines  
284 modernen und innovativen Unterrichts. Dazu gehören für uns frühzeitige und  
285 individuelle Angebote zur Berufsorientierung an allen weiterführenden Schulen – etwa  
286 durch verpflichtende Praktika im Bereich der Dualen Ausbildung (zum Beispiel in  
287 Handwerks- oder Pflegeberufen) in der Mittel- und Oberstufe sowie durch Projekt- und  
288 Trainingstage oder die bereits bestehenden Praktikumswochen.

289 Das Land reformiert und entbürokratisiert das System der Schulbuchausleihe.  
290 Schülerinnen und Schüler der allgemein- und berufsbildenden Schulen, die sich nicht  
291 in einer vergüteten Aus- oder Weiterbildung befinden, erhalten Schulbücher und  
292 Arbeitshefte künftig analog und ab Klasse fünf zusätzlich digital kostenlos. Damit  
293 wollen wir schrittweise beginnen.

294 Wir wollen die Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte weiter ausbauen. Dazu wollen wir  
295 dem Fortbildungsbedarf unserer Lehrkräfte noch mehr Rechnung tragen, indem wir  
296 moderne und bedarfsgerechte Angebote – auch in digitalen Formaten – über unser  
297 pädagogisches Landesinstitut zur Verfügung stellen. Gleichzeitig prüfen wir, ob wir  
298 über die curricularen Standards eine Erhöhung des Praxisanteils im Lehramtsstudium  
299 ermöglichen können. Dazu gehört auch die Sicherstellung moderner  
300 Unterrichtsformate.

301 Wir stehen für ein zukunftsfähiges gemeinsames Lernen und Arbeiten in der Schule.  
302 Hierzu zählen vor allem die datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung und die  
303 Weiterentwicklung der Lern- und Prüfungskultur. Moderne Schulentwicklung bedeutet  
304 dabei, dass wir Daten zielgerichtet erheben und zur Gesamtsteuerung sowie zur  
305 individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler nutzen können. Wir benötigen  
306 dazu eine 1:1-Ausstattung mit digitalen Endgeräten ab der 5. Klasse, in der  
307 Grundschule eine 1:4-Ausstattung sowie die Ausstattung unserer Lehrkräfte. Deshalb  
308 werden wir prüfen, ob wir dazu ein praktikables und finanzierbares Leih- oder  
309 Kaufmodell einsetzen können.

310 Wir wollen die Innovationskraft aus der Mitte unserer Schulen nutzen und sie bei ihrer  
311 weiteren Entwicklung unterstützen. Dabei praktizieren wir eine Ermöglichungskultur,  
312 die dafür den Raum bietet, und greifen weiterhin auf die Erfahrungen der Schulen aus  
313 der Initiative „Schule der Zukunft“ zurück.

314 Wir wollen dafür sorgen, dass unsere Kinder und Jugendlichen kompetent mit Medien  
315 umgehen können. Gleichzeitig stehen wir für altersgerechte Regeln im Umgang mit

316 Medien. Die Privat-Handynutzung an Schulen soll während der Unterrichtszeit  
317 grundsätzlich nur zu Lehr- und Lernzwecken erfolgen. Im Rahmen von  
318 Handlungsempfehlungen des Ministeriums für Bildung zum Umgang mit Smartphones  
319 und mobilen Endgeräten wird es eine verbindliche Regelung geben.

320 Wir wollen, dass alle Kinder schwimmen lernen können. Dazu werden wir landesweit  
321 sukzessive Schulschwimmzentren nach den Modellen aus Ludwigshafen und Trier  
322 auch mit anderen Kommunen weiter aufbauen. Diese Zentren zeichnen sich unter  
323 anderem dadurch aus, dass Schwimmlehrkräfte in den Bädern während der  
324 Schulzeiten vor Ort sind und so die Wasserzeiten für alle effizienter genutzt sowie die  
325 Teilnehmendenzahlen deutlich erhöht werden. Sie setzen dabei auf enge  
326 Zusammenarbeit zwischen Schulen, Schulträgern und Badbetreibern. Dort wo keine  
327 Wasserflächen vorhanden sind, prüfen wir den Einsatz innovativer Lösungen, wie zum  
328 Beispiel Schwimmcontainer.

329 Wir bekennen uns zudem zu den Schulen in freier Trägerschaft und werden den bereits  
330 begonnenen Prozess zur Novellierung des Privatschulgesetzes im Sinne dieser  
331 grundsätzlichen Wertschätzung fortsetzen.

332 Wir wollen die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion reformieren, um mehr  
333 Schulentwicklung und -beratung sowie schulbezogene Dienstleistungen zu  
334 ermöglichen. Dies tun wir unter Berücksichtigung der Führungsstrukturen in den  
335 Schulen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine verbindliche und kreisübergreifende  
336 Schulentwicklungsplanung ein, die die Sozialräume berücksichtigt.

337 In diesem Zusammenhang wollen wir etwa auch die Sechszügigkeit einer IGS dort  
338 ermöglichen, wo es sinnvoll und bedarfsgerecht ist. Unsere Integrierten  
339 Gesamtschulen sind Orte, an denen gemeinsam gelebt und gelernt wird. Sie sind ein  
340 wichtiger Baustein unseres durchlässigen und aufstiegsorientierten Bildungssystems.  
341 Sie fördern Vielfalt, stärken den Zusammenhalt und eröffnen jedem einzelnen Kind die  
342 Chance, seine individuellen Potenziale zu entfalten, Leistung zu erbringen und  
343 erfolgreich seinen eigenen Bildungsweg zu gehen.

344 Den bisher eingeschlagenen Pfad, jedes Jahr konsequent bedarfsgerecht neue Stellen  
345 für zusätzliche Lehrkräfte zu schaffen, setzen wir fort.

346 Gewalt, Hass und Hetze haben in unseren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen  
347 keinen Platz! Kitas und Schulen müssen sichere Orte sein. Deshalb werden wir  
348 insbesondere an den Schulen weiterhin konsequent eine Null-Toleranz-Linie bei  
349 Gewalt und Bedrohungen durchsetzen. Das Netzwerk „Schule ohne Rassismus –  
350 Schule mit Courage“ bietet Kindern, Jugendlichen und Pädagoginnen und Pädagogen  
351 die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, indem sie sich bewusst  
352 gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden. Dieses  
353 bundesweite Schulnetzwerk ist mittlerweile an über 200 Schulen in Rheinland-Pfalz  
354 stark aktiv. An unseren Schulen setzen wir auf wirksame Ordnungsmaßnahmen sowie  
355 klare Notfallkonzepte. Dafür nutzen wir unsere Task-Force beim Land, die bei akuten  
356 Problemlagen an Schulen schnell intervenieren kann. Sie besteht aus Psychologinnen  
357 und Psychologen, Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten sowie Sicherheitskräften.

358 Die Vertrauensstelle beim Pädagogischen Landesinstitut dient darüber hinaus als  
359 unabhängige und vertrauliche Anlaufstelle.

360

## 361 **Wissenschaft**

362 Forschung und Innovation sind der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres  
363 Landes. Wissenschaftlicher Fortschritt prägt zudem die gesellschaftlichen  
364 Zukunftsthemen. CDU und SPD sorgen für gute Rahmenbedingungen für eine  
365 Wissenschaft, die sich ihrer gesellschaftlichen Bedeutung bewusst ist. Im nationalen,  
366 wie internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe unterstützen wir unsere  
367 Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch verlässliche Förder-,  
368 Finanzierungs- und Planungsbedingungen. Dabei bekennen wir uns ausdrücklich zur  
369 grundgesetzlich verankerten Wissenschaftsfreiheit. Wir bekennen uns zur  
370 Grundlagenforschung – von den MINT-Fächern und den Ingenieurs- und  
371 Lebenswissenschaften über die Biotechnologie bis hin zu den Gesellschafts-, Geistes-  
372 und Kulturwissenschaften. Antisemitismus sowie jede Form von Gewalt und  
373 Diskriminierung haben an unseren Hochschulen keinen Platz.

374

### 375 ***Hochschulen stärken und Freiräume erweitern***

376 Wir bekennen uns zu unserer vielfältigen Hochschullandschaft mit ihren  
377 unterschiedlichen Profilbildungen sowie zu den Freien Hochschulen. Wir stärken mit  
378 modernen und transparenten Finanzierungsstrukturen die Hochschulautonomie und  
379 schaffen Freiräume für Innovation und regionale Leuchttürme, indem wir die Standorte  
380 dabei unterstützen, ihre Stärken und ihr Profil zu schärfen. Die Nachhaltigkeit verdient  
381 dabei einen besonderen Fokus. Unsere Hochschulen tragen als Arbeitgeber  
382 Verantwortung für die wissenschaftlichen Talente von morgen. Wir werden die  
383 Leitlinien „Gute Arbeit“ weiterentwickeln, moderne Personalstrukturen schaffen und für  
384 transparente Selbstverpflichtungen der Hochschulen einstehen. Insbesondere  
385 Belange der Gleichstellung werden dabei berücksichtigt und bestehende Maßnahmen  
386 weiterentwickelt.

387 Wir werden bis zum Ende der Legislaturperiode an allen Hochschulen, die dies so  
388 beantragen, das System der Globalhaushalte einführen. Mit mehrjährigen  
389 Zielvereinbarungen werden wir die Planbarkeit für unsere Hochschulen erhöhen,  
390 moderne Verwaltung stärken, bürokratische Berichts- und Antragspflichten abschaffen  
391 und ihnen möglichst große Freiheit der eigenen Gestaltung geben.

392 Eine zukunftsfähige bauliche und technische Infrastruktur ist eine wichtige  
393 Voraussetzung für wettbewerbsfähige Hochschulen und außeruniversitäre  
394 Forschungseinrichtungen. Dazu gehört eine transparente Übersicht über die im Land  
395 geplanten Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Rahmen eines mehrjährigen  
396 Hochschulbauprogramms.

397

398 ***Forschung und Wettbewerbsfähigkeit ausbauen***

399 Wir setzen darauf, dass die Umsetzung neuen Wissens aus unserer Forschung in  
400 innovative und nachhaltige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umgesetzt wird  
401 und so einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen leistet.  
402 Dafür sind Hochschulen, Forschungsinstitute sowie Ausgründungen aus der  
403 Wissenschaft zentral.

404 Wir stärken unsere Hochschulen in ihren profilgebenden Forschungsschwerpunkten  
405 von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung. Unser gemeinsames Ziel ist es, den  
406 Anteil unseres Bundeslandes bei der Vergabe von Forschungs- beziehungsweise  
407 Drittmitteln, insbesondere der Exzellenzinitiative des Bundes, den Förderprogrammen  
408 der DFG und bei EU-Mitteln spürbar zu erhöhen. Dafür stellen wir im Rahmen der  
409 Forschungsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz ausreichende Mittel bereit, deren  
410 Vergabe wettbewerblich erfolgt und an die mögliche Teilnahme an entsprechenden  
411 Förderverfahren geknüpft ist. Anschubfinanzierungen (Seed-Mittel) ermöglichen es  
412 Fachbereichen, tragfähige Vorarbeiten für größere Drittmittelanträge zu leisten und  
413 damit Innovationen von morgen zu entwickeln. Erfolgreiche Einwerbungen sollen  
414 belohnt werden.

415 Angelehnt an die Hightech-Agenda des Bundes entwickeln wir eine Hightech-Agenda  
416 Rheinland-Pfalz mit den Schwerpunkten Biotechnologie, Lebenswissenschaften  
417 (Medizin und Pharmazie), Künstliche Intelligenz und Nachhaltigkeit. Insbesondere in  
418 diesen Bereichen werden wir die hier bestehende wissenschaftliche Exzellenz gezielt  
419 weiterentwickeln, die Drittmittelinwerbung noch weiter verstärken und dabei auch die  
420 Forschungs Kooperation mit nationalen und internationalen Unternehmen dieser  
421 Fachrichtungen ausbauen. Die Weiterentwicklung von Internationalisierungsstrategien  
422 in Forschung, Lehre und beim Studierendenaustausch unterstützen wir.

423 Vor allem in der Biotechnologie und den Lebenswissenschaften wollen wir die  
424 erfolgreiche Profilierung fortsetzen. Wir werden Mainz und ganz Rheinland-Pfalz als  
425 internationalen Standort in der Biotechnologie weiter stärken. Der Erfolg von TRON als  
426 Ausgründung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz ist dabei beispielgebend.  
427 Angelehnt an diese Erfolge wollen wir die Gründungskultur im universitären und  
428 hochschulischen Bereich mit Gründungsbüros verstärken und den Wissens- und  
429 Technologietransfer entlang der gesamten Wertschöpfungskette verbessern, zum  
430 Beispiel durch Scouting-Hubs. Wir stärken die Gründungskompetenz im Studium und  
431 entwickeln gezielte Förderangebote, insbesondere für Gründerinnen, weiter.

432

433 ***Studieren verlässlich und sozial gerecht gestalten***

434 Unsere Studierenden sind unsere Fachkräfte und Nachwuchswissenschaftlerinnen  
435 und -wissenschaftler von morgen. Die rheinland-pfälzischen Studierendenwerke  
436 sorgen dafür, dass Studierende unabhängig von Herkunft oder finanzieller Situation  
437 gute Rahmenbedingungen vorfinden. Wir wollen die Studierendenwerke stärken und  
438 ihr Leistungsportfolio – Wohnraum, Mensen, psychologische Beratung und soziale

439 Unterstützung – sichern. Außerdem vereinfachen wir die Beantragung und  
440 beschleunigte Vergabe von BAföG-Anträgen, indem wir diese Aufgaben und  
441 Verwaltungsstrukturen anpassen. Die Beratung von Studierenden, die einen Abbruch  
442 ihres Studiums in Erwägung ziehen, verbessern wir, indem wir neben den Kammern  
443 auch alle anderen relevanten Akteure – insbesondere die Arbeitsagentur oder lokale  
444 Unternehmen – in die Studienberatung verstärkt einbeziehen. Im Hinblick auf die  
445 Erweiterung der Mitbestimmungsrechte werden wir eine Vizepräsidentschaft für die  
446 Studierenden bei überzeugenden Konzepten über die Experimentierklausel  
447 ermöglichen. Gemeinsames Lernen und Arbeiten als Kern des Studiums wollen wir  
448 stärken und schaffen moderne Lern- und Lehrumgebungen.

449 Unsere Hochschulen sind für alle da, deswegen sind Barrierefreiheit und  
450 Unterstützung für Studierende mit Behinderung und chronischen Krankheiten wichtig.

451

### 452 ***Frauen in Hochschulen und Wissenschaft voranbringen***

453 CDU und SPD wollen dazu beitragen, die Repräsentation von Frauen im  
454 Wissenschaftsbetrieb weiter zu erhöhen. Frauen und Männer sollen ihre Kompetenzen  
455 gleichermaßen einbringen, damit die Hochschulen des Landes innovativ und  
456 wettbewerbsfähig bleiben. Sie sollen dort in allen Fächern und auf allen  
457 Qualifikationsstufen gleichberechtigt lehren, lernen und forschen können.  
458 Förderprogramme, die der Erweiterung von Karrieremöglichkeiten von Frauen an  
459 unseren Hochschulen dienen, setzen wir fort.

460

### 461 ***Duale Studiengänge und Lebenslanges Lernen ausbauen***

462 Wir sorgen dafür, dass das Angebot Dualer Studiengänge nachfrageorientiert  
463 ausgebaut wird und machen die Angebote über die duale Hochschule Rheinland-Pfalz  
464 sichtbarer. Auch sollen digitale Prüfungsmöglichkeiten ausgebaut werden. An den  
465 Hochschulen für angewandte Wissenschaften bauen wir die Schwerpunktprofessuren  
466 aus, um auch dort einen höheren Anteil an Forschungsaktivitäten zu ermöglichen. Wir  
467 fördern Lebenslanges Lernen und entwickeln dabei auch das Angebot von singulären  
468 hochschulischen Fortbildungsangeboten, die auch zu einer anerkannten  
469 Qualifizierung führen können, weiter.

470

### 471 ***Spitzenmedizin und medizinische Forschung stärken***

472 Die Universitätsmedizin ist das Zentrum für Spitzenmedizin und medizinische  
473 Spitzenforschung in Rheinland-Pfalz. Wir stärken die Lebenswissenschaften und die  
474 Gesundheitsforschung. Wir werden Grundlagenforschung über frühe Translation zu  
475 klinischer Forschung stärken und wissenschaftsgetriebene Innovation in Prävention  
476 und Therapie weiter unterstützen. Damit leisten wir auch einen Beitrag zur Hightech  
477 Agenda Deutschland. CDU und SPD unterstützen die entwickelte Zweistandort-

478 Lösung, um die Universitätsmedizin baulich und infrastrukturell zu erneuern und  
479 krisenresilient aufzustellen. Wir begrüßen den durch „Neustart@UM“ angestoßenen  
480 Konsolidierungsprozess der Universitätsmedizin. Es ist notwendig, diesen Weg der  
481 wirtschaftlichen Nachhaltigkeit entschlossen weiterzugehen.

482

## 483 **Kultur**

484 Rheinland-Pfalz ist ein Land voller kultureller Schätze, kreativer Köpfe und lebendiger  
485 Orte, an denen Kunst, Theater, Musik und Film die Menschen zusammenbringen. Es  
486 ist ein Kulturland, dessen einzigartiges kulturelles Erbe von den Römern über  
487 UNESCO-Weltkulturerbestätten, wie beispielsweise die SchUM-Stätten, die  
488 Geschichte Europas maßgeblich mitgeprägt hat. Große Landesausstellungen,  
489 Festspiele und Festivals bilden das kulturelle Profil unseres Landes ebenso wie  
490 Theater und Orchester, Museen, Archive, Bibliotheken und die soziokulturellen  
491 Zentren. Unser Land lebt von der hohen künstlerischen Qualität seiner Theater und wir  
492 werden das Staatstheater Mainz, die Theater Trier und Koblenz und das Pfalztheater  
493 Kaiserslautern weiterhin stärken. Diese Vielfalt wird getragen von vielen Menschen vor  
494 Ort – in Laienchören, Theatergruppen, Musikvereinen, Kunstinitiativen, Bands und  
495 Programmkinos. Kultur ist dabei identitätsstiftend und verbindet Menschen über alle  
496 Altersklassen und Grenzen, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist  
497 wesentlich für die ganzheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen  
498 die Vielfalt dieser kulturellen Angebote landesweit und flächendeckend bewahren und  
499 stärken.

500

### 501 ***Kultur verlässlich und planbar fördern***

502 Wir werden ein Kulturfördergesetz schaffen, mit dem wir den unterschiedlichen  
503 Akteuren einen grundsätzlichen Anspruch auf Unterstützung zusichern und ihnen die  
504 verdiente Wertschätzung für ihr kulturelles Engagement entgegenbringen wollen.

505 In diesem Prozess wollen wir auch prüfen, über- und mehrjährige Förderungen zu  
506 ermöglichen, um kulturelle Vorhaben verlässlicher unterstützen zu können. Unser Ziel  
507 ist, die Beantragung und die Mittelvergabe zu vereinfachen und zu beschleunigen.  
508 Auch durch die Einführung vereinfachter Verwendungsnachweise für die  
509 Kleinstförderungen.

510 Die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern werden wir auf  
511 Bundesebene im Zuge der bevorstehenden Reform der Künstlersozialkasse  
512 unterstützen. Landesseitig begleiten wir die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im  
513 Zuge einer schrittweisen Anhebung der Honoraruntergrenzen.

514 Mit Blick auf die Belastungen durch GEMA-Gebühren werden wir uns auf  
515 Bundesebene für eine Neuberechnung der gebührenrelevanten Flächenwerte stark  
516 machen. Im Hinblick auf die landesseitige Förderkulisse ehrenamtlich getragener  
517 Veranstaltungsaktivitäten werden wir – je nach inhaltlicher Zuordnung – eine

518 Finanzierungsstruktur durch den Abschluss eines Pauschalvertrags mit Beiträgen aus  
519 den jeweils betroffenen Ressorts (Kultur, Sport, Soziales) schaffen.

520

### 521 ***Kulturelle Teilhabe und Verantwortung stärken***

522 Wir wollen die kulturelle Bildungslandschaft auf kommunaler Ebene unter anderem mit  
523 Kitas und Schulen stärker miteinander vernetzen und sie gezielt unterstützen  
524 (Programm Kulturelle Bildungsplanung). Gleichzeitig wollen wir den Zugang zu  
525 kultureller Bildung für alle Kinder und jungen Menschen aus allen gesellschaftlichen  
526 Schichten ermöglichen, zum Beispiel durch den kostenlosen Eintritt für unter 18-  
527 Jährige in Landesmuseen und eine stärkere Unterstützung der Musikschulen im Land.

528 In Zeiten zunehmender Fremdenfeindlichkeit und der Diskreditierung unserer  
529 freiheitlich demokratischen Grundordnung nimmt die Landeszentrale für politische  
530 Bildung besonders wichtige Aufgaben wahr. Ihre Arbeit soll durch die Vertiefung ihrer  
531 Aufgabenbeschreibung sowie durch eine absichernde Rechtsgrundlage, die sich aus  
532 einem klaren parlamentarischen Mandat heraus ergibt, gestärkt werden.

533 Wir stehen für eine klare Haltung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben in  
534 unserem Land. In diesem Sinne werden wir jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz  
535 fördern und die Erinnerungskultur weiter ausbauen. Dazu gehört für uns auch die  
536 Verpflichtung, die Besuche von Gedenkstätten der Erinnerungskultur zum Bestandteil  
537 des Unterrichtsangebots zu machen.

538 Wir bekennen uns zu den SchUM-Stätten in Mainz, Worms und Speyer als  
539 einzigartigem Zeugnis jüdischer Geschichte und kultureller Identität in Europa. Sie  
540 stehen für das geistige Zentrum jüdischen Lebens in Mittel- und Osteuropa, deren  
541 Bedeutung weit über ihre Entstehungszeit hinausreicht. Ihr Erhalt und ihre  
542 Wertschätzung sind für uns Ausdruck von Verantwortung gegenüber der Geschichte  
543 und ein klares Bekenntnis zum Schutz jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in  
544 Rheinland-Pfalz.

545 Die UNESCO-Welterbestätten in Rheinland-Pfalz und das immaterielle Kulturerbe sind  
546 zentrale Zeugnisse unseres historischen Erbes. Wir werden ihren Erhalt stärken, sie  
547 noch sichtbarer und auch digital für alle zugänglich machen.

548 Wir wollen die Förderung von Dritten Orten der Begegnung und des kulturellen  
549 Austauschs ausbauen und weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang unterstützen  
550 wir mit Mitteln aus dem Rheinland-Pfalz-Plan den Aufbau eines landesweiten  
551 Netzwerks an Probemöglichkeiten, das Freien Theatergruppen zur Verfügung steht.  
552 Die Förderung der Freien Szene, der Kinoprogrammpreis und „Zukunft durch Kultur“  
553 werden weiter gestärkt.

554 CDU und SPD wollen die historischen Landesausstellungen in den Landesmuseen  
555 weiterentwickeln, um ihre überregionale Strahlkraft zu sichern. Kulturdenkmäler im  
556 Landesbesitz wollen wir dauerhaft erhalten und setzen notwendige Bau- und

557 Sanierungsmaßnahmen fort. Das Denkmalschutzgesetz modernisieren und  
558 entbürokratisieren wir.

559 CDU und SPD stehen für eine konsequente Restitution von Kulturgütern als Ausdruck  
560 unserer historischen Verantwortung.

561 Im Hinblick auf die funktionelle Umwidmung kirchlicher Bauten entwickeln wir ein  
562 geeignetes Dialogformat, das gewährleistet, dass alle betroffenen Akteure und deren  
563 Perspektiven berücksichtigt und diese in die Entwicklung tragfähiger und sinnvoller  
564 Anschlussnutzungskonzepte integriert werden.

565 **2. Unsere Verantwortung für moderne Wirtschaft und**  
566 **Energie, Digitalisierung und Medien**

567 **Wirtschaft**

568 Rheinland-Pfalz ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Struktur aus  
569 Industrie, kleinen und mittleren Unternehmen, Handwerk, Dienstleistungen, Tourismus  
570 und Gaststättengewerbe. CDU und SPD bekennen sich ausdrücklich zur Bedeutung  
571 des Industriestandorts Rheinland-Pfalz sowie zur tragenden Rolle des Mittelstands  
572 und der kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land. Es ist unser Anspruch,  
573 mit einem breiten Mix an wirtschaftspolitischen Maßnahmen Wettbewerbsfähigkeit,  
574 Innovationsdynamik, Standortattraktivität und Zukunftsfähigkeit weiter zu stärken. Wir  
575 machen uns stark für wirtschaftliches Wachstum, Innovationskraft und gute Arbeit, um  
576 so die Voraussetzungen für Wohlstand und sichere Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz  
577 zu erhalten. Grundlage unseres Handelns sind die Leitprinzipien der Sozialen  
578 Marktwirtschaft, die unternehmerische Freiheit, Wettbewerb und Eigeninitiative mit  
579 klaren staatlichen Leitplanken für fairen Wettbewerb, für soziale Sicherheit und  
580 Gemeinwohl verbinden. Eine gelebte Sozialpartnerschaft ist dabei für uns Garant für  
581 gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung, faire Löhne und Tarifbindung.

582 Wir wollen für unsere Wirtschaft im Ländervergleich die besten Rahmenbedingungen  
583 bereitstellen und dies insbesondere durch den Verzicht auf belastende oder  
584 einschränkende Maßnahmen erreichen.

585

586 ***Investitionen ermöglichen und Verfahren beschleunigen***

587 Rheinland-Pfalz soll sich weiter zu einem der attraktivsten Standorte für Industrie,  
588 Innovationen, Start-ups und Zukunftstechnologien entwickeln. Dazu bündeln wir  
589 Förderangebote, straffen bestehende Programme und schaffen insbesondere für  
590 größere Ansiedlungen ein professionelles zentrales Ansiedlungsmanagement im  
591 Sinne einer Standortgesellschaft Rheinland-Pfalz, die landesweit Beratung und  
592 Begleitung für ansiedlungswillige Unternehmen aus einer Hand bieten soll – und zwar  
593 von der ersten Standortanfrage über die Flächenidentifikation und -entwicklung bis hin  
594 zur Umsetzung von Ansiedlungs- und Investitionsvorhaben. Dies soll auch zu einer  
595 Beschleunigung von Genehmigungsverfahren beitragen.

596 Ein zentraler Punkt unserer Standortpolitik ist die gezielte Bevorratung geeigneter  
597 Gewerbe- und Industrieflächen, um Ansiedlungen, Erhaltungs- und  
598 Modernisierungsinvestitionen in Abstimmung mit den betroffenen Kommunen zu  
599 beschleunigen. Gleichzeitig stellen wir im ganzen Land Gewerbe-Turboflächen sowie  
600 weitere Potenzialflächen bereit, damit Gewerbe- und Industrieflächen schneller  
601 geplant und genutzt werden können. Die Landesplanung wird entsprechend  
602 weiterentwickelt, unter Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Kommunen.  
603 Interkommunale Zusammenarbeit soll durch geeignete Anreize gestärkt werden.

## 604 ***Transformation der Industrie aktiv gestalten***

605 Die Industrie hat aufgrund ihres hohen Wertschöpfungspotenzials eine herausragende  
606 Bedeutung für Wohlstand und Beschäftigung in Rheinland-Pfalz. Ausgehend von  
607 unseren Stärken im Bereich von chemischer, pharmazeutischer, Automobil- und  
608 Zuliefererindustrie sowie von Metall- und Elektronunternehmen möchten wir neue  
609 Leitmärkte mit neuen Leittechnologien erschließen, insbesondere unter Nutzung  
610 unserer starken biotechnologischen sowie unserer IT- und KI-Kompetenzen.  
611 Gleichzeitig brauchen wir dabei eine engere Verzahnung von Industrie- und  
612 Innovationspolitik. Wenn aus Forschungswissen und technologischen Innovationen  
613 neue Wertschöpfung entstehen soll, dann geht das nur in enger Vernetzung von  
614 wirtschaftsstarken Industrieunternehmen mit den exzellenten Köpfen aus der  
615 Wissenschaft. Wir wollen überdies dazu beitragen, unsere Industrien  
616 wettbewerbsfähiger zu machen, indem wir uns auf Bundes- und europäischer Ebene  
617 für die Senkung der Energiekosten, insbesondere für energieintensive Unternehmen  
618 einsetzen. Wir werden zudem die Potenziale der Sicherheits- und  
619 Verteidigungsindustrie, insbesondere im Bereich von Dual-Use-Technologien, durch  
620 gezielte Förderung, Vernetzung und Kooperationen im Rahmen der bestehenden  
621 Programme stärker erschließen.

622 Für die Dekarbonisierung der Industrie prüfen wir die technischen und wirtschaftlichen  
623 Möglichkeiten eines modernen Kohlenstoffmanagements für unvermeidbare  
624 Restemissionen, insbesondere von CCS- und CCU-Technologien und werden hierzu  
625 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben. Gleichzeitig entwickeln wir die  
626 Wasserstoffstrategie des Landes weiter. Wasserstoff ist eine tragende Säule der  
627 industriellen Transformation hin zur Klimaneutralität. Ziel ist eine verlässliche  
628 Versorgung insbesondere der energieintensiven Industrie mit klimafreundlichem  
629 Wasserstoff. Die Wasserstoffkoordinierungsstelle wird gestärkt und besser in die  
630 strategische Steuerung eingebunden.

631 Im Hinblick auf die Frage, ob das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2040 erreicht werden  
632 kann, werden wir die im Landesklimaschutzgesetz vorgesehene Überprüfung deutlich  
633 vorziehen. Anstatt im Jahr 2031 wollen wir diese bereits im Jahr 2028 vornehmen.  
634 Sollte die Überprüfung ergeben, dass die Klimaneutralität bis 2040 nicht erreicht  
635 werden kann, werden wir die gesetzlich vorgesehene Anpassung vornehmen.

636 Wir setzen uns für wirtschaftsfreundliche und zugleich sozial ausgewogene  
637 Rahmenbedingungen ein. Der bisher im Bildungszeitgesetz vorgesehene  
638 Entlastungsmechanismus soll auf alle Branchen und Unternehmensgrößen  
639 ausgeweitet und erhöht werden.

640

## 641 ***Mittelstand durch Innovation und Entlastung stärken***

642 Auch der Mittelstand in unserem Land befindet sich in einer Phase der Transformation.  
643 Nachfolge-, Nachwuchs- und Fachkräftesicherungsprobleme, technologische  
644 Innovationen wie etwa KI oder 3D-Druck oder auch die Möglichkeiten im Bereich von  
645 e-commerce stellen neue Anforderungen an viele kleine und mittelständische  
646 Unternehmen. Im Sinne einer wirkungsorientierten Mittelstandspolitik überprüfen wir  
647 daher das bestehende Förder- und Unterstützungsangebot für den rheinland-  
648 pfälzischen Mittelstand. Wir wollen passgenau und innovativ zur Stärkung der

649 Wettbewerbsfähigkeit der KMU beitragen, insbesondere wenn es um Kompetenzen in  
650 den Bereichen technologische Modernisierung, Fachkräftesicherung und moderne  
651 Vertriebs- und Managementkonzepte geht.

652 Der Mittelstand ist das Rückgrat der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Wir werden den  
653 Gang in die Selbstständigkeit sowie Betriebsnachfolgen in enger Zusammenarbeit mit  
654 den relevanten Akteuren der Wirtschaft aktiv unterstützen, insbesondere durch  
655 verbesserte Vernetzung und gezielte Förderinstrumente. Bei Betriebsübergängen,  
656 insbesondere in der Hotellerie und Gastronomie, wollen wir praktikable Lösungen, vor  
657 allem beim Übergang von betriebsgebundenen Konzessionen, Lizenzen und  
658 Genehmigungen, schaffen.

659 Lebendige Innenstädte sind zentrale Orte der Begegnung, des Handels und der  
660 Lebensqualität. Deshalb sind handlungs- und leistungsfähige Kommunen auch so  
661 wichtig für einen vitalen Mittelstand. Wir stärken ihre Multifunktionalität und geben den  
662 Kommunen die Möglichkeit, attraktive und erlebnisorientierte Räume mit hoher  
663 Aufenthaltsqualität zu gestalten.

664 Wir entwickeln die rechtlichen Rahmenbedingungen für verkaufsoffene Sonntage  
665 weiter. Dabei halten wir an der bisherigen Anzahl von vier verkaufsoffenen Sonntagen  
666 pro Jahr fest. Künftig sollen zwei dieser Sonntage ohne besonderen Anlass ermöglicht  
667 werden. Zudem schaffen wir die Voraussetzung, dass ein verkaufsoffener Sonntag am  
668 ersten Wochenende im Dezember stattfinden kann. Gleichzeitig ermöglichen wir  
669 Ausnahmen im Ladenöffnungsgesetz für automatisierte Verkaufsformen.

670 Zur Unterstützung von Auszubildenden prüfen wir unter Einbeziehung von Kammern  
671 und weiteren Partnern Pilotprojekte zur Schaffung neuer Wohnraumkapazitäten für  
672 Azubis, zum Beispiel an Standorten mit Blockunterricht.

673 Wir werden die Kreislaufwirtschaft in Rheinland-Pfalz gezielt stärken und  
674 Stoffkreisläufe konsequent schließen, denn die Wiederverwendung von Ressourcen  
675 ist zentral für Klima- und Ressourcenschutz. Dazu setzen wir uns auf Bundesebene  
676 für eine praxistaugliche Überarbeitung der Ersatzbaustoffverordnung ein. Innovative  
677 Verfahren entlang der gesamten Wertschöpfungskette, einschließlich des chemischen  
678 Recyclings, sollen anerkannt und gefördert werden. Zudem prüfen wir eine  
679 aufgabengerechte Anpassung der Zuständigkeiten nach dem Bundes-  
680 Immissionsschutzgesetz.

681

## 682 ***Fachkräftepotenzial erfolgreich heben***

683 Die Sicherung von Fachkräften ist eine zentrale Voraussetzung für die wirtschaftliche  
684 Zukunftsfähigkeit des Landes. Wir werden die in diesem Jahr auslaufende  
685 Fachkräftesicherungsstrategie evaluieren und weiterentwickeln. Im Rahmen eines  
686 modernen Kampagnen- und Handlungskonzeptes binden wir Arbeitgeber- wie  
687 Arbeitnehmervertretungen ein. Gerade auch die Stärkung des Bewusstseins für die  
688 Wichtigkeit von Arbeitgeberattraktivität wird dabei von hoher Bedeutung sein. Dabei

689 erstrecken sich unsere Fachkräftesicherungsaktivitäten auf die bessere Ausschöpfung  
690 der inländischen Potenziale wie auch auf die berufliche Integration internationaler  
691 Fachkräfte.

692 Im Zuge unserer Fachkräftesicherungsstrategie werden darüber hinaus die  
693 Berufsorientierung an Schulen weiter stärken und junge Menschen gezielt für  
694 zukunftssichere und gesellschaftlich relevante Berufsfelder gewinnen. Dazu gehören  
695 für uns frühzeitige und individuelle Angebote zur Berufsorientierung an allen  
696 weiterführenden Schulen.

697 Die Förderung überbetrieblicher Bildungsstätten sowie der überbetrieblichen  
698 Lehrlingsunterweisung wird auf dem bisherigen hohen Niveau fortgesetzt. Unter  
699 Berücksichtigung der Förderung des Bundes streben wir den kostenfreien  
700 Meisterabschluss an.

701 Wir bekennen uns zur Bedeutung der Fachkräftezuwanderung.  
702 Anerkennungsverfahren werden beschleunigt und vereinfacht, die Welcome-Center  
703 gemeinsam mit den Kammern weiterentwickelt. Sprachförderung wird eng mit dem  
704 Arbeitsmarktzugang verzahnt. Ziel ist es, internationale Fachkräfte schneller und  
705 nachhaltiger in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Rheinland-Pfalz als attraktiven  
706 Standort für qualifizierte Zuwanderung weiter zu stärken.

707

### 708 ***Tourismus und regionale Wertschöpfung stärken***

709 Rheinland-Pfalz, geprägt von einzigartigen Flusslandschaften, Weinbaukulturen,  
710 Mittelgebirgen und kulturellem Erbe, ist ein vielfältiges und attraktives Tourismusland.  
711 Der Tourismus reicht von Natur-, Wander- und Radtourismus über Wein- und  
712 Genusstourismus sowie Gesundheits- und Wellnesstourismus bis hin zu Städte-,  
713 Kultur- und Geschäftstourismus. Diese Vielfalt bietet die Grundlage für ein  
714 ganzjähriges, nachhaltiges Angebot. Unser Anspruch ist ein konsequent  
715 qualitätsorientierter Tourismus, der sich an den Bedürfnissen der Gäste ausrichtet und  
716 zugleich Wertschöpfung und Lebensqualität im Land stärkt. Rheinland-Pfalz setzt  
717 dabei auf hochwertige Angebote, starke regionale Profile und eine zukünftige  
718 Weiterentwicklung als wettbewerbsfähiger Tourismusstandort. Die  
719 Wirtschaftsstandortmarke „Rheinland-Pfalz Gold“ wollen wir weiterführen und mit  
720 Leben füllen.

721 Wir unterstützen daher den Tourismus als Wirtschaftsfaktor, vor allem aber das  
722 mittelständische und inhabergeführte Hotel- und Gaststättengewerbe in den Städten  
723 ebenso wie im ländlichen Raum im Rahmen unserer aktuellen Tourismusstrategie, die  
724 wir evaluieren, weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Im Zuge dessen prüfen  
725 wir Möglichkeiten zur weiteren Stärkung des Tourismus, etwa mit Blick auf die  
726 Förderquoten.

727 Digitale Tourismusplattformen werden gezielt ausgebaut, um Angebote besser zu  
728 vernetzen und die Sichtbarkeit des Tourismusstandorts Rheinland-Pfalz zu erhöhen.

729 Mit einem Landesgaststättengesetz schaffen wir insbesondere für kleinere  
730 Gastronomiebetriebe, Dorfkneipen und Straußwirtschaften sowie für das  
731 Reisegewerbe praxistaugliche Erleichterungen.

732 Die Bundesgartenschau im UNESCO Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal bietet  
733 große Chancen für die touristische Entwicklung der Region. Mit einer verbesserten  
734 verkehrlichen Erschließung, insbesondere durch eine welterbekonforme  
735 Mittelrheinbrücke, wollen wir den Standort langfristig nachhaltig stärken. Wir werden  
736 dazu beitragen, die regionale und überregionale Attraktivität der Bundesgartenschau  
737 hervorzuheben und damit auch das damit verbundene wirtschaftliche  
738 Wertschöpfungspotential voll auszuschöpfen.

739 Darüber hinaus wollen wir das Format der Landesgartenschauen an veränderte  
740 Rahmenbedingungen und die konkreten Bedürfnisse der Kommunen anpassen. Ziel  
741 ist es, für die Landesgartenschau 2032 ein zeitgemäßes, niedrighschwelliges und damit  
742 grundsätzlich für mehr Städte erreichbares Angebot zu entwickeln. Gemeinsam mit  
743 allen an der Umsetzung beteiligten Akteuren werden wir ein neues Konzept erarbeiten,  
744 das die Erfahrungen der Praxis aufgreift und Raum für neue Ideen eröffnet. Dazu  
745 gehört auch die marketingtechnische Vernetzung von Bundes- und  
746 Landesgartenschauen.

747

#### 748 ***Gründungen erleichtern – Innovation beschleunigen***

749 Innovation und Gründungen sind zentrale Treiber für Wachstum und Transformation.  
750 Wir werden die Innovationsagentur nach Vorbildern im In- und Ausland zu einer  
751 zentralen Plattform für Vernetzung und Beratung weiterentwickeln. Dabei soll sie  
752 insbesondere den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gründerszene  
753 intensivieren, den Zugang zu Förderangeboten erleichtern und Gründungsprozesse  
754 zielgerichtet begleiten.

755 Wir stärken die Vernetzung von Gründerinnen und Gründern mit privaten und  
756 institutionellen Kapitalgebern und Investoren, um insbesondere innovativen  
757 Geschäftsmodellen und Start-ups den Zugang zu Wagniskapital zu erleichtern.  
758 Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene für weitergehende steuerliche  
759 Anreize zur Mobilisierung von Wagniskapital ein und verbessern gezielt den Zugang  
760 zu privatem Beteiligungskapital – insbesondere in späteren Wachstums- und  
761 Skalierungsphasen. Gleichzeitig bauen wir Zukunftscluster in Schlüsselbereichen wie  
762 Biotechnologie, Bioökonomie, Künstliche Intelligenz, Robotik, Cybersicherheit und  
763 Resilienz systematisch aus.

764 Darüber hinaus entwickeln wir eine Rohstoffstrategie für das Land, die zur Sicherung  
765 der Rohstoffgewinnung beiträgt und dabei ökonomischen, ökologischen und sozialen  
766 Aspekten Rechnung trägt.

767

## 768 **Energie**

769 Wir verfolgen eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und  
770 Klimaschutz ausgewogen berücksichtigt. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass  
771 Energieversorgung nicht nur eine Frage der Infrastruktur, sondern auch von  
772 geopolitischer Bedeutung ist. Internationale Krisen, volatile Märkte und neue  
773 Abhängigkeiten erfordern eine Energiepolitik, die flexibel reagieren kann und  
774 gleichzeitig langfristige Orientierung bietet.

775 Unser Ziel ist es, die Energieversorgung in Rheinland-Pfalz sicher, resilient und  
776 zukunftsfest aufzustellen. Dazu gehört, Abhängigkeiten zu reduzieren, regionale  
777 Wertschöpfung zu stärken und die Transformation des Energiesystems verlässlich  
778 voranzubringen. Eine wichtige Rolle kommt dabei der Energieagentur Rheinland-Pfalz  
779 zu, die als zentrale Kompetenzstelle Kommunen, Unternehmen und Bürger bei der  
780 Umsetzung der Energiewende berät und unterstützt.

781 Wir bekennen uns klar zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien als zentralem  
782 Pfeiler einer modernen Energieversorgung. Dabei setzen wir auf einen  
783 technologischen Ansatz und nutzen die Potenziale aller sinnvollen erneuerbaren  
784 Energieträger. Die Photovoltaik wollen wir konsequent ausbauen. Das Land geht dabei  
785 als Vorbild voran und stattet seine Liegenschaften mit Photovoltaikanlagen aus. Die  
786 Nutzung von Biomasse wird weiter gestärkt, insbesondere durch den Einsatz von  
787 Restholz aus dem Wald sowie organischen Reststoffen. Die Potenziale der  
788 Wasserkraft werden unter Beachtung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in ihren  
789 verschiedenen technischen Alternativen genutzt und ausgebaut, soweit dies  
790 ökologisch und wirtschaftlich tragfähig ist. Geothermie soll dort erschlossen werden,  
791 wo sie sinnvoll und tragfähig ist. Die Frage der Absicherung in etwaigen  
792 Schadensfällen muss klar geregelt sein. Der Ausbau der Windenergie erfolgt unter  
793 Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten und mit dem Ziel, eine ausgewogene und  
794 verträgliche Verteilung der Anlagen im Land zu erreichen. Zusätzliche Potenziale  
795 wollen wir auch durch die Nutzung von Flusswärme, insbesondere entlang von Rhein  
796 und Mosel, erschließen.

797 Gleichzeitig setzen wir auf einen pragmatischen und technologieoffenen Ansatz, der  
798 Raum für Innovationen lässt und notwendige Anpassungen an sich verändernde  
799 Rahmenbedingungen ermöglicht. So schaffen wir die Grundlage für eine stabile  
800 Energieversorgung und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen.

801 Bezahlbare Energie ist ein entscheidender Faktor für den Alltag unserer Bürgerinnen  
802 und Bürger und für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Wir setzen uns daher auf  
803 Bundesebene dafür ein, die Stromsteuer für alle zu senken und so die  
804 Wettbewerbsfähigkeit des Standorts nachhaltig zu stärken. Das entlastet  
805 Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger.

806 Die kommunale Wärmeplanung ist ein wesentliches Instrument, um in Deutschland  
807 das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die  
808 Kommunen auf dem Weg wirksam unterstützt werden.

809 CDU und SPD bekennen sich zum notwendigen Ausbau der Netzinfrastruktur. Dieser  
810 liegt in der Verantwortung des Bundes. Das Land Rheinland-Pfalz wird sich hierbei  
811 konstruktiv einbringen und den Ausbau aktiv unterstützen. Dazu werden wir den Dialog  
812 mit den Netzbetreibern intensivieren, um die Integration erneuerbarer Energien in die  
813 Netze zu verbessern und den Ausbau bedarfsgerecht voranzubringen. Auch  
814 Speichertechnologien werden dabei stärker berücksichtigt.

815 Mit einem Bürgerenergiegesetz stärken wir die Beteiligung von Bürgerinnen und  
816 Bürgern sowie Kommunen an der Energieerzeugung vor Ort und erhöhen die  
817 regionale Wertschöpfung.

818 Der Ausbau erneuerbarer Energien wird konsequent fortgesetzt. Wir wollen ein jährliches  
819 Zubauziel von 1.500 Megawatt erreichen.

820

## 821 **Digitalisierung**

822 Die Digitalisierung berührt grundlegende gesellschaftliche Bereiche wie Arbeit,  
823 Bildung, Kommunikation und soziale Teilhabe und hat diese tiefgreifend verändert.  
824 Technologische Entwicklung muss dem Gemeinwohl dienen. Wir wollen die Chancen  
825 nutzen. Deshalb brauchen wir ein digital souveränes Land im europäischen Rahmen  
826 und müssen die Bedingungen für digital autonome Bürgerinnen und Bürger schaffen.  
827 Wir stärken das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Das Datenschutz- und  
828 Transparenzrecht soll innovationsfreundlicher novelliert und überall, wo möglich,  
829 vereinfacht und entbürokratisiert werden. Auf dem Weg zur digitalen Souveränität  
830 brauchen wir neue digitale europäische Lösungen, denen wir vertrauen können. Das  
831 gilt für die grundlegenden Infrastrukturen wie Halbleiter, Netzwerkkomponenten und  
832 Rechenzentren ebenso wie für infrastrukturelle Plattformdienste wie Cloud,  
833 Bezahldienste, Authentifizierungen und die vielen sektoralen Plattform- und  
834 Softwaremärkte.

835

### 836 ***Digitalisierung strategisch steuern***

837 Rheinland-Pfalz hat mit der Digitalstrategie „Wir vernetzen Land und Leute“ ein  
838 funktionierendes Steuerungsinstrument für den digitalen Wandel geschaffen. Die  
839 Strategie wurde durch ein erstes Digitalprogramm mit konkreten Etappenzielen  
840 unterlegt, das kontinuierlich fortgeschrieben und an neue Herausforderungen  
841 angepasst werden soll. CDU und SPD verankern so Digitalisierung als politische  
842 Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern, von Bildung und Gesundheit über  
843 Wirtschaft bis hin zu Klimaschutz und gesellschaftlicher Teilhabe.

844 Wir wollen die Digitalisierung konsequent in allen Bereichen des staatlichen Handelns  
845 verankern. Deshalb werden neue Gesetze, Verordnungen und  
846 Verwaltungsvorschriften einem Digitalcheck unterzogen.

## 847 **Informations- und Cybersicherheit gewährleisten**

848 Die Sicherheit der digitalen Infrastruktur und der Daten des Landes ist eine zentrale  
849 Voraussetzung für einen zukunftsfähigen und resilienten Staat. Informations- und  
850 Cybersicherheit verstehen wir als gemeinsame Aufgabe aller Akteure und  
851 Verwaltungsebenen. Sie kann nur ressortübergreifend und im engen Schulterschluss  
852 über Verwaltungsebenen hinweg wirksam gewährleistet werden. Unser Ansatz basiert  
853 auf den drei Säulen Prävention, Detektion und Reaktion, die wir für die  
854 Landesverwaltung in einer Cybersicherheitsstrategie bündeln, um die Informations-  
855 und Cybersicherheit nachhaltig zu stärken und damit unsere Resilienz zu erhöhen.

856 Wir setzen die Standards und Regelungen des Bundesamts für Sicherheit in der  
857 Informationstechnik konsequent um und unterstützen und beraten die Behörden der  
858 Landesverwaltung bei der Umsetzung genauso wie die Kommunen und die  
859 Unternehmen im Land mit einem besonderen Fokus auf den Mittelstand.

860 Wir verabschieden eine Cybersicherheitsstrategie für das Land und prüfen die  
861 Notwendigkeit eines eigenen Cybersicherheitsgesetzes, um klare Zuständigkeiten,  
862 verbindliche Standards und erweiterte Fähigkeiten rechtlich abzusichern.

863

## 864 **Mittel für die Digitalisierung bündeln**

865 Die Digitale Verwaltung ist eine zentrale Querschnittsaufgabe der Landesregierung  
866 und ein entscheidender Hebel für einen leistungsfähigen, modernen und bürgernahen  
867 Staat über alle Ebenen hinweg. Die Umsetzung soll beschleunigt, Zuständigkeiten  
868 sollen stärker gebündelt und verstärkt strategisch gesteuert werden.

869 Mit einem fortentwickelten Digitalbudget soll sichergestellt werden, dass zentrale und  
870 ressortübergreifende, aber auch bedeutsame Digitalisierungsprojekte verlässlich  
871 finanziert und konsequent umgesetzt werden können.

872

## 873 **Verwaltung konsequent digitalisieren**

874 Wir unterstützen den Weg zu einer einheitlichen digitalen Infrastruktur für Bund, Länder  
875 und Kommunen (Deutschland-Architektur und Digital Infrastructure Stack), um  
876 Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen. In unseren  
877 Umsetzungen binden wir EU-, Bundes- und IT-Planungsratsvorgaben systematisch  
878 ein, um interoperable Architekturen, Cloud-Infrastrukturen, Datenräume und KI-  
879 basierte Lösungen strategisch und effizient zu bündeln. Zudem identifizieren wir  
880 geeignete Einsatzfelder für die EUDI-Wallet im Lichte föderaler und europäischer  
881 Entwicklungen und setzen sie gezielt dort um, wo sie Verwaltungsprozesse für  
882 Bürgerinnen und Bürger spürbar vereinfacht und einen konkreten Mehrwert bietet.

883 Neben der Bereitstellung von Basis- und Querschnittsdiensten für die Landes- und die  
884 Kommunalverwaltung wollen wir die Vielzahl von (kleineren) Fachanwendungen  
885 überprüfen. Ein Mittel, diese Fachanwendungen zu standardisieren und die langfristige

886 Pflege der Anwendungen zu gewährleisten, ist die Verwendung einer einheitlichen  
887 Low-Code-Plattform. Wir wollen die Möglichkeiten der Bereitstellung einer  
888 einheitlichen Low-Code-Plattform für die Landesverwaltung bewerten und bei positiver  
889 Bewertung die Bereitstellung einer solchen Plattform vorantreiben.

890 Mit dem Rollout-Programm sorgen wir für eine flächendeckende Bereitstellung digitaler  
891 Verwaltungsleistungen in Rheinland-Pfalz. Dazu nutzen wir die bundesweit nach dem  
892 „Einer-für-Alle“-Prinzip (EfA-Prinzip) entwickelten Onlinedienste nach und binden  
893 diese an kommunale und staatliche Behörden ganzheitlich und medienbruchfrei an.  
894 Das Land unterstützt die Kommunen bei der Anbindung, Einführung und dem  
895 praktischen Einsatz der Online-Dienste, inklusive einer abgestimmten  
896 Umsetzungsplanung und -begleitung. Wir werden den Anteil an flächendeckend  
897 ausgerollten EfA-Onlinediensten deutlich erhöhen und damit das Serviceangebot für  
898 Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen spürbar verbessern. Wir setzen  
899 durchgängige, von der Beantragung bis zum Bescheid komplett digitale Verfahren um  
900 und stellen eine medienbruchfreie Anwendung nach dem Ende-zu-Ende-Prinzip  
901 sicher.

902 Wir werden das Landesgesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in  
903 Rheinland-Pfalz im Rahmen eines Beteiligungsprozesses evaluieren und es an die  
904 aktuellen Anforderungen anpassen, so dass digitale Verwaltungsarbeit in Rheinland-  
905 Pfalz auf einer modernen rechtlichen Grundlage fußt. Änderungsbedarfe sehen wir  
906 insbesondere im Bereich KI, durch Änderungen des Onlinezugangsgesetzes und die  
907 Umsetzung der Registermodernisierung, durch eine neue Gewichtung der Digitalen  
908 Souveränität und Anforderungen an Informations- und Cybersicherheit.

909

### 910 ***Once-Only-Prinzip umsetzen***

911 Die Registermodernisierung ist die zentrale Voraussetzung für die Umsetzung des  
912 Once-Only-Prinzips und ein Schlüsselprojekt der Föderalen Modernisierungsagenda.  
913 Relevante Daten werden nur einmal angegeben und können – unter Wahrung des  
914 Datenschutzes – von den Verwaltungen mehrfach genutzt werden. Ziel ist eine  
915 effiziente, skalierbare und sichere Registerlandschaft sowie die schrittweise Trennung  
916 von Registerführung und Fachverfahren. Wir treiben die Registermodernisierung  
917 strukturiert, schrittweise und praxisnah voran und erfüllen dabei konsequent die  
918 bestehenden rechtlichen und europäischen Verpflichtungen.

919

### 920 ***Schlüsseltechnologien gezielt einsetzen***

921 Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz, Quantencomputing, Robotik,  
922 Informations- und Kommunikationstechnologien, Photonik sowie Mikro- und  
923 Nanoelektronik bieten enormes Potenzial für die Zukunft.

924 Wir wollen die Chancen der Künstlichen Intelligenz für Gesellschaft und Wirtschaft  
925 nutzen. Deshalb setzen wir uns für eine maßvolle und risikobasierte Regulierung und

926 Kontrolle der KI-Entwicklung und -Anwendung im europäischen Rahmen ein. Wir  
927 werden gemeinsam mit unseren Partnern im Bund und in Europa attraktive  
928 Bedingungen für dynamische Innovationen schaffen. Das Wohl und die Autonomie der  
929 Menschen sowie die Freiheit unserer demokratischen Gesellschaft sind dabei unser  
930 Fokus. Wir setzen auf KI-Sprunginnovationen, darunter branchenspezifische KI-  
931 Sprachmodelle, um die Effizienz und Effektivität in verschiedenen Sektoren zu  
932 steigern. Der kluge Einsatz neuer Technologien wird als Katalysator für die  
933 notwendigen Strukturreformen eine Schlüsselrolle spielen. Das Deutsche  
934 Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz in Kaiserslautern, das Fraunhofer-  
935 Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik, das Fraunhofer-Institut für  
936 Experimentelles Software Engineering und das Max-Planck-Institut für  
937 Softwaresysteme sind zentrale Einrichtungen der KI-Forschung mit großer Strahlkraft.  
938 Gemeinsam mit den Forschungsbereichen der Universitäten und den Hochschulen für  
939 angewandte Wissenschaften besteht ein Forschungsumfeld in den unterschiedlichen  
940 Wissenschaftsfeldern, das Anwendung von KI in die breite Anwendung bringt.

941 Künstliche Intelligenz bietet als potenzielle Sprunginnovation auch die Möglichkeit,  
942 Verwaltungsprozesse zu beschleunigen und effizienter zu gestalten.

943 Wir wollen in der Landesregierung eine eigene Innovationsmanagement-Einheit  
944 (GovLab Rheinland-Pfalz) implementieren, um technologische Innovationen und  
945 Innovationen in den Verwaltungs- und Arbeitsprozessen in der Landesverwaltung  
946 gezielt zu fördern. Dort werden wir neue Technologien frühzeitig testen und innovative  
947 IT-Lösungen vor dem flächendeckenden Einsatz in der Landesverwaltung erproben.  
948 Gleichzeitig wollen wir sie auch zur Anlaufstelle machen, um den Bedarf der  
949 Verwaltung an interner Organisationsberatung zu decken. Ziel ist es, dass die  
950 begleiteten Einheiten die entsprechenden Kompetenzen erwerben, neue digitale Tools  
951 und Methoden eigenständig in den Arbeitsalltag integrieren und als Multiplikatorinnen  
952 und Multiplikatoren den Kulturwandel in der Landesverwaltung sukzessive  
953 mitgestalten.

954 Wir achten bei der Einführung von KI und Automatisierungen stets auf den Einklang  
955 mit den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und darauf,  
956 dass die menschliche Komponente in der Verwaltung gestärkt wird.

957

### 958 ***Digitale Kompetenzen stärken***

959 Wir wollen die digitalen Kompetenzen in der Verwaltung gezielt stärken und weiter  
960 ausbauen. Dazu setzen wir auf verstärkte Investitionen in Fort- und Weiterbildung, um  
961 die Beschäftigten bestmöglich auf die Anforderungen einer modernen, digitalen  
962 Verwaltung vorzubereiten, beispielsweise durch die Implementierung verpflichtender  
963 Module oder eines eigenen Studienganges (zum Beispiel DACS) an der Hochschule  
964 für öffentliche Verwaltung. Gerade mit Blick auf die Verwaltung ist die Deutsche  
965 Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer ein wichtiger Ansprechpartner für  
966 uns. Sie leistet für die Aus- und Fortbildung in der öffentlichen Verwaltung einen  
967 zentralen Beitrag.

968 Den Aufbau digitaler Kompetenzen in der Landesverwaltung wollen wir über die  
969 Stärkung der digitalen Weiterbildungsplattform weiter vorantreiben, um  
970 sicherzustellen, dass alle Mitarbeitenden über die notwendigen Fähigkeiten verfügen,  
971 um die Herausforderungen der digitalen Transformation erfolgreich zu meistern.

972

### 973 ***Gute Rahmenbedingungen für moderne Rechenzentren schaffen***

974 Angesichts veränderter geopolitischer Rahmenbedingungen muss Deutschland sich  
975 neu ausrichten und digital souverän werden. Dies betrifft ganz grundlegend unsere  
976 digitalen Infrastrukturen: Festnetz, Mobilfunk, Satellit und Rechenzentren. Rheinland-  
977 Pfalz soll ein attraktiver Standort für leistungsfähige, sichere und nachhaltige  
978 Rechenzentren werden. Dafür schaffen wir klare und effiziente Planungs- und  
979 Genehmigungsverfahren sowie eine verlässliche Anbindung an Strom- und  
980 Glasfasernetze. Zugleich setzen wir auf höchste Effizienzstandards, insbesondere  
981 durch die konsequente Nutzung von Abwärme, den Einsatz erneuerbarer Energien  
982 und intelligente Laststeuerung. Rechenzentren wollen wir zudem systematisch in  
983 kommunale Wärme- und Energiekonzepte integrieren, um Synergien zu heben und  
984 die regionale Wertschöpfung zu stärken.

985

### 986 ***Digitale Souveränität stärken***

987 Maßnahmen zur Stärkung der Digitalen Souveränität wollen wir für die  
988 Landesverwaltung gesamthaft betrachten. Eine ressortübergreifende Strategie zur  
989 Digitalen Souveränität soll Grundlage der Umsetzung von Maßnahmen mit dem Ziel  
990 einer strukturierten, konsistenten Stärkung der Digitalen Souveränität der  
991 Landesverwaltung werden.

992 Wir wollen die digitale Souveränität konsequent durch den ebenenübergreifenden  
993 Einsatz offener Schnittstellen, offener Standards und den gezielten Ausbau von Open-  
994 Source-Lösungen stärken. Open Source verstehen wir als strategisches Instrument  
995 zur Förderung digitaler Souveränität, technologischer Innovation und leistungsfähiger  
996 Basisdienste und wollen sie bei der Auswahl und Entwicklung von IT-Systemen  
997 grundsätzlich bevorzugt berücksichtigen.

998 Die Fortentwicklung der Cloud-Infrastruktur für die Landesverwaltung richten wir  
999 weiterhin nach länderübergreifenden Standards digital souverän aus. Dort, wo es  
1000 wirtschaftlich geboten und zulässig ist, werden wir uns europäischer Cloud-  
1001 Dienstleister bedienen. Wir überführen geeignete Fachverfahren in die Cloud-  
1002 Infrastruktur, setzen die Bündelung der Kompetenzen im Bereich Cloud fort und bieten  
1003 eine zentrale Anlaufstelle bei Fragen rund um das Thema Cloud.

1004 Im Bereich der IT-Arbeitsplätze streben wir die Ablösung von bestehenden  
1005 proprietären IT-Arbeitsplatzlösungen an. Dafür wollen wir die Möglichkeiten des  
1006 Einsatzes von Open-Source-Produkten schnell vorantreiben und werden dem Zentrum  
1007 für digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) beitreten.

1008 ***Leistungsfähigen Landesbetrieb Daten und Information (LDI) weiterentwickeln***

1009 Der LDI ist der zentrale IT-Dienstleister der Landesverwaltung, der den Anforderungen  
1010 der Verwaltungsdigitalisierung entsprechend weiterzuentwickeln ist. Eine stetig  
1011 voranschreitende Digitalisierung mit einem entsprechenden Aufwuchs an Aufgaben,  
1012 die in ihrer Komplexität beständig zunehmen, erfordert eine beständige Anpassung  
1013 sowohl der Organisation selbst als auch der benötigten technischen Infrastruktur. Wir  
1014 werden IT-Entwicklungsressourcen im LDI bündeln. Wir werden uns im Hinblick auf  
1015 die laufende digitale Transformation für eine adäquate Personalausstattung des LDI in  
1016 qualitativer und quantitativer Hinsicht einsetzen. Synergien durch die Kooperation mit  
1017 Partnern innerhalb und außerhalb der öffentlichen Verwaltung werden wir  
1018 vorantreiben.

1019

1020 ***Ausbau der digitalen Netze stärken***

1021 CDU und SPD wollen den Ausbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur  
1022 konsequent vorantreiben. Wir wollen den flächendeckenden Ausbau von Glasfaser  
1023 und Mobilfunk entschlossen vorantreiben, insbesondere im ländlichen Raum.

1024 Wir setzen uns beim Bund für regulatorische und gesetzgeberische Vorgaben ein, die  
1025 einen Mehrfachausbau zugunsten von Mitnutzung bestehender Infrastrukturen  
1026 unattraktiv werden lässt (Anwendung des „Dig-Once“-Prinzips und Open-Access-  
1027 Modelle). Den Glasfaserausbau treiben wir mit passgenauen Förderangeboten voran,  
1028 für die wir uns auch gegenüber dem Bund stark machen.

1029 Der Glasfaserausbau wird als im überragenden öffentlichen Interesse vorangetrieben.  
1030 Versorgungslücken, auch in Einzellagen, sollen ressourcenschonend geschlossen  
1031 werden, etwa durch innovative Verlegungsmethoden oder in Ausnahmefällen auch durch  
1032 den Einsatz moderner Technologien wie Satellitenlösungen. Gleichzeitig werden  
1033 digitale Genehmigungsprozesse konsequent genutzt und Genehmigungen, wo  
1034 möglich, vereinfacht.

1035 Das Gigabit-Kompetenzzentrums wird auch in Zukunft Ausbauprojekte eng begleiten,  
1036 überwachen und damit kommunale Verwaltungen entlasten.

1037 Für uns steht die tatsächliche mobile Erreichbarkeit und ihre Qualität im Fokus. Wir  
1038 wollen, dass die Parameter des Mobilfunk-Monitoring so angepasst werden, dass die  
1039 gemessene Versorgung auch der Wahrnehmung vor Ort entspricht. Dazu bieten wir  
1040 mit eigenen Messungen auf Landesebene bereits eine empirische Grundlage und  
1041 bauen diese aus.

1042 Für besonders schwer zu erschließende Gebiete im ländlichen Raum schaffen wir  
1043 innovative Formate, um den Mobilfunkausbau zu beschleunigen. Wir bringen hierfür  
1044 relevante Stakeholder wie beispielsweise Stromnetzbetreiber mit  
1045 Mobilfunkunternehmen zusammen oder schaffen Austauschformate für ein  
1046 koordiniertes und planvolles Vorgehen zwischen Umweltbehörden und  
1047 Mobilfunkanbietern.

1048 Wir werden uns gemeinsam mit dem Bund, der Bundesnetzagentur und weiteren  
1049 relevanten Stakeholdern dafür einsetzen, dass Rheinland-Pfalz frühzeitig und pilothaft  
1050 dabei sein wird, wenn es um die Frage diskriminierungsfreier, regionaler Kupfer-DSL-  
1051 Netz-Abschaltungen geht.

1052 Insbesondere mit Blick auf den künftigen Standard 6G soll Rheinland-Pfalz in der  
1053 Forschung und in der Anwendung auch weiterhin eine Vorreiterrolle spielen. Hierbei  
1054 werden wir Forscherinnen und Forscher, Unternehmen und Organisationen im Feld  
1055 gezielt unterstützen.

1056 Wir haben eine starke anwendungsorientierte Mobilfunkforschung in Rheinland-Pfalz  
1057 dank guter Rahmenbedingungen an Universitäten, Hochschulen und sonstigen  
1058 Forschungseinrichtungen.

1059

## 1060 **Medien**

1061 Rheinland-Pfalz ist ein vielfältiger und lebendiger Medienstandort mit starken  
1062 regionalen Strukturen und engagierten Akteurinnen und Akteuren. Ein leistungsfähiger  
1063 öffentlich-rechtlicher Rundfunk, starke und regional verankerte private  
1064 Rundfunkveranstalter und in allen Landesteilen präsente Zeitungsverlage sichern  
1065 Arbeitsplätze und leisten einen zentralen Beitrag zu demokratischer Teilhabe und  
1066 gesellschaftlichem Zusammenhalt.

1067 Vielfältige und unabhängige Medien sind ein demokratisches Kernversprechen:  
1068 Zugang zu verlässlichen Informationen, Bildung und kulturelle Teilhabe für alle.  
1069 Rheinland-Pfalz trägt hier als Vorsitzland der Rundfunkkommission eine besondere  
1070 Verantwortung. Es ist unser gemeinsames Ziel, gute Bedingungen für private und  
1071 öffentlich-rechtliche Medien zu schaffen – gerade in einer zunehmend von wenigen  
1072 Plattformkonzernen dominierten digitalen Öffentlichkeit. Wer in Europa Geld verdienen  
1073 möchte, für den gelten europäische Regeln und Werte. Deshalb treiben wir den  
1074 Digitale Medien-Staatsvertrag voran, um Medienvielfalt und fairen Wettbewerb zu  
1075 sichern, die Sichtbarkeit und Refinanzierung journalistischer Inhalte zu stärken und  
1076 freie Kommunikationsräume auch in Zukunft zu gewährleisten. Auf europäischer  
1077 Ebene werden wir uns dafür einsetzen, unsere europäischen Regeln und Werte  
1078 selbstbewusst gegenüber den Plattformen einzufordern und durchzusetzen.

1079 KI ist zum Alltagsgegenstand der Menschen geworden. Die Kompetenz dazu, diese  
1080 Technik gezielt nutzen und hinterfragen zu können, ist daher eine zentrale. Diese  
1081 Entwicklung gestalten wir aktiv mit. Gleichzeitig braucht es umso mehr unabhängigen  
1082 Journalismus, der differenzierte Betrachtungen auf Sachverhalte und zuverlässige  
1083 Quellen für Bürgerinnen und Bürger zur Orientierung und Weiterentwicklung anbietet.

1084 Das duale Mediensystem hat sich bewährt, deshalb werden wir dieses System  
1085 erhalten und weiterentwickeln. Dabei müssen beide Säulen des dualen Systems Raum  
1086 für Entwicklung haben. Auf eine sinnvolle Balance zwischen öffentlich-rechtlichem  
1087 Rundfunk und privaten Medien werden wir daher achten. In Rheinland-Pfalz haben wir

1088 dabei ganz besonders auch die vielen regionalen und lokalen Medien im Blick. Ihre  
1089 Arbeit vor Ort ist wesentlich für die Demokratie. Die bestehenden Regionalfenster und  
1090 Drittsendezeiten leisten hier einen unverzichtbaren Beitrag für Regionalität und  
1091 Meinungspluralismus.

1092 Presseverlage in Deutschland stehen enorm unter Druck. Umso wichtiger ist es, die  
1093 vielfältige Presselandschaft in Rheinland-Pfalz zu unterstützen. Wir führen daher die  
1094 zielgerichtete Förderung der digitalen Transformation von Presseverlagen in  
1095 Rheinland-Pfalz fort.

1096 Wir stehen zur Beitragsfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ein starker  
1097 öffentlich-rechtlicher Rundfunk braucht eine unabhängige und verlässliche  
1098 Finanzierung. Gleichzeitig muss der Rundfunkbeitrag bezahlbar bleiben, um  
1099 Akzeptanz zu finden. Effizienzsteigerungen, Strukturreformen und Kooperationen  
1100 sichern Beitragsstabilität. Wir werden weiterhin Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit sowie  
1101 Transparenz einfordern und uns aktiv in die Weiterentwicklung des Verfahrens zur  
1102 Ermittlung und Festlegung des Rundfunkbeitrages einbringen.

1103 Wir setzen auf mehr Zusammenarbeit und Partnerschaft des öffentlich-rechtlichen  
1104 Rundfunks auch mit privaten Medien. Dort, wo rechtliche Rahmenbedingungen die  
1105 notwendige vertiefte Zusammenarbeit derzeit noch erschweren, setzen wir uns auch  
1106 beim Bund für Anpassungen ein.

1107 Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts – unabhängig  
1108 von Alter und Herkunft. Sie stärkt die demokratische Resilienz der Menschen  
1109 gegenüber Desinformation und Extremismus jeglicher Art. Wir wollen Rheinland-Pfalz  
1110 zum Impulsgeber für Medienkompetenz und digitale Bildung machen. Daher wollen wir  
1111 den eingeschlagenen Prozess einer gemeinsamen Medienkompetenzstrategie  
1112 konsequent fortsetzen. Ziel ist es, bestehende und neue Maßnahmen besser zu  
1113 bündeln, stärker zu vernetzen und aufeinander abzustimmen. So entsteht ein klarer  
1114 Rahmen mit gemeinsamen Zielen und Standards, der die Medienkompetenz im Land  
1115 durch niedrigschwellige Angebote nachhaltig stärkt und öffentlich wahrnehmbar macht.

1116 Die Angebote der Orte der medialen Teilhabe der Medienanstalt Rheinland-Pfalz sollen  
1117 im Land ausgebaut werden, denn sie sind Anlaufstellen und Begegnungsstätten:  
1118 niedrigschwellig und mittendrin in den Innenstädten von Rheinland-Pfalz. Gemeinsam  
1119 mit Multiplikatoren wie den Digitalbotschafterinnen und -botschaftern und den Offenen  
1120 Kanälen bilden sie ein Netzwerk, das bei der Umsetzung der  
1121 Medienkompetenzstrategie in der Fläche unterstützt.

1122 Kinder und Jugendliche sind – ebenso wie Erwachsene – im Netz zunehmend  
1123 Desinformation, Hass und Hetze sowie nicht gekennzeichneten KI-Inhalten  
1124 ausgesetzt. Es ist eine zentrale gesellschaftliche und staatliche Aufgabe,  
1125 Minderjährige vor schädlichen Medieninhalten und Interaktionsrisiken zu schützen.  
1126 Jugendmedienschutz braucht klare gesetzliche Regelungen und konsequente  
1127 Durchsetzung im digitalen Raum.

1128 CDU und SPD sprechen sich für strengere Regeln für soziale Medien aus, um Kinder  
1129 und Jugendliche besser zu schützen, ohne sie komplett aus der digitalen Welt  
1130 auszuschließen. Ein zentrales Element ist ein gestuftes Modell nach Alter, bei dem  
1131 Kinder unter 14 Jahren soziale Medien gar nicht nutzen dürfen. Für Jugendliche bis 16  
1132 Jahre sollen spezielle Jugendversionen ohne Suchtmechanismen und algorithmische  
1133 Empfehlungen gelten. Zudem sprechen sich CDU und SPD für verpflichtende  
1134 Alterskontrollen und eine klarere Verantwortlichkeit und Haftung der Plattformen für  
1135 schädliche Inhalte aus. Ziel ist es, Risiken wie Manipulation, Sucht oder  
1136 problematische Inhalte zu begrenzen und gleichzeitig die digitale Teilhabe junger  
1137 Menschen zu erhalten. Hierfür soll der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag in gutem  
1138 Zusammenwirken mit europäischen Regelungen fortgeschrieben werden. Im Lichte  
1139 dessen soll auch jugendschutz.net als gemeinsames Kompetenzzentrum von Bund,  
1140 Ländern und Landesmedienanstalten für den Schutz von Kindern und Jugendlichen  
1141 im Internet strukturell gestärkt werden.

1142 Der Medienstandort Rheinland-Pfalz zeichnet sich durch seine Vielfalt aus, und wir  
1143 sind bereits Heimat für viele Kreative. Deswegen ist die Dachmarke „media made in  
1144 RLP“ mehr als ein Slogan. Wir sehen es als unseren Auftrag an, die vorhandenen  
1145 Rahmenbedingungen für die Medien im Land bedarfsgerecht weiter auszubauen: von  
1146 Infrastruktur bis Inhalteproduktion. Den mit der bereits beauftragten  
1147 Medienstandortstudie Rheinland-Pfalz begonnenen Prozess setzen wir fort. Im Lichte  
1148 der Studienergebnisse werden wir auch prüfen, inwieweit die Förderinstrumente des  
1149 Landes für die gesamte Kreativ- und Medienbranche bestmöglich koordiniert werden  
1150 können.

1151 CDU und SPD wollen den Standort durch attraktive Rahmenbedingungen für  
1152 Medienunternehmen sowie durch die Förderung von Innovation, Ausbildung und  
1153 Nachwuchs im Medienbereich erhalten und weiter stärken, beispielsweise die Content  
1154 Convention als das Schaufenster des Medienstandorts Rheinland-Pfalz oder das  
1155 Filmfestival in Ludwigshafen, welches aus Rheinland-Pfalz die Filmszene bereichert  
1156 und weit über die Region hinaus Anerkennung findet. Die Medienförderung RLP soll  
1157 weiterentwickelt werden, denn in Rheinland-Pfalz ist nicht die Mediengattung, sondern  
1158 der Inhalt entscheidend – hier werden Games und Audiovisuelles wie Film  
1159 gleichermaßen gefördert. CDU und SPD wollen daher die Medienförderung gezielt  
1160 weiterentwickeln und damit den Medienstandort nachhaltig stärken. Ein besonderer  
1161 Fokus liegt dabei auf den Zukunftsbereichen Games und Film, um Innovation,  
1162 Kreativität und Wertschöpfung im Land weiter auszubauen. Dank vieler Hochschulen  
1163 und kreativer Studiengänge im Land und erfolgreicher Unternehmen soll das Potenzial  
1164 im Land bleiben. Dafür wollen wir gute Rahmenbedingungen schaffen und auch  
1165 Gamesförderung innerhalb der Medienförderung weiter ausbauen.

1166 **3. Unsere Verantwortung für gute Arbeit, einen fairen**  
1167 **Sozialstaat, eine zuverlässige Gesundheit und Pflege**

1168 **Arbeit**

1169 Die Arbeitswelt verändert sich. Treiber dafür sind insbesondere der demografische  
1170 Wandel, die fortschreitende Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und der Weg zur  
1171 Klimaneutralität. Diese Entwicklungen wirken auf alle Branchen und verändern  
1172 Qualifikationsanforderungen sowie Beschäftigungsstrukturen nachhaltig. Das hat  
1173 unter anderem zur Folge, dass die Suche nach Fachkräften für Unternehmen  
1174 zunehmend schwieriger wird. Gleichzeitig gibt es weiterhin Menschen, die von diesen  
1175 Entwicklungen bislang nicht profitieren und trotz der steigenden Nachfrage nach  
1176 qualifizierten Arbeitskräften keine Beschäftigung finden.

1177 Wir sehen in diesen Entwicklungen erhebliche Chancen für die Beschäftigten und für  
1178 die Unternehmen und wollen gemeinsam mit den Sozialpartnern die zentralen  
1179 Herausforderungen entschlossen angehen. Wir wollen die Sozialpartnerschaft  
1180 stärken. Für uns sind Mitbestimmung und Tarifbindung wichtig. Unser zentrales Ziel ist  
1181 es, gute Arbeit für alle Menschen in Rheinland-Pfalz zu sichern. Diese soll fair bezahlt,  
1182 sozial abgesichert und zukunftsfest gestaltet sein.

1183 Der Einsatz für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist für uns von zentraler  
1184 Bedeutung. Wir wollen den Übergang in reguläre Arbeitsverhältnisse durch Beratung  
1185 und Qualifizierung sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik sichern. Instrumente wie das  
1186 Kurzarbeitergeld sind dabei wichtig. Gleichzeitig achten wir darauf, zusätzliche  
1187 Bürokratie für Beschäftigte und Arbeitgeber zu vermeiden.

1188 Wir bekennen uns zu Tariflöhnen und zum Mindestlohn als wichtige Grundlage für faire  
1189 Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Er trägt dazu bei, Arbeit angemessen zu  
1190 entlohnen und zugleich verlässliche Rahmenbedingungen für Beschäftigte und  
1191 Unternehmen zu sichern.

1192

1193 ***Faire Löhne durch starke Tarifbindung sichern***

1194 Wir werden das Landestariftreuegesetz Rheinland-Pfalz weiterentwickeln und an den  
1195 bundeseinheitlichen Rahmen eines Bundestariftreuegesetzes anschlussfähig  
1196 ausgestalten. Dabei stärken wir Tariftreue als Leitprinzip der öffentlichen  
1197 Auftragsvergabe und stellen sicher, dass tarifliche Arbeitsbedingungen auch für nicht  
1198 tarifgebundene Unternehmen maßgeblich sind. Das bestehende  
1199 Mindestentgeltsystem entwickeln wir zu einer zielgerichteten Lösung für tariflose  
1200 Bereiche fort. Bewährte branchenspezifische Regelungen, insbesondere im  
1201 ÖPNV/SPNV, sichern wir und gestalten sie zugleich zukunftsfähig. Unser Ziel ist damit  
1202 im Gesamten ein klar strukturiertes, praktikables und rechtssicheres Vergabesystem,  
1203 das faire Wettbewerbsbedingungen und gute Arbeit gewährleistet.

1204 **Arbeitsmarkt zukunftsfest aufstellen**

1205 Der Ovale Tisch für Ausbildung und Fachkräftesicherung hat sich als wichtiges Format  
1206 des partnerschaftlichen Dialogs etabliert genauso wie der Transformationsrat.

1207 Die Fachkräftestrategie Rheinland-Pfalz stellt eine wichtige Grundlage zur Sicherung  
1208 und Gewinnung von Fachkräften dar, die wir an sich verändernden Anforderungen des  
1209 Arbeitsmarkts anpassen, um die Zukunftsfähigkeit des Landes zu stärken.

1210 CDU und SPD wollen den systematischen Ausbau digitaler Kompetenzen weiter  
1211 vorantreiben. Ziel ist es, Menschen in allen Lebensphasen fit für die Anforderungen  
1212 der digitalen Arbeits- und Lebenswelt zu machen. Hier setzen wir einen Schwerpunkt  
1213 auf die Beschäftigungspotenziale von Frauen in der IT und auf die gezielte Förderung,  
1214 um ihren Anteil in diesen Zukunftsbereichen nachhaltig zu erhöhen.

1215

1216 **Mehr Menschen in Beschäftigung bringen**

1217 Wir wollen das Beschäftigungspotenzial in Rheinland-Pfalz gezielt steigern, indem wir  
1218 bessere Rahmenbedingungen schaffen, damit insbesondere ältere Arbeitnehmerinnen  
1219 und Arbeitnehmer, Frauen, Langzeitarbeitslose, Geflüchtete mit Bleibeperspektive,  
1220 Menschen mit Behinderung sowie Fachkräfte aus dem Ausland eine Beschäftigung  
1221 aufnehmen können. Dabei kommt dem öffentlichen Dienst eine besondere  
1222 Vorbildfunktion zu. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz  
1223 Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren können und schaffen dafür verlässliche  
1224 Rahmenbedingungen, die beides ermöglichen.

1225 CDU und SPD sehen es als zentrale Aufgabe, Menschen ohne Berufsabschluss  
1226 bessere Perspektiven zu eröffnen und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig  
1227 zu stärken. Ziel ist es, allen die Möglichkeit zu geben, auch später im Leben einen  
1228 Abschluss nachzuholen und beruflich voranzukommen. Mit einer Landesinitiative zur  
1229 Nachqualifizierung werden wir Beschäftigte gezielt auf ihrem Weg zu einem  
1230 anerkannten Abschluss unterstützen.

1231

1232 **Perspektiven für junge Menschen aufzeigen**

1233 Gute Arbeit für junge Menschen bedeutet faire Einstiegschancen, eine qualifizierte  
1234 Ausbildung und verlässliche berufliche Perspektiven. CDU und SPD wollen dafür  
1235 sorgen, dass alle Jugendlichen ihre Entwicklungs- und Berufschancen nutzen können.  
1236 Dabei setzen wir auf Unterstützung bei der Berufsorientierung sowie der Suche nach  
1237 einer Ausbildung beziehungsweise Arbeit. Außerdem wollen wir die Angebote weiter  
1238 stärken, die fehlende oder ergänzende Qualifikationen und Kompetenzen vermitteln  
1239 können. Ziel ist es, Übergänge im Bildungs- und Berufsleben zu erleichtern und Brüche  
1240 in Bildungsbiografien zu vermeiden. Wir wollen die Zusammenarbeit von Schulen,  
1241 Berufsschulen, Kammern, Betrieben und Weiterbildungsträgern weiter stärken. Dies  
1242 gilt insbesondere für die Jugendberufsagenturen und individuelle Beratungs- und

1243 Coachingangebote. Ziel ist es, alle jungen Menschen auf dem Weg in Ausbildung und  
1244 zum erfolgreichen Berufsabschluss bestmöglich zu unterstützen und zugleich mehr für  
1245 Berufe mit Zukunftschancen zu gewinnen. Ergänzend sollen flexible und  
1246 unterstützende Ausbildungsangebote geschaffen werden, damit jeder und jede den  
1247 Abschluss im passenden Tempo erreichen kann.

1248

### 1249 ***Duale Ausbildung als Erfolgsmodell stärken***

1250 Die Duale Ausbildung ist Ausdruck der sozialen Verantwortung unserer Wirtschaft und  
1251 leistet einen bedeutenden Beitrag zur Fachkräftesicherung am Standort Rheinland-  
1252 Pfalz. Sie verbindet auf einzigartige Weise Theorie und Praxis, indem sie Lernen im  
1253 Betrieb mit schulischer Bildung kombiniert. Auszubildende profitieren dabei von einer  
1254 festen Vergütung sowie flexiblen Gestaltungsmöglichkeiten, die individuelle Interessen  
1255 und Stärken berücksichtigen. Sie bietet hervorragende Karrierechancen, da  
1256 praxisnahe Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt besonders gefragt sind. Gleichzeitig  
1257 genießt sie eine hohe gesellschaftliche Anerkennung. Nicht zuletzt kann die Duale  
1258 Ausbildung auch als Sprungbrett in die Selbstständigkeit dienen, indem sie wichtige  
1259 Kenntnisse und Erfahrungen für die eigene Unternehmensgründung vermittelt. Damit  
1260 ist die Duale Ausbildung ein zentraler Erfolgsfaktor und ein wichtiger  
1261 Wettbewerbsvorteil für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Dazu gehören die  
1262 Unterstützung der berufsbildenden Schulen, der überbetrieblichen Ausbildungszentren  
1263 und der Handwerkskammern sowie die gezielte Förderung von Verbundausbildungen,  
1264 um attraktive und praxisnahe Ausbildungsbedingungen zu sichern.

1265

### 1266 ***Gesundheit in der Arbeitswelt schützen***

1267 Viele Beschäftigte profitieren von den Möglichkeiten des Homeoffice, zugleich gilt es,  
1268 neue Belastungen wie Arbeitsverdichtung, ständige Erreichbarkeit oder soziale  
1269 Isolation im Blick zu behalten. Wir wollen deshalb die psychische Gesundheit der  
1270 Beschäftigten stärker in den Fokus rücken. Klar ist dabei: Arbeitsschutz dient den  
1271 Menschen und ist ein wichtiger Bestandteil moderner Arbeitsbedingungen.

1272 Die Gefährdungsbeurteilungen am Arbeitsplatz sollen unter geschlechtsspezifischen  
1273 Besonderheiten weiterentwickelt werden. Rheinland-Pfalz unterstützt außerdem die  
1274 Initiative des Bundes beim Mutterschutz in der Selbstständigkeit.

1275

### 1276 ***Wandel der Arbeit sozial gestalten***

1277 CDU und SPD begleiten Beschäftigte und Betriebe im Wandel der Arbeitswelt und  
1278 unterstützen sie durch gezielte Förderungen und Arbeitsmarktprojekte. Dabei ist unser  
1279 Ziel, Unternehmen und Beschäftigte zu unterstützen, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu  
1280 erhalten und auszubauen.

1281 Die Transformationsagentur gibt Unternehmen und Beschäftigten wichtige  
1282 Orientierung bei Beratungs- und Unterstützungsangeboten, erklärt Transformation und  
1283 Trends und unterstützt Regionen beim Auf- und Ausbau von Netzwerken sowie bei der  
1284 Fördermittelakquise. Mit den Transformationsbegleitern vor Ort werden Beschäftigte,  
1285 insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen dabei unterstützt, die Folgen des  
1286 Wandels für ihre eigene berufliche Situation einzuordnen, davon ausgehend  
1287 persönliche Weiterbildungsbedarfe zu erkennen und passende Zugänge zu  
1288 Qualifizierung und Förderung zu nutzen.

1289 Mit der Verknüpfung und der engen Zusammenarbeit zwischen den Angeboten des  
1290 Landes und den Vorhaben der Partnerinnen und Partner gestalten wir die  
1291 Transformationsprozesse mit. Betriebs- und Personalräte unterstützen wir nicht nur  
1292 hier bei ihrer wichtigen Arbeit und stärken dafür zudem die Technologieberatungsstelle  
1293 TBS Rheinland-Pfalz gGmbH.

1294 Wir bekennen uns zu einer starken Mitbestimmung als wichtigen Baustein für eine  
1295 gelingende Transformation der Arbeitswelt. Angesichts von Digitalisierung, Künstlicher  
1296 Intelligenz und dem Wandel zur Klimaneutralität kommt es darauf an, Veränderungen  
1297 im Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretungen verantwortungsvoll zu  
1298 gestalten. Deshalb unterstützen wir eine zeitgemäße Weiterentwicklung des  
1299 Betriebsverfassungsrechts, das die Mitbestimmung an die Anforderungen der  
1300 Arbeitswelt der Zukunft anpasst. Wir stehen für die konsequente Strafverfolgung der  
1301 Behinderung von Betriebsratsarbeit.

1302

### 1303 ***Lebenslanges Lernen stärken***

1304 Wissen und Kompetenzen bleiben der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben und  
1305 soziale Teilhabe, aber auch und gerade für die Sicherung von Beschäftigung und  
1306 wirtschaftlichem Erfolg und der Stärkung unseres demokratischen Zusammenlebens.  
1307 CDU und SPD setzen dafür gezielt auf die Stärkung der Angebote der allgemeinen  
1308 Weiterbildung. Die in Rheinland-Pfalz bestehende plurale Weiterbildungslandschaft  
1309 mit den kommunal verankerten Volkshochschulen, den anerkannten  
1310 Weiterbildungsorganisationen mit ihrem zivilgesellschaftlichen Hintergrund und den  
1311 wissenschaftlichen Weiterbildungen, als zentrale Einrichtungen der Weiterbildung sind  
1312 dabei unsere wichtigen Partner, die bedarfsgerecht und verlässlich finanziell  
1313 ausgestattet werden.

1314 Rheinland-Pfalz ist das Land der zweiten und dritten Chance. Angebote zur  
1315 Alphabetisierung, zur Grundbildung und zum Spracherwerb werden wir verstetigen. Im  
1316 Bereich Grundbildung unterstützen wir die Vermittlung digitaler Kompetenzen  
1317 weiterhin. Wir stellen auch weiterhin sicher, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen  
1318 Schulabschluss zu einem späteren Zeitpunkt nachholen können.

1319 Wir wollen Weiterbildungsangebote stärken und weiterentwickeln. Dabei setzen wir  
1320 gerade mit Blick auf die ländlichen Räume auf digitale Formate und moderne  
1321 Lernformen, die flexibles und ortsunabhängiges Lernen ermöglichen. Mobile Angebote

1322 und eine bessere Erreichbarkeit sichern den Zugang zur Weiterbildung für alle  
1323 Menschen in Stadt und Land.

1324

## 1325 **Soziales**

1326 Rheinland-Pfalz ist das Land des sozialen Zusammenhalts und der Solidarität über die  
1327 Generationen hinweg. CDU und SPD wollen den Bürgerinnen und Bürgern dabei zur  
1328 Seite stehen, sich weiterhin füreinander engagieren zu können. Selbstbestimmtes  
1329 Leben und Teilhabe in allen Lebensphasen ist in Rheinland-Pfalz von höchstem Wert  
1330 und für uns selbstverständlich.

1331 Wir stehen ein für soziale Sicherheit. Unser soziales Netz gibt Menschen Halt. Gerade  
1332 in Zeiten, in denen sich vieles verändert, ist das besonders wertvoll, weil es Ängste  
1333 nimmt und Vertrauen stärkt.

1334 Dazu gehört, dass sich jede und jeder darauf verlassen kann, im Alter wohnortnah und  
1335 verlässlich gut unterstützt und gepflegt zu werden. Gemeinschaftliche Wohnformen,  
1336 insbesondere für ältere Menschen, wollen wir weiter stärken, weil Gemeinschaft, Nähe  
1337 und gegenseitige Unterstützung in jedem Alter wichtig sind. Menschen mit  
1338 Behinderungen sollen von Anfang an mitten in unserer Gesellschaft selbstbestimmt  
1339 leben können. Bestehende Barrieren werden wir konsequent abbauen und  
1340 umfassende Teilhabe ermöglichen.

1341 Der Kampf gegen Armut ist und bleibt eines unserer zentralen politischen Ziele. Wir  
1342 wollen Teilhabe für alle sichern und Menschen in schwierigen Lebenssituationen sowie  
1343 von Armut betroffene Menschen bestmöglich unterstützen. CDU und SPD in  
1344 Rheinland-Pfalz treten entschieden gegen Einsamkeit, Armut und soziale  
1345 Ausgrenzung ein. Sie setzen auf starke Nachbarschaften, generationenübergreifende  
1346 Angebote und verlässliche Hilfen vor Ort.

1347

## 1348 ***Selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen***

1349 Seniorinnen und Senioren sind ein aktiver und bedeutender Teil unserer Gesellschaft.  
1350 Sie geben Wissen weiter, übernehmen Verantwortung in Familien und  
1351 Gemeinschaften und prägen das gesellschaftliche Miteinander. Diese Leistungen und  
1352 ihre gesellschaftliche Bedeutung wollen wir auch weiterhin unterstützen und die guten  
1353 Rahmenbedingungen im Land sichern, damit ein aktives, selbstbestimmtes und  
1354 gesundes Leben im Alter möglich bleibt. Dafür ist uns die Landesseniorenvertretung  
1355 Rheinland-Pfalz ein wichtiger Ansprechpartner. Wir setzen uns aktiv gegen  
1356 Altersdiskriminierung und Einsamkeit ein und treten dafür ein, dass ältere Menschen  
1357 Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben und echte Teilhabe am gesellschaftlichen  
1358 Leben möglich ist.

1359

1360 ***Neue Wohnformen im Alter fördern***

1361 Unsere Gesellschaft wird vielfältiger und älter. Der Trend zu alternativen Wohnformen  
1362 im Alter ist auch eine Reaktion auf diese tiefgreifenden gesellschaftlichen  
1363 Veränderungen. Insbesondere die Nachfrage nach gemeinschaftlichen Wohnformen,  
1364 barrierefreiem Wohnen und Wohn-Pflege-Angeboten nimmt stetig zu, denn auch im  
1365 höheren Lebensalter wollen Menschen möglichst lange selbstbestimmt und  
1366 eigenständig in ihrer vertrauten Umgebung leben und zugleich ihre sozialen  
1367 Beziehungen zur Familie, zu Freunden und zur Nachbarschaft aufrechterhalten.  
1368 Wohnformen mit Unterstützungsangeboten spielen dabei eine wichtige Rolle, und wir  
1369 werden wohnortnahe Wohn-Pflege-Projekte für ältere Menschen weiter begleiten und  
1370 Ansätze des inklusiven Wohnens, die die Mehrgenerationenperspektive im Quartier  
1371 und im ländlichen Raum beinhalten, wie zum Beispiel „WohnPunkt RLP – Wohnen mit  
1372 Teilhabe“, unterstützen.

1373

1374 ***Digitale Teilhabe für alle Generationen eröffnen***

1375 CDU und SPD wollen, dass auch ältere Menschen sicher und selbstbestimmt von der  
1376 Digitalisierung profitieren. Die Digitalbotschafterinnen und -botschafter in Rheinland-  
1377 Pfalz leisten einen wichtigen Beitrag, um insbesondere älteren Menschen digitale  
1378 Kompetenzen zu vermitteln. Wir entwickeln das Netzwerk der Digitalbotschafterinnen  
1379 und -botschafter weiter.

1380

1381 ***Verlässliche Beratungslandschaft sichern***

1382 Wir setzen uns für den Erhalt und die Weiterentwicklung einer starken und  
1383 verlässlichen Beratungslandschaft ein, die noch besser auf die Bedürfnisse der  
1384 Menschen ausgerichtet ist. Wir unterstützen niedrigschwellige Orte für Beratung,  
1385 Elternbildung, Begegnung und frühe Hilfen und vernetzen sie konsequent mit der  
1386 Jugendhilfe und der Gesundheits- und Sozialberatung, um frühzeitig Unterstützung zu  
1387 bieten und Hilfen aus einer Hand zugänglich zu machen.

1388

1389 ***Armut vorbeugen und konsequent bekämpfen***

1390 Wir wollen Armut wirksam verhindern und stellen dabei frühzeitige Unterstützung  
1391 sowie gezielte Prävention in den Mittelpunkt. Ein zentraler Baustein ist der Erhalt der  
1392 lokalen Servicestellen in den Kommunen zur Armutsprävention und Sozialplanung, die  
1393 Prävention mit integrierter Planung verknüpfen, die Strukturen vor Ort stärken und die  
1394 Zusammenarbeit engagierter Akteurinnen und Akteure fördern. Auch die Angebote der  
1395 Schuldner-, Energie- und Suchtberatung, der Wohnraumsicherung sowie Hilfen in  
1396 sozialen Notlagen werden bedarfsgerecht weiterentwickelt. Wir würdigen das große  
1397 Engagement der Tafeln und weiterer ehrenamtlicher Initiativen. Angesichts signifikant

1398 höherer Energie-, Sach- und Betriebskosten werden wir die Fördermittel an den  
1399 Landesverband Tafel e.V. verdoppeln.

1400 Wir behalten insbesondere die Situation der alleinerziehenden Mütter und Väter im  
1401 Blick, die überdurchschnittlich oft von Armut betroffen sind. Grundsätzlich stellt Armut  
1402 gerade für Kinder und Jugendliche eine belastende Situation dar und ist häufig mit  
1403 gesellschaftlicher Ausgrenzung verbunden. Wir werden das bestehende  
1404 Förderprogramm zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut verstetigen und  
1405 zielgerichtet weiterentwickeln.

1406

#### 1407 ***Wohnungslosigkeit entgegenreten***

1408 Wohnungslosigkeit ist eine der sichtbarsten und drängendsten Formen von Armut.  
1409 Deshalb setzen wir frühzeitig an, um den Verlust von Wohnraum möglichst zu  
1410 verhindern. Mit inzwischen acht Fachberatungsstellen zur Wohnraumsicherung  
1411 besteht ein wichtiges, präventiv wirkendes Unterstützungsnetz, das Menschen  
1412 rechtzeitig erreicht und ihnen hilft, ihre Wohnung zu erhalten.

1413 Wir sehen im „Housing First“-Ansatz einen erfolgreichen neuen Weg in der Obdach-  
1414 und Wohnungslosenhilfe. An mittlerweile fünf Standorten wird er erfolgreich umgesetzt  
1415 und wir werden ihn verstetigen und in die Regelförderung überführen. Ziel ist es,  
1416 „Housing First“ schrittweise bedarfsgerecht in weiteren Ober- und Mittelzentren zu  
1417 etablieren und so noch mehr Menschen einen nachhaltigen Weg aus der  
1418 Wohnungslosigkeit zu ermöglichen.

1419

#### 1420 ***„Clearingstellen Krankenversicherung“ stärken***

1421 CDU und SPD sehen in den „Clearingstellen Krankenversicherung“ einen wichtigen  
1422 Baustein für eine bessere medizinische Versorgung und einen wirksamen Beitrag zur  
1423 Armutsbekämpfung. An mittlerweile vier Standorten unterstützen sie Menschen ohne  
1424 Krankenversicherungsschutz. Diese wichtige Arbeit wollen wir stärken, die Angebote  
1425 bedarfsgerecht weiterentwickeln und prüfen, ob zusätzliche Standorte eingerichtet  
1426 werden müssen. So wird sichergestellt, dass noch mehr Menschen Zugang zu  
1427 medizinischer Versorgung erhalten und niemand zurückgelassen wird.

1428

#### 1429 ***Selbsthilfe und Ehrenamt als starke Säule sichern***

1430 In Rheinland-Pfalz gibt es rund 3000 Selbsthilfegruppen zu Hunderten von Themen –  
1431 von Angsterkrankungen bis Zöliakie. Selbsthilfe unterstützt Menschen, sich  
1432 gegenseitig zu stärken, zu informieren und nach Lösungen zu suchen. Gemeinsam  
1433 können sie so zur individuellen Verbesserung der Lebenssituation beitragen. Ein  
1434 großer Teil der Unterstützungsangebote für Menschen mit Krankheiten oder in  
1435 schwierigen Lebensphasen lebt vom Einsatz ehrenamtlicher Selbsthilfegruppen. Sie  
1436 leisten eine wertvolle Unterstützung für Betroffene und Angehörige. Diese wollen wir

1437 weiter stärken. Die Landschaft der Selbsthilfegruppen in Rheinland-Pfalz ist vielfältig  
1438 und sie leisten, genau wie die vier Selbsthilfe-Kontaktstellen, eine wertvolle  
1439 Unterstützung für Betroffene und Angehörige, die wir weiter stärken wollen.

1440

#### 1441 ***Wirksame Drogen- und Suchthilfepolitik stärken***

1442 Der Konsum von Drogen birgt erhebliche gesundheitliche Risiken. Diesen wollen wir  
1443 auch zukünftig entschieden entgegentreten. In der Drogen- und Suchthilfe leisten die  
1444 niedrigschwelligen Beratungs- und Präventionsangebote eine wichtige Aufgabe. Wir  
1445 wollen sie stärken und weiterentwickeln, um eine zeitgemäße Form der Hilfe zu  
1446 ermöglichen. Die zentrale Bedeutung von Rehabilitation und Therapie als  
1447 unverzichtbaren Säulen einer wirksamen Drogen- und Suchthilfepolitik und die hier  
1448 qualitativ hochwertigen Angebote der Rehaeinrichtungen werden ausdrücklich  
1449 gewürdigt.

1450

#### 1451 ***Arbeit der oder des Opferbeauftragten weiterentwickeln***

1452 Der Opferbeauftragte der Landesregierung leistet wertvolle Hilfe und Unterstützung für  
1453 die Betroffenen schwerer Straftaten. CDU und SPD in Rheinland-Pfalz setzen sich  
1454 dafür ein, die Rolle der oder des Opferbeauftragten weiter zu stärken. Dazu gehört  
1455 auch eine angemessene Einbindung in die Gremien der Stiftung Opferschutz,  
1456 insbesondere im Kuratorium und im Vorstand. So wird sichergestellt, dass die Belange  
1457 der Opfer noch wirksamer berücksichtigt und die Unterstützungsstrukturen im Land  
1458 gezielt weiterentwickelt werden können.

1459

#### 1460 ***Unsere inklusive Gesellschaft stärken***

1461 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit und ohne Behinderungen  
1462 selbstverständlich miteinander leben, lernen und arbeiten. Deshalb stärken wir die  
1463 Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Wir werden  
1464 den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention  
1465 evaluieren und konsequent weiterentwickeln. Wir stärken die Selbstvertretung von  
1466 Menschen mit Behinderungen. Auch der Behinderten- und Rehabilitationssport sowie  
1467 Special Olympics leisten einen wertvollen Beitrag zur Inklusion.

1468 CDU und SPD unterstützen zudem die wichtige Arbeit der oder des  
1469 Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen und der  
1470 kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen. Die Arbeit der  
1471 unabhängigen Monitoringstelle gibt wichtige Hinweise für bestehendes und neues  
1472 Landesrecht.

1473 Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben in  
1474 Rheinland-Pfalz weiter stärken. Die Werkstätten für Menschen mit Behinderung  
1475 nehmen eine wichtige und vielfältige Rolle bei der Arbeitsmarktintegration wahr. Wir

1476 wollen Unternehmen dazu ermutigen, vom Budget für Arbeit mehr Gebrauch zu  
1477 machen, und die Integration in den ersten Arbeitsmarkt stärken. Wir streben an, die  
1478 Zahl der Inklusionsbetriebe zu erhöhen. Zugleich werden die Integrationsfachdienste  
1479 gestärkt, die insbesondere junge Menschen beim Übergang in das Berufsleben  
1480 begleiten und unterstützen. Bei der Arbeitsmarktintegration nehmen wir unsere  
1481 Vorbildfunktion sehr ernst. Wir behalten das Ziel einer Beschäftigungsquote von  
1482 mindestens sechs Prozent von Menschen mit Behinderung für die Landesverwaltung  
1483 bei und intensivieren unsere Bemühungen. Wir streben weitere „Budget für Arbeit“-  
1484 Stellen im Landesdienst an.

1485 Das gesetzlich festgeschriebene Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit  
1486 Behinderung ist unsere Richtschnur. Die Sicherung eines ungehinderten Zugangs zum  
1487 Wohnungsmarkt werden wir zusammen mit den Trägern der Eingliederungshilfe bei  
1488 der Bedarfsermittlung und der Gesamtplanung berücksichtigen.

1489

## 1490 **Gesundheit**

1491 Wir wollen die gute und verlässliche Gesundheitsversorgung im Land dauerhaft  
1492 sichern. Im Mittelpunkt steht dabei der Anspruch, dass alle Menschen im Land gut und  
1493 schnell medizinische Hilfe bekommen – unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder im  
1494 ländlichen Raum leben. Gute Versorgung darf keine Frage des Wohnorts, des Alters,  
1495 des Geldbeutels oder der Mobilität sein. Dafür braucht es ein Gesundheitswesen, das  
1496 nah an den Menschen ist, verlässlich funktioniert und den Anforderungen einer älter  
1497 werdenden Gesellschaft gerecht wird. Dazu gehören starke medizinische Strukturen,  
1498 ausreichend Personal und moderne Angebote. Nur so bleibt die  
1499 Gesundheitsversorgung auch in Zukunft für alle erreichbar und zuverlässig.

1500

### 1501 ***Fachkräfte im Gesundheitsbereich sichern***

1502 Ein zentraler Punkt für eine auch in Zukunft verlässliche Gesundheitsversorgung ist  
1503 die Sicherung der Fachkräfte im Gesundheitswesen. Gute Versorgung gibt es nur mit  
1504 den Menschen, die sie Tag für Tag leisten. Wir werden wirksame Maßnahmen in den  
1505 medizinischen, pharmazeutischen, pflegerischen und den sonstigen Heilberufen  
1506 stärken und ausbauen. Wir wollen ungenutzte personelle Ressourcen im  
1507 medizinischen Bereich besser nutzen. Dafür verbessern wir die Datenlage zu allen in  
1508 Rheinland-Pfalz tätigen Ärztinnen und Ärzten, evaluieren das Maßnahmenpaket  
1509 „Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung“ und entwickeln  
1510 gemeinsam mit den relevanten landes- und berufspolitischen Akteuren ein Programm  
1511 „Start, Stay, Comeback“ mit zielgerichteten Instrumenten zur Gewinnung von  
1512 Ärztinnen und Ärzten. Ergänzend setzen wir gezielte Anreize zur (Wieder-)Aufnahme  
1513 beruflicher Tätigkeiten, etwa durch Programme wie den Hebammenbonus. Zudem  
1514 beschleunigen wir die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und wahren gleichzeitig  
1515 die hohen Qualitätsstandards der deutschen Ausbildung. Dazu setzen wir verstärkt auf

1516 Digitalisierung und entwickeln bestehende Programme, wie das Erfolgsmodell  
1517 Fallmanagement, weiter.

1518 Außerdem wollen wir gute und faire Arbeitsbedingungen, attraktive  
1519 Ausbildungsmöglichkeiten sowie eine leistungsgerechte Vergütung in allen  
1520 Heilberufen. Wir erwarten, dass den Menschen, die hier jeden Tag fleißig ihre Arbeit  
1521 verrichten, respektvoll gegenübergetreten wird. Wir wollen Leiharbeit auf ein absolutes  
1522 Minimum begrenzen.

1523 Wir sichern ausreichend Studien- und Ausbildungsplätze für medizinische und  
1524 therapeutische Berufe. Außerdem bekennen wir uns zur Schulgeldfreiheit der  
1525 Heilberufe. Die Pflege-Ausbildungsplätze bauen wir in Rheinland-Pfalz bedarfsgerecht  
1526 aus und reduzieren die Ausbildungsabbrüche. Wer die dreijährige Ausbildung nicht  
1527 schafft, soll die Möglichkeit haben, einen Abschluss als Assistenzkraft zu bekommen.  
1528 Wir werden die Fachkräftekampagne „#WerPflegetBewegt“ auf alle Gesundheitsberufe  
1529 (einschließlich Assistenzberufe) ausdehnen. Außerdem setzen wir auf die  
1530 Kompetenzerweiterung der Pflegeberufe auf Bundesebene.

1531 Wir bauen zusätzliche Medizinstudienplätze signifikant für Rheinland-Pfalz aus. Unter  
1532 Berücksichtigung der bereits vereinbarten zusätzlichen 50 Medizinstudienplätze am  
1533 Medizincampus Koblenz sowie den bis zu 80 privaten Medizinstudienplätzen an der  
1534 Medical School Kaiserslautern werden wir weitere Studienplätze durch einen Aus- und  
1535 Aufbau von Satellitenstandorten im Land, Kooperationsprojekten und auch unter  
1536 Zuhilfenahme europäischer Partner-Universitäten schaffen, um so das Ziel von  
1537 zusätzlich 200 Studienplätzen zu erreichen.

1538 Wir sorgen auch für ausreichenden Fachkräftenachwuchs im pharmazeutischen  
1539 Bereich. Der bereits geplante Neubau der Pharmazie an der Johannes-Gutenberg  
1540 Universität Mainz und die Kapazitätserweiterung der Studienanfänger um mindestens  
1541 50 Prozent (gemäß geplanter Approbationsordnung) wird schnellstmöglich umgesetzt  
1542 und die dafür erforderlichen Ressourcen sichergestellt.

1543

#### 1544 ***Guten Zugang zu Leistungen und mehr Zeit für die Menschen gewährleisten***

1545 CDU und SPD wollen eine Gesundheitsversorgung, zu der alle Bürgerinnen und  
1546 Bürger den gleichen Zugang haben. Wer krank ist, soll schnell und unkompliziert die  
1547 Behandlung bekommen, die er braucht. Dazu wollen wir eine Gesundheitsversorgung  
1548 mit kurzen Wegen, klaren Strukturen und ergänzend digitale Angebote, die den  
1549 Zugang erleichtern, ohne persönliche Versorgung zu ersetzen. Durch gezielte  
1550 Patientensteuerung, Digitalisierung, multiprofessionelle Teams in Arztpraxen und  
1551 konsequenten Bürokratieabbau wollen wir dem Ärzteszeitmangel begegnen und mehr  
1552 Zeit für die Menschen erreichen.

1553 Wir unterstützen ausdrücklich die zentrale Rolle der Hausarztpraxen bei der Steuerung  
1554 der Inanspruchnahme fachärztlicher ambulanter Leistungen. Gemeinsam mit der  
1555 Kassenärztlichen Vereinigung wollen wir die Nummer 116117 zum zentralen

1556 Steuerungsinstrument ausbauen. So sollen Patientinnen und Patienten ganz zielgenau  
1557 die beste Versorgung finden.

1558 Wir unterstützen gezielt Pilot- und Modellprojekte mit innovativen  
1559 Versorgungskonzepten auch für den ländlichen Raum. Außerdem unterstützen wir  
1560 Ärztenetze als regionale Zusammenschlüsse, um die Abstimmung bei komplexen  
1561 Krankheitsbildern zu erleichtern und die medizinische Versorgungsqualität zu erhöhen.  
1562 Darüber hinaus können sie als Betreibergesellschaft von Medizinischen  
1563 Versorgungszentren fungieren. Dabei wollen wir kommunale Initiativen zur Ansiedlung  
1564 von Ärztinnen und Ärzten stärker koordinieren. Durch praktische  
1565 Handlungsempfehlungen stärken wir die Rolle kommunaler Träger beim Wunsch nach  
1566 der Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren. CDU und SPD stellen die  
1567 Patientenversorgung über wirtschaftliche Interessen. Wir sprechen uns gegen rein  
1568 renditeorientierte fachfremde Finanzinvestoren im Gesundheits- und Pflegewesen aus  
1569 und prüfen auch auf Bundesebene ein Verbot.

1570 Wir wollen mehr Zeit für die Menschen. Daher reduzieren wir Bürokratie in Praxen und  
1571 Einrichtungen und stärken die Zusammenarbeit aller Gesundheitsberufe auf  
1572 Augenhöhe. Außerdem erweitern wir Kompetenzen nicht-ärztlicher Heilberufe  
1573 verantwortungsvoll, um durch klare Delegation und Kooperation Ärztinnen und Ärzte  
1574 zu entlasten. Wir erkennen alle Heilmittelerbringer als gleichwertigen Teil der  
1575 Versorgung an. Wir setzen dabei auf multiprofessionelle Teams, das Modellprojekt  
1576 HÄPPI des Hausärzteverbandes ist dabei beispielgebend. Einen besonderen Fokus  
1577 legen wir auf die Akzeptanz sowie den Kompetenzausbau bei digitalen Lösungen und  
1578 eine dadurch zu erreichende Arbeitsentlastung der Fachkräfte.

1579 CDU und SPD halten an der persönlichen Begegnung als Grundlage der  
1580 medizinischen Versorgung fest, wollen aber zugleich telemedizinische Angebote als  
1581 ergänzendes Instrument ausbauen.

1582

### 1583 ***Vor-Ort-Apotheken stärken***

1584 Die Vor-Ort-Apotheken sind für uns ein unverzichtbarer Bestandteil einer  
1585 flächendeckenden Gesundheitsversorgung. Wir unterstützen daher die zeitnahe  
1586 Erhöhung des Packungsfixumbetrags im Apothekenhonorar entsprechend der  
1587 Bundeskoalitionsvereinbarung. Wir werden mit dem Programm „Generationswechsel  
1588 Landapotheke“ Investitionen im Zuge von Apothekenübernahmen in  
1589 strukturschwachen Regionen zeitlich begrenzt einmalig fördern.

1590

### 1591 ***Würdevolle Begleitung am Lebensende ermöglichen***

1592 Die lange tabuisierten Themen Sterben, Tod und Trauer betreffen jeden Menschen.  
1593 Dass wir den Menschen heute ein Sterben in Würde ermöglichen, verdanken wir der  
1594 Hospizbewegung, die sich mit großem ehrenamtlichen Engagement für das Entstehen  
1595 einer palliativen und hospizlichen Kultur eingesetzt haben. Auch heute ist Hospizarbeit

1596 ohne das Ehrenamt nicht denkbar. Wir stärken die hospizliche und palliative  
1597 Versorgung und unterstützen dabei besonders die Arbeit von Ehrenamtlichen. Wir  
1598 setzen uns im Bereich der Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung für Kinder  
1599 (Kinder-SAPV) für eine bundesländer-übergreifende Versorgungsmöglichkeit ein. Wir  
1600 streben die Einrichtung einer Professur für Palliativmedizin an.

1601 Die Evaluation des Bestattungsgesetzes findet drei Jahre nach dem Inkrafttreten statt.

1602

### 1603 ***Psychotherapeutische Versorgung ausbauen***

1604 Wir wollen den Zugang zur psychotherapeutischen Versorgung verbessern und die  
1605 Wartezeiten für Therapieplätze spürbar verkürzen; dies gilt vor allem für schwere und  
1606 akute Fälle sowie für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen. CDU und SPD  
1607 fördern zudem frühzeitige Prävention und niedrigschwellige Hilfsangebote.

1608 Dabei fordern wir vom Bund eine verlässliche und angemessene finanzierte  
1609 Weiterbildung nach dem Psychotherapiestudium und ausreichend  
1610 Weiterbildungsplätze in allen Versorgungsbereichen.

1611

### 1612 ***Gesundheit durch Vorsorge stärken***

1613 Prävention und Gesundheitsförderung sollen stärker in den Mittelpunkt rücken. Es geht  
1614 darum, Krankheiten möglichst zu vermeiden, früh zu erkennen und Menschen dabei  
1615 zu unterstützen, gesund zu bleiben – im Alltag, in der Schule, im Beruf und im Alter.  
1616 Gute Gesundheitsvorsorge wirkt sich auf das gesamte Leben aus, deshalb soll sie  
1617 auch im Alltag präsent sein.

1618 Wir bekennen uns daher zu den Zielen der Präventionsgesetzgebung. CDU und SPD  
1619 möchten die Primärprävention in allen Altersstufen und Lebenslagen stärken und  
1620 bauen niedrigschwellige und aufsuchende Angebote aus, insbesondere auch in sozial  
1621 benachteiligten Quartieren. Prävention sind auch zielführende Impfkampagnen und  
1622 Programme für Bewegung, seelische Gesundheit, Programme gegen Einsamkeit und  
1623 für gesunde Ernährung, auch über die Landeszentrale für Gesundheitsförderung. Wir  
1624 bauen die Prävention in der Pflege systematisch aus.

1625

### 1626 ***Nichtraucherschutz weiterentwickeln***

1627 Wir erkennen die erheblichen Gesundheitsgefahren durch Rauschmittelkonsum –  
1628 insbesondere für Minderjährige – ausdrücklich an und stellen den Jugendschutz in den  
1629 Mittelpunkt unserer Drogen- und Präventionspolitik. Wir novellieren das  
1630 Nichtraucherschutzgesetz und nehmen auch E-Zigaretten, Vapes und Cannabis-  
1631 Rauch-Produkte in den Geltungsbereich auf. Der räumliche Geltungsbereich wird auf  
1632 Kinderspielplätze erweitert.

1633

1634 ***Gesundheitsforschung und zielgruppengerechte Versorgung stärken***

1635 Wir reduzieren den Gender-Health-Gap weiter und rücken frauenspezifische Medizin  
1636 und Forschung in den Fokus. Wir verankern das Thema in medizinischer und  
1637 pflegerischer Ausbildung. Dabei nehmen wir neben Gesundheit insbesondere die  
1638 Bereiche Prävention, Forschung, Beratung und Aufklärung in den Blick, die die Vielfalt  
1639 weiblicher Lebens- und Krankheitsrealitäten abbilden.

1640 Wir sichern die vertrauliche und anonyme Spurensicherung landesweit und verbessern  
1641 die Zusammenarbeit von Medizin, Polizei und Beratung.

1642 CDU und SPD suchen den Dialog mit Krankenhäusern, um in allen Landesteilen eine  
1643 Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten. Wir erhalten die  
1644 Struktur zur Schwangerschaftskonfliktberatung.

1645 Wir wollen Paare mit unerfülltem Kinderwunsch stärker unterstützen und den Zugang  
1646 zu reproduktionsmedizinischen Behandlungen weiter verbessern. Dazu werden wir die  
1647 finanzielle Förderung um eine weitere Behandlung ausweiten.

1648 Wir erkennen den hohen Bedarf an Unterstützung für junge Menschen an. Wir setzen  
1649 uns dafür ein, dass das medizinische, sozial-psychologische und kinder- und  
1650 jugendpsychiatrische System nach den Bedarfen angepasst wird. Jugendliche mit  
1651 somatischen Erkrankungen brauchen ein zeitnahes, altersadäquates Hilfs-, Reha- und  
1652 Teilhabeangebot. Angebote für junge Pflege sollen ausgebaut werden. Organisationen  
1653 und Verbände, die sich für chronische erkrankte und beeinträchtigte Kinder und  
1654 Jugendliche einsetzen, werden unterstützt.

1655 Wir wollen die Versorgung von Menschen mit seltenen Erkrankungen sowie  
1656 chronischen Krankheiten, wie zum Beispiel Rheuma, Diabetes, chronischen  
1657 Schmerzen oder Long-Covid nachhaltig verbessern. Die Post-Covid-Ambulanzen  
1658 leisten einen zentralen Beitrag zur Versorgung von Patientinnen und Patienten mit  
1659 komplexen Long-Covid-Erkrankungen durch interdisziplinäre Diagnostik und  
1660 koordinierte Behandlung. Diese Strukturen wollen wir weiter stärken und durch eine  
1661 verlässliche sowie bedarfsgerechte Finanzierung ausbauen. Wir haben dabei auch  
1662 ME/CFS im Blick.

1663 Eine flächendeckende geburtshilfliche Versorgung ist für uns von besonderer  
1664 Bedeutung. Wir verbessern die Förderung von Hebammen-Kreisälen und  
1665 Hebammen-Zentralen und führen einen Hebammenbonus als einmaligen Zuschuss  
1666 für die Aufnahme der Selbstständigkeit ein.

1667

1668 ***Organspende weiter fördern***

1669 Wir setzen uns für die Förderung der Organspende ein. Organspende bedeutet  
1670 gelebte Solidarität und Mitmenschlichkeit: Jede einzelne Spende kann Leben retten.  
1671 Dennoch warten in Deutschland weiterhin viele Menschen dringend auf ein passendes  
1672 Organ. Deshalb befürworten wir die Einführung der Widerspruchslösung. Demnach gilt

1673 jede Person als potenzielle Organspenderin oder potenzieller Organspender, sofern  
1674 sie oder er nicht ausdrücklich widerspricht.

### 1675 ***Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Pflege voranbringen***

1676 Wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung für die medizinische Forschung und  
1677 für Effizienzgewinne. Wir treiben außerdem die Digitalisierung im Gesundheitswesen  
1678 und der Pflege konsequent voran. Dies geht nur mit einer Vernetzung von  
1679 Versorgungseinrichtungen durch digitale Lösungen. Wir nutzen die verbesserte  
1680 Datenverfügbarkeit zum systematischen Ausbau der Versorgungsforschung und  
1681 Public Health Forschung in Rheinland-Pfalz. Klar ist dabei für uns: erfolgreiche  
1682 Digitalisierung wird nur gelingen, wenn ausschließlich und für alle der gleiche gesetzte  
1683 Standard der Europäischen Datenschutzgrundverordnung gilt. Wir gewährleisten so  
1684 einen Schutz sensibler Gesundheitsdaten.

1685

### 1686 ***Resilienten Öffentlichen Gesundheitsdienst sichern***

1687 Versorgungssicherheit bedeutet auch Krisenfestigkeit. Ein modernes  
1688 Gesundheitssystem muss so aufgestellt sein, dass es auch unter Belastung stabil  
1689 bleibt – sei es durch Pandemien, regionale Engpässe oder strukturelle Veränderungen.

1690 Wir prüfen, welche Kompetenzen, die bisher auf verschiedene andere  
1691 Landesbehörden verteilt sind, in einem Landesgesundheitsamt gebündelt werden  
1692 können.

1693 Wir stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst unserer Kommunen nachhaltig und  
1694 wollen uns weiterhin dafür einsetzen, dass dort Ausstattung, Personal und  
1695 Arbeitsbedingungen verbessert werden.

1696

### 1697 ***Gesundheitswirtschaft ausbauen***

1698 Rheinland-Pfalz ist ein führender Standort für Gesundheitswirtschaft, Medizin- und  
1699 Biotechnologie und Pharmaunternehmen, den wir durch gezieltes Zusammendenken  
1700 von Innovation und Forschung weiterentwickeln wollen. Dafür wollen wir  
1701 Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Gesundheitssektor nachhaltig sichern. Wir  
1702 stärken den Transfer von Forschung in die praktische Anwendung und vernetzen dafür  
1703 Wissenschaft, Wirtschaft und Versorgung systematisch.

1704

### 1705 ***Starke Krankenhäuser sichern***

1706 Rheinland-Pfalz hat eine leistungsstarke Krankenhausstruktur. Wir setzen die  
1707 Krankenhausreform des Bundes konsequent um und haben dabei das ganze Land im  
1708 Blick. Dabei sichern wir eine wohnortnahe Grundversorgung in Stadt und Land und  
1709 bündeln Leistungen dort, wo Qualität und Spezialisierung erforderlich sind. Regional

1710 gefundene Lösungen, die diesem Anspruch genügen, werden in diesem Rahmen  
1711 berücksichtigt. Wir sichern gleichzeitig Erreichbarkeit und schnelle Hilfe im Notfall.

1712 Klinikinfrastrukturen müssen modernisiert und krisenfest, nachhaltig und klimaresilient  
1713 aufgebaut werden. Das Land kommt seiner Investitionspflicht durch eine Erhöhung der  
1714 Investitionsquote im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung nach. Wir prüfen  
1715 eine weitere Stärkung der pauschalen Investitionsmittel sowie eine Reduzierung der  
1716 Eigenbeteiligung der Träger. Damit wollen wir eine Brücke bauen, bis zum Greifen der  
1717 bundesweiten Krankenhausstrukturreform.

1718 Gleichzeitig wollen wir die Versorgung stärker als Ganzes betrachten. Für Patientinnen  
1719 und Patienten ergibt es häufig keinen Unterschied, ob eine Behandlung ambulant oder  
1720 stationär erfolgt – entscheidend ist, dass Wege gut funktionieren, Übergänge  
1721 reibungslos sind und niemand im System verloren geht. In sektorenübergreifenden  
1722 Regiokliniken bündeln wir daher wohnortnah stationäre und ambulante Angebote und  
1723 schaffen Anlaufstellen für Alltagsnotfälle. Regiokliniken sollen auch Angebote der Tages-  
1724 , Kurzzeit- und Übergangspflege vorsehen können. Dazu wollen wir Modellprojekte  
1725 fördern.

1726 Bei einem Notfall zählt jede Minute: Wir wollen gemeinsame Leitstellen, eine bessere  
1727 digitale Vernetzung von Rettungsdienst und Krankenhäusern sowie klare  
1728 Zuständigkeiten bei den Notaufnahmen, um eine bessere Patientensteuerung zu  
1729 erreichen (zum Beispiel virtuelles Ein-Tresen-Modell).

1730 Das Landeskrankenhaus ist ein bedeutsamer Akteur für die psychiatrische Versorgung  
1731 im Land. Wir werden das Errichtungsgesetz neufassen und die Governance  
1732 weiterentwickeln.

1733

## 1734 **Pflege**

1735 Unser Ziel ist es, Pflege stärker im Quartier zu verankern, etwa durch Förderung neuer  
1736 Wohnformen, vernetzter Angebote und einer neuen integrierten Versorgung vor Ort.  
1737 Hierbei sollen Modellprojekte auch für Demenz-Wohngemeinschaften und im Bereich  
1738 der Pflege junger Menschen ermöglicht werden.

1739 Mit regional organisierter Quartierspflege stärken wir die Versorgung für  
1740 Pflegebedürftige und machen den Pflegeberuf attraktiver. CDU und SPD unterstützen  
1741 die Entwicklung ambulanter Pflegemodelle wie z. B. Pflegezeit-Modelle. Außerdem  
1742 setzen wir uns dafür ein, dass weitere Berichtspflichten in der Pflege abgebaut werden,  
1743 um auch in diesem wichtigen Bereich durch Bürokratieabbau mehr Zeit für die  
1744 Menschen zu ermöglichen.

1745 Wir prüfen, wie wir die pflegerische Versorgung durch den Ausbau von Kurzzeitpflege,  
1746 Tagespflege und Verhinderungspflege weiter verbessern können. Außerdem stärken  
1747 wir pflegende Angehörige und sichern die ambulante und stationäre Versorgung. Dies  
1748 schließt die junge Pflege, Kinderpflege, Intensivpflege und psychosoziale,

1749 aufsuchende Pflege ein. Wir wollen Vernetzungsmöglichkeiten von Young-Carern  
1750 schaffen und für ihren Lebensalltag sensibilisieren.

1751 CDU und SPD vereinfachen die Möglichkeiten der Suche nach stationären  
1752 Pflegeplätzen durch die Einführung eines digitalen Pflegeplatzfinders.

1753

#### 1754 ***Zukunft der Landespflegekammer klären***

1755 Pflege braucht eine starke Stimme, die den tatsächlichen Willen der  
1756 Pflegefachpersonen im Land vertritt. Wir werden die Diskussion um die  
1757 Landespflegekammer aufgreifen und eine transparente, neutrale und  
1758 diskriminierungsfreie Abstimmung zur Zukunft der Landespflegekammer auf den Weg  
1759 bringen. Sollte in dieser Abstimmung eine Mehrheit gegen die Beibehaltung der  
1760 Landespflegekammer votieren, werden wir das Heilberufsgesetz ändern, um so die  
1761 Auflösung der Kammer zu vollziehen.

1762

#### 1763 ***Pflegeinfrastruktur stärken***

1764 Alle Menschen sollen auch im Alter so lange wie möglich und so gut wie möglich in  
1765 ihrem vertrauten Umfeld leben können. Wir wollen auf die sich verändernden  
1766 Bedürfnisse reagieren und die daran ausgerichtete Pflegeinfrastruktur  
1767 weiterentwickeln. Die Kommunen übernehmen eine Schlüsselrolle bei der  
1768 Sicherstellung der pflegerischen Daseinsvorsorge. Wir werden sie bei der integrierten  
1769 Sozialplanung weiter unterstützen. Dies umfasst Empfehlungen für das Verfahren der  
1770 Pflegestrukturplanung und zur Weiterentwicklung der Angebotsstruktur genauso wie  
1771 Vernetzungsangebote, bessere Planungsdaten und Hinweise zu  
1772 Steuerungsmöglichkeiten. Den gesamten Sozialraum in den Blick zu nehmen, ist  
1773 zentral für unsere Sozialpolitik, deren Ziel es ist, ein selbstbestimmtes Leben im Alter  
1774 zu ermöglichen. Gemeinsam mit den Kommunen, den Trägern der freien  
1775 Wohlfahrtspflege und den vielen ehrenamtlich Tätigen wollen wir daran arbeiten. Sie  
1776 alle leisten dafür einen zentralen Beitrag.

1777 Die Pflegestützpunkte sichern wir als wohnortnahe Beratungsstellen. Ihre Arbeit wird  
1778 verlässlich abgesichert, insbesondere durch eine auskömmliche und planbare  
1779 Finanzierung der Beratungs- und Koordinierungskräfte im Rahmen einer  
1780 pauschalierten Betrachtung. Zugleich wird die aufsuchende Beratung weiter gestärkt.  
1781 Die Anzahl der Fachkräfte GemeindegewerkschaftPlus werden wir verdoppeln und  
1782 regional ausgewogen über das ganze Land verteilen, um noch mehr Menschen  
1783 frühzeitig zu erreichen und individuell zu unterstützen.

1784 CDU und SPD entwickeln gemeinsam mit Kommunen, Pflegekassen und der Freien  
1785 Wohlfahrtspflege die Altenhilfe sowie die Beratung im Vor- und Umfeld der Pflege  
1786 bedarfsgerecht, digital, verlässlich und bürgernah weiter und erproben sozialräumliche  
1787 Ansätze, bei denen Leistungen verschiedener Träger rechtskreisübergreifend aus  
1788 einer Hand erbracht werden.

1789 Wir nehmen die Pflegebedürftigen und ihr soziales Umfeld in den Blick. Wir werden  
1790 prüfen, welche Modellprojekte dazu beitragen können, pflegende Angehörige im Alltag  
1791 wirksam zu entlasten. Pflegeeinrichtungen, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen  
1792 sollen sich auch weiter auf Augenhöhe begegnen. Dafür leisten die Beratungs- und  
1793 Prüfbehörde und die Ombudsstelle einen wichtigen Beitrag.

1794 **4. Unsere Verantwortung für starke Landwirtschaft und**  
1795 **Weinbau und den Schutz von Natur, Umwelt und Klima**

1796 Rheinland-Pfalz ist ein Land, das in besonderer Weise von seiner Landschaft, seiner  
1797 landwirtschaftlichen Prägung und der engen Verbindung zwischen Mensch und Natur  
1798 lebt. Unsere Kulturlandschaften sind über Generationen hinweg entstanden, mit harter  
1799 Arbeit, verantwortungsvoller Bewirtschaftung und einem tief verankerten Verständnis  
1800 für Nachhaltigkeit und Naturschutz.

1801 Diese Entwicklung ist untrennbar mit den Menschen und Akteuren verbunden, die  
1802 unser Land prägen: mit unseren Landwirtinnen und Landwirten, den Winzerinnen und  
1803 Winzern, den Forstbetrieben, den Landfrauen, der Landjugend, den Jägerinnen und  
1804 Jägern sowie den zahlreichen Verbänden und Organisationen, die sich im Naturschutz  
1805 und Umweltschutz engagieren, wie beispielsweise im NABU und BUND. Sie alle  
1806 tragen auf ihre Weise Verantwortung für unsere Natur und unsere Heimat. Ihr  
1807 Engagement, ihre Erfahrung und ihre Perspektiven sind unverzichtbar für eine  
1808 nachhaltige Entwicklung unseres Landes.

1809 Diese gewachsene Verbindung ist zugleich Auftrag für die Zukunft. Wir wollen  
1810 bewahren, was unser Land stark macht, und gleichzeitig die Voraussetzungen dafür  
1811 schaffen, dass auch kommende Generationen in einem ökologisch intakten,  
1812 wirtschaftlich erfolgreichen und lebenswerten Rheinland-Pfalz leben können.

1813 Unser gemeinsamer Ansatz ist dabei klar: Wir verbinden Natur-, Umwelt- und  
1814 Klimaschutz sowie Lebensmittelsicherheit mit wirtschaftlicher Vernunft, sozialer  
1815 Verantwortung und regionaler Wertschöpfung. Dabei setzen wir auf Kooperation und  
1816 Verlässlichkeit.

1817

1818 **Landwirtschaft**

1819 Die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz ist weit mehr als ein Wirtschaftszweig. Sie  
1820 sichert unsere Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln, prägt unsere  
1821 Kulturlandschaften und lokalen Feste und trägt damit entscheidend zur Identität und  
1822 Lebensqualität unseres Landes bei. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe wirtschaften  
1823 verantwortungsvoll, denken in Generationen und haben ein ureigenes Interesse daran,  
1824 Wasser, Boden und Natur als Grundlage ihrer Arbeit zu schützen.

1825 Gerade in Zeiten globaler Krisen und zunehmender Unsicherheiten gewinnt die  
1826 regionale Lebensmittelproduktion an Bedeutung. Versorgungssicherheit, Qualität und  
1827 Herkunft werden für Verbraucherinnen und Verbraucher immer wichtiger. Gleichzeitig  
1828 stehen unsere Betriebe unter einem erheblichen wirtschaftlichen Druck.

1829 Ziel von CDU und SPD ist eine Landwirtschaft, die wirtschaftlich tragfähig und  
1830 ökologisch verantwortungsvoll ist. Dazu gehören auch faire Arbeits- und  
1831 Wirtschaftsbedingungen sowie faire Erzeugerpreise. Regionale Produkte wollen wir  
1832 stärker sichtbar machen.

1833 Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund in den Verhandlungen mit der Europäischen  
1834 Ebene eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der gemeinsamen  
1835 Agrarpolitik (GAP) sowie der Entwicklung ländlicher Räume des Mehrjährigen  
1836 Finanzrahmens (MFF) 2028-2034 sicherstellt. Dabei sollen ausreichend Mittel für  
1837 Direktzahlungen und für Programme zur nachhaltigen Stärkung ländlicher Räume  
1838 gesichert werden. Insbesondere ganzheitliche Ansätze wie LEADER gewährleisten  
1839 langfristige Planungssicherheit. Gleichzeitig stärken wir die Zukunft unserer Betriebe  
1840 konkret vor Ort: mit der Fortführung der Hofnachfolge, einer Niederlassungsprämie mit  
1841 Investitions- und Absatzförderung sowie einer konsequenten Unterstützung von  
1842 Junglandwirten und Jungwinzern.

1843 Die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) sind tragende Säulen der  
1844 Agrarpolitik in Rheinland-Pfalz. Mit Aufgaben in Berufsbildung, Forschung, Beratung,  
1845 Förderung, Ernährung und Bodenordnung sowie Leuchtturmprojekten stehen sie für  
1846 Leistungsfähigkeit, Praxisnähe und Innovation, auch über das Land hinaus. Zudem  
1847 unterstützen wir auch weiterhin die dezentrale landwirtschaftliche Ausbildung.

1848 Zur Sicherung und Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit unserer Agrarverwaltung  
1849 führen wir zunächst eine umfassende Aufgabenkritik mit dem Ziel durch, unter  
1850 Beteiligung der betroffenen Akteure die Struktur zu verbessern sowie Doppelstrukturen  
1851 abzubauen und moderner aufzustellen. Digitale Verfahren sollen zum Standard  
1852 werden. Wir schaffen eine zentrale digitale Plattform für Anträge, Meldungen,  
1853 Genehmigungen, Fachinformationen, Förderanträge und Dokumentationspflichten,  
1854 mit dem Ziel, Bürokratie abzubauen, damit mehr Zeit für die eigentliche Arbeit auf den  
1855 Höfen bleibt. Darauf aufbauend entwickeln wir die Agrarverwaltung strukturell weiter –  
1856 auf Basis des Bewährten, mit Zukunftsfokus und Präsenz in der Fläche. Die Einheit  
1857 von Schule, Beratung, Forschung, Versuchswesen und ländlicher Entwicklung bleibt  
1858 erhalten.

1859 Unser Ziel ist es, Rheinland-Pfalz zu einem starken Standort für digitale Landwirtschaft  
1860 und Weinbau weiterzuentwickeln und dafür zu sorgen, dass die regionalen  
1861 Fachzentren, Forschungseinrichtungen und Modellbetriebe noch enger kooperieren,  
1862 damit neue Technologien schneller in den Betrieben ankommen. Mit Blick auf die  
1863 nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels in der Landwirtschaft wollen wir die  
1864 Entwicklung von klimaangepassten Pflanzensorten, innovativen Anbauverfahren oder  
1865 Präzisionslandwirtschaft und -weinbau mit dem Einsatz von Drohnen und neuen  
1866 Mitteln im Pflanzenschutz unterstützen. Schließlich hat Rheinland-Pfalz bei der  
1867 Entwicklung von Pflanzenschutzmitteln eine besondere Stärke, die wir weiter  
1868 ausbauen wollen.

1869 Innovation und Nachhaltigkeit in Land- und Forstwirtschaft machen  
1870 Flurbereinigungsmaßnahmen und Investitionen in landwirtschaftliche Infrastruktur  
1871 (Wirtschaftswege, Bewässerung, Frostberegnung etc.) erforderlich. Dabei werden wir  
1872 die Verfahren gezielt beschleunigen, effizienter gestalten und damit eine spürbare  
1873 Senkung der Kosten für die Beteiligten herbeiführen.

1874 Ein besonderes Augenmerk legen wir auf regionale Wertschöpfung. Kurze Wege  
1875 zwischen Erzeugern und Verbrauchern stärken nicht nur die Wirtschaft vor Ort,  
1876 sondern auch das Vertrauen in die Qualität unserer heimischen Lebensmittel. Wir  
1877 unterstützen gezielt Absatzmärkte, Direktvermarktung und neue Vertriebswege. In  
1878 öffentlichen Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Behördenkantinen und Mensen sollen  
1879 regionale Produkte verstärkt eingesetzt werden.

1880 Die rheinland-pfälzische Vieh-, Milch- und Fleischwirtschaft ist ein wichtiger Baustein  
1881 des Lebensmittelangebots, der Wertschöpfungsketten und Nährstoffkreisläufe. Um  
1882 Transportzeiten für Schlachtvieh zu reduzieren, werden wir die Voraussetzungen für  
1883 mobile und regionale Schlachtungen prüfen. Die Leistungen der Weidetierhaltung für  
1884 den Erhalt von artenreichem Grünland und Landschaftspflege wollen wir gezielt  
1885 stärken. Im Sinne fairer Wettbewerbsbedingungen werden wir zudem die Organisation  
1886 der Fleischschau sowie die dafür erhobenen Gebühren in den Blick nehmen. Unser  
1887 Ziel ist es, die Voraussetzungen für landeseinheitliche, transparente Gebühren zu  
1888 schaffen.

1889 Gleichzeitig steht Rheinland-Pfalz für eine große Vielfalt hochwertiger regionaler und  
1890 damit auch nachhaltiger Erzeugnisse – von Getreide, Obst und Gemüse bis hin zu  
1891 weiteren Sonderkulturen. Mit der Pfalz als dem größten Gemüsegarten Deutschlands  
1892 kommt unserem Land eine besondere Bedeutung für die Versorgung mit frischen,  
1893 regionalen Lebensmitteln zu. Diese Vielfalt heimischer Wertschöpfung können nur  
1894 durch verlässliche und ausgewogene Wettbewerbsbedingungen gesichert werden. Die  
1895 Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass Landwirtinnen und Landwirte  
1896 aus dem gesamten Land ihre hochwertigen, regional erzeugten Produkte erfolgreich  
1897 am Markt platzieren können. Deshalb setzen wir uns für Änderungen im Kartellrecht  
1898 ein, um die Position der landwirtschaftlichen Erzeuger zu verbessern. Ein weiterer  
1899 wichtiger Baustein ist für uns die Förderung kurzer Lieferketten und der  
1900 Direktvermarktung. Regionale Vermarktungsstrukturen, Hofläden, Wochenmärkte  
1901 sowie digitale Angebote bieten Chancen, Erzeuger und Verbraucher näher  
1902 zusammenzubringen und zusätzliche Wertschöpfung im ländlichen Raum zu sichern.  
1903 Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass Verbraucherinnen und Verbraucher bewusste  
1904 Kaufentscheidungen treffen können.

1905 Die rasante Ausbreitung der Schilf-Glasflügelzikade als eine ernsthafte Bedrohung für  
1906 unsere heimische Landwirtschaft nehmen wir ernst. Deshalb werden wir uns bei der  
1907 EU und dem Bund für Fördermittel zur Schaffung eines Forschungsschwerpunkts bei  
1908 der Entwicklung praxistauglicher Bekämpfungsstrategien stark machen. Nur durch die  
1909 enge Zusammenarbeit von Forschung, Beratung und Praxis kann es gelingen, dieser  
1910 Gefahr entgegenzutreten.

1911 Die Aufnahme des Wolfs in das Bundesjagdgesetz erfordert eine Anpassung des  
1912 rheinland-pfälzischen Landesjagdgesetzes. Diese Änderungen werden wir unter  
1913 Einbindung der berechtigten Interessen der unmittelbar Betroffenen, insbesondere der  
1914 Jagdausübungsberechtigten und der Forst- und Landwirtschaft für einzelne  
1915 entscheidende und praxisrelevante Anpassungen nutzen. Die ausstehende  
1916 Landesjagdverordnung werden wir zeitnah erarbeiten und praxisgerecht ausgestalten.

1917 Wir wollen pädagogische Angebote zur Vermittlung verlorengegangenen Wissens und  
1918 fehlender Erfahrungen aus der Landwirtschaft mit dem Landesprogramm „Lernort  
1919 Bauernhof“ gemeinsam mit den Akteuren der Landwirtschaft unterstützen. Sie sind  
1920 ideale Orte, um Kindern und Jugendlichen die Herkunft, Erzeugung und Verarbeitung  
1921 von Lebensmitteln und einer tiergerechten Tierhaltung anschaulich zu vermitteln. Als  
1922 außerschulische Lernorte geben sie frühzeitig ein realistisches Bild von moderner  
1923 Landwirtschaft und vermitteln ein Verständnis für Natur, Umwelt und Ernährung.

1924

## 1925 **Weinbau**

1926 Der Weinbau ist ein Markenzeichen unseres Landes, sowohl wirtschaftlich, kulturell  
1927 als auch touristisch. Rheinland-Pfalz steht wie kein anderes Bundesland für Qualität,  
1928 Vielfalt und Tradition im Weinbau.

1929 Wir werden die Winzerinnen und Winzern gezielt stärken. Eine landesweite  
1930 Marketingkampagne für Wein aus Rheinland-Pfalz und den Weintourismus soll neue  
1931 Impulse setzen und bestehende Stärken besser sichtbar machen. Gleichzeitig  
1932 ermöglichen wir in Zusammenarbeit mit den DLRs einen runden Tisch, der die Themen  
1933 klimaangepassten Weinbau, ökologische Innovation, regionale Wertschöpfung,  
1934 Weintourismus und neue Vermarktungsformen zielführend verbindet.

1935 Bürokratische Hürden werden wir abbauen. Den Erlass für Brauchtumsfahrten  
1936 überprüfen wir. Gleichzeitig werden die Rahmenbedingungen für  
1937 Nebenerwerbwinzerinnen und -winzer zum Betreiben einer Straußwirtschaft  
1938 angepasst. Auch eine Verlängerung und Flexibilisierung der jährlichen  
1939 Öffnungszeiträume im Gaststättenrecht prüfen wir.

1940 Wir wollen in Rheinland-Pfalz ein Landesprogramm zur Förderung der  
1941 Rotationsbranche im Weinbau einführen. Dafür werden wir als Übergangslösung bis zur  
1942 neuen GAP-Förderperiode Prämien in Höhe von 2.500 Euro pro Hektar und Jahr,  
1943 begrenzt auf maximal drei Hektar je Betrieb, gewähren. Die Steil- und  
1944 Steilstagenförderung werden wir verdoppeln und wir setzen uns für den Erhalt der  
1945 Weinsektorenprogramme auf europäischer Ebene ein

1946 Gleichzeitig unterstützen wir den Wechsel zu klimaangepassten Alternativkulturen  
1947 konzeptionell und im Rahmen bestehender Umstrukturierungsinstrumente.

1948

## 1949 **Forsten**

1950 Rheinland-Pfalz ist das walddreichste Bundesland. Fast 43 Prozent unserer  
1951 Landesfläche sind bewaldet. Unser Wald erfüllt vielfältige Funktionen und ist eine  
1952 zentrale Ressource: Er ist Lebensraum einer artenreichen Flora und Fauna, er filtert  
1953 unsere Luft, produziert Sauerstoff und bindet Kohlendioxid, er schützt vor  
1954 Naturgefahren und reguliert den Wasserhaushalt, er dient unserer Erholung und ist

1955 Urlaubsziel, mit seiner Holzproduktion sichert er aber auch Einkommen und  
1956 Arbeitsplätze.

1957 Gleichzeitig steht unser Wald durch den Klimawandel unter erheblichem Druck: Hitze,  
1958 anhaltende Trockenperioden und Schädlingsbefall, insbesondere durch den  
1959 Borkenkäfer, haben in den vergangenen Jahren zu massiven Schäden und  
1960 großflächigen Waldverlusten geführt. Viele Bestände sind geschwächt, und die  
1961 natürliche Regeneration wird zunehmend erschwert. Diese Entwicklung zeigt deutlich,  
1962 wie wichtig aktives Waldmanagement durch forstliche Bewirtschaftung und gezielte  
1963 Anpassungsmaßnahmen ist.

1964 Holzverwendung und Aufforstung sind unverzichtbar für die CO<sub>2</sub>-Speicherung und die  
1965 Transformation hin zum Klimaschutz. Wir werden den Umbau zu klimaresilienten  
1966 Mischwäldern beschleunigen und den Wald stärker wirtschaftlich nutzen sowie den  
1967 Holzbau weiterhin fördern. Die Waldentwicklungsziele werden wir wissenschaftlich  
1968 prüfen und bei Bedarf neugestalten. Die stoffliche Nutzung von Holz, einschließlich der  
1969 Bereitstellung von Nadelholz für die heimische Säge- und Bauindustrie, hat für uns  
1970 Priorität. Restholz werden wir energetisch nutzen. Für Flurbereinigungsverfahren im  
1971 Wald setzen wir uns ein.

1972 Zur Vorsorge vor Flächen- und Waldbränden werden regional geeinte und präventive  
1973 Maßnahmen weiterentwickelt. Im Staatswald soll das Land dabei Vorbild sein. Mit  
1974 starker Forschung wollen wir unsere Waldwirtschaft noch leistungsfähiger machen. Wir  
1975 fördern die enge Kooperation aller Waldbesitzerinnen und -besitzer, der  
1976 Forschungsanstalt für Waldökonomie und Forstwirtschaft, des Holzbau-Clusters  
1977 Rheinland-Pfalz und des Klimabündnisses. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für  
1978 Hauberggenossenschaften werden wir, mit dem Ziel der Modernisierung, prüfen.

1979 Das Gemeinschaftsforstamt erhalten wir, um Staats-, Kommunal- und Privatwald  
1980 gemeinsam in den Blick zu nehmen. Wir setzen uns für eine Klarstellung ein, dass das  
1981 Betreten des Waldes unabhängig von Ort und Anlass auf eigene Gefahr erfolgt.  
1982 Gleichzeitig stärken wir den Landesbetrieb Forsten Rheinland-Pfalz und würdigen die  
1983 Arbeit der Forstwirtinnen und Forstwirte sowie aller Beschäftigten im Wald  
1984 ausdrücklich. Dafür schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen, investieren in gute  
1985 Arbeitsbedingungen und unterstützen eine moderne sowie leistungsfähige  
1986 Forstverwaltung. Die Zentralstelle der Forstverwaltung (ZdF) entwickeln wir weiter, um  
1987 die Forstverwaltung Rheinland-Pfalz bei der digitalen Modernisierung ihrer  
1988 Arbeitsprozesse zu begleiten und eine verlässliche Unterstützung für die praktische  
1989 Arbeit in Forstämtern und Revieren zu gewährleisten.

1990

## 1991 **Natur- und Umweltschutz**

1992 Der Schutz unserer Natur und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind grundlegende  
1993 Voraussetzungen für Lebensqualität, wirtschaftliche Entwicklung und den Erhalt  
1994 unserer Heimat. Rheinland-Pfalz mit seinen vielen Wäldern und Kulturlandschaften

1995 steht für eine Umweltpolitik, die schützt, ohne zu blockieren, und zugleich so gestaltet,  
1996 dass unsere heimische Land- und Forstwirtschaft wettbewerbsfähig bleibt.

1997 Wir setzen uns für eine praxisgerechte und flexible Anwendung der  
1998 Wiederherstellungsverordnung der Natur ein und fordern von der EU und dem Bund  
1999 verlässliche Finanzierungsinstrumente.

2000 Unser Leitbild ist ein kooperativer Naturschutz, der Naturschutz und Landwirtschaft in  
2001 Einklang bringt. Denn wir sind überzeugt: Dauerhaft erfolgreich kann Naturschutz nur  
2002 gemeinsam mit den Menschen vor Ort sein. Deshalb stärken und entwickeln wir den  
2003 „Schulterschluss Artenvielfalt“ gezielt weiter und geben regionalen Verbänden mehr  
2004 Möglichkeit, Maßnahmen im Agrar-, Umwelt- und Klimaschutz eigenständig zu  
2005 initiieren und umzusetzen. Das schafft Akzeptanz, erhöht die Wirksamkeit und stärkt  
2006 die Verantwortung in den Regionen. Durch die gezielte Weiterentwicklung und eine  
2007 bessere Organisation stärken wir den Natur- und Umweltschutz. Wir evaluieren die  
2008 Naturschutzstationen und wollen sie schrittweise stärken. Ergänzend setzen wir auf  
2009 innovative produktionsintegrierte Kompensation (PIK), die insbesondere kleineren  
2010 Betrieben zusätzliche Einkommensperspektiven eröffnen kann. Dafür werden wir die  
2011 Landeskompensationsverordnung entsprechend weiterentwickeln. Das  
2012 Landesprogramm „Aktion Grün“ für aktiven Natur- und Artenschutz wird evaluiert. Ziel  
2013 sind effizientere Umweltprogramme, die sich ergänzen und gemeinsam einen  
2014 größeren Mehrwert schaffen. Ebenso setzen wir uns weiterhin für den Moorschutz  
2015 sowie für die Fortführung des Bundesprogramms „Natürlicher Klimaschutz“ ein.

2016 Unsere Naturparke, der Nationalpark Hunsrück-Hochwald und das  
2017 Biosphärenreservat Pfälzerwald sind herausragende Beispiele für die erfolgreiche  
2018 Verbindung von Naturschutz, regionaler Tourismusentwicklung und Umweltbildung –  
2019 wir werden sie weiterentwickeln. Der Nationalpark hat sich seit seiner Gründung zu  
2020 einem Ort entwickelt, an dem sich unberührte Natur, Artenvielfalt und nachhaltige  
2021 Entwicklung verbinden. Er ist Rückzugsraum für seltene Tier- und Pflanzenarten,  
2022 Lernort für Umweltbildung und zugleich ein Impulsgeber für die wirtschaftliche  
2023 Entwicklung der gesamten Region.

2024 Die Stiftung Natur und Umwelt wollen wir im Sinne eines modernen und kooperativen  
2025 Naturschutzes weiterentwickeln und, wo notwendig, neu ausrichten. Dabei legen wir  
2026 Wert auf eine ausgewogene und praxisnahe Beteiligung aller relevanten Akteure.  
2027 Naturschutz, Landwirtschaft und Verwaltung arbeiten auf Augenhöhe zusammen. Als  
2028 verlässliche Partner tragen sie gemeinsam Verantwortung für den Schutz und die  
2029 nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

2030 Eine Aufgabenkritik im Bereich der Umweltverwaltung werden wir konsequent  
2031 vornehmen. Unser Ziel ist eine moderne und leistungsfähige Umweltverwaltung, die  
2032 Genehmigungsverfahren beschleunigt, klare Verantwortlichkeiten schafft,  
2033 Investitionen erleichtert und zugleich hohe Umweltstandards wahrt. Dabei setzen wir  
2034 ausdrücklich nicht auf den Aufbau neuer Strukturen, sondern die gezielte  
2035 Weiterentwicklung und bessere Organisation der bestehenden Umweltverwaltung.  
2036 Fachkompetenz, Vollzug, Digitalisierung und Steuerungsfähigkeit wollen wir enger

2037 verzahnen und effizienter zusammenführen. Durch die gezielte Bündelung von  
2038 Aufgaben schaffen wir mehr Tempo, Klarheit und Verlässlichkeit. Das gilt zum Beispiel  
2039 auch für die Zuständigkeiten bei Genehmigungen nach dem Bundes-  
2040 Immissionsschutzgesetz. Aktivitäten im Bereich der Umweltverwaltung werden wir  
2041 evaluieren und effizient bündeln. Hierbei setzen wir auf die langfristige  
2042 Zusammenarbeit mit Landbewirtschaftern und regionalen Verbänden.

2043 Als Grundlage für beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie  
2044 verlässliche Entscheidungsgrundlagen für Wirtschaft, Kommunen und Naturschutz  
2045 setzen wir stärker auf ein konsequent datenbasiertes Handeln. Dabei werden wir  
2046 vorhandene wissenschaftlich basierte Datenbestände systematisch nutzen und  
2047 zusammenführen. Ziel ist eine belastbare und einheitliche Datengrundlage zum  
2048 Artenvorkommen, die Verfahren vereinfacht, Planungen beschleunigt und allen  
2049 Beteiligten mehr Transparenz und Verlässlichkeit bietet.

2050 Wir wollen durch ein konsequentes Flächenrecycling neue Räume für Wohnen,  
2051 Gewerbe, soziale Infrastruktur und kommunale Daseinsvorsorge schaffen. Dafür  
2052 nutzen wir gezielt die Entwicklungspotenziale von Altlastenflächen, kontaminierten  
2053 Konversionsflächen, ehemaligen Gewerbe- und Industriearealen sowie innerörtlichen  
2054 Brachflächen und erschließen diese systematisch. Mit einer besseren Verzahnung  
2055 ermöglichen wir eine nachhaltige Innenentwicklung und geben unseren Kommunen  
2056 neue Perspektiven, ohne zusätzliche Flächen zu verbrauchen.

2057

### 2058 ***Tierschutz konsequent verbessern***

2059 CDU und SPD stehen für einen wirksamen Tierschutz und unterstützen die vielen  
2060 ehrenamtlich engagierten Menschen, die sich dem Wohl der Tiere verpflichtet fühlen.  
2061 In Rheinland-Pfalz hat der Tierschutz einen hohen Stellenwert und ist als Staatsziel in  
2062 der Landesverfassung verankert. Tiere werden als Mitgeschöpfe geachtet. Diesem  
2063 Anspruch folgend wird ein ausgewogener Ansatz verfolgt, der den Schutz wildlebender  
2064 Tiere mit den berechtigten Interessen von Landwirtschaft, Weidetierhaltung und  
2065 ländlichen Räumen in Einklang bringt. Der Tierschutzbeirat berät die Landesregierung  
2066 in zentralen Fragen und bündelt dabei fachliche Expertise sowie ehrenamtliches  
2067 Engagement. Seine Einbindung in relevante Entscheidungsprozesse wird auch künftig  
2068 sichergestellt. Der Tierschutzbericht der Landesregierung dient weiterhin als wichtiges  
2069 Instrument, um Fortschritte und Handlungsbedarfe transparent aufzuzeigen.  
2070 Ergänzend werden vorbildliche Projekte und besonderes Engagement im Umgang mit  
2071 Tieren auch künftig durch die Verleihung des Tierschutzpreises gewürdigt. Zudem  
2072 werden wir die Unterstützung für unsere Tierheime weiter fortsetzen und unterstützen  
2073 sie damit in ihrer wichtigen Arbeit bei der Aufnahme und Versorgung von Tieren. Auf  
2074 Bundesebene unterstützen wir die Bemühungen um eine bundesweite  
2075 Katzenschutzverordnung, um unkontrollierte Vermehrung einzudämmen und Tierleid  
2076 wirksam zu verhindern. Unsere wissenschaftlich geführten Zoos unterstützen wir  
2077 weiterhin im Sinne des Artenschutzes, der Umweltbildung und der internationalen

2078 Erhaltungszuchtprogramme. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Schutz bedrohter  
2079 Arten und zur Sensibilisierung für den verantwortungsvollen Umgang mit Tieren.

2080

### 2081 **Artenschutz und Artenmanagement aktiv organisieren**

2082 Der Schutz der biologischen Vielfalt ist eine zentrale Aufgabe unserer Umweltpolitik  
2083 und Voraussetzung für stabile Ökosysteme. Dabei gilt es, sowohl neu entstehende  
2084 Herausforderungen, insbesondere durch invasive Arten, als auch bestehende  
2085 Konflikte im Zusammenleben von Mensch und Tier mit klaren, rechtssicheren und  
2086 praxisnahen Lösungen zu begegnen.

2087 Deshalb gehen wir regionale Herausforderungen im Artenschutz, insbesondere bei  
2088 regional problematischen Arten wie zum Beispiel bei der Saatkrähe, dem Biber oder  
2089 der Großen Drüsenameise sowie bei gelisteten invasiven Arten, wie zum Beispiel bei  
2090 der Nutria oder der asiatischen Hornisse, aktiv an. Dazu gehört auch der Erlass von  
2091 Allgemeinverfügungen. Zum Schutz von Weidetieren und der Akzeptanz vor Ort  
2092 entwickeln wir einen Managementplan für den Umgang mit dem Wolf, der die  
2093 bestehenden bundesrechtlichen Möglichkeiten konsequent ausschöpft. Dazu gehört  
2094 auch ausdrücklich die rechtssichere Entnahme von Problemtieren.

2095 Unser Ziel ist ein ausgewogenes Artenschutzmanagement, das den Schutz der  
2096 Biodiversität mit praktikablen Lösungen für die Menschen in den betroffenen Regionen  
2097 verbindet. Die Jägerinnen und Jäger betrachten wir als zentrale Partner. Sie tragen  
2098 Verantwortung für den Erhalt eines wertvollen Kulturgutes und leisten durch Hege,  
2099 Pflege, Lebensraumgestaltung und Bestandsregungen wichtige Beiträge für den  
2100 Natur- und Artenschutz.

2101

### 2102 **Wasser nachhaltig managen**

2103 Wasser ist eine unserer wichtigsten Lebensgrundlagen. Trockenheit, Starkregen,  
2104 Flächenbrände und vor allem Hochwasser lehren uns, dass wir aktives  
2105 Wassermanagement betreiben, Gewässer steuern und mit Wasser bewusst umgehen  
2106 müssen. Die Auswirkungen des Klimawandels zeigen deutlich, dass wir Wasser als  
2107 strategische Ressource für die Zukunft unseres Landes begreifen müssen.

2108 Wir fördern die Gründung und prüfen die Verbindlichkeit von Zweckverbänden zur  
2109 Gewässerunterhaltung von der Quelle bis zur Mündung, damit Oberlieger eines  
2110 Gewässersystems und Unterlieger gemeinsam ihr Wassermanagement betreiben. Wir  
2111 werden den Zukunftsplan Wasser umsetzen und weiterentwickeln, den Hochwasser-  
2112 und Starkregenschutz weiter ausbauen und die Aktion Blau Plus fortführen. Durch die  
2113 stärkere Zurückhaltung und Steuerung von Regenwasser beugen wir – zusammen mit  
2114 dem Hochwasserschutz und der Flutvorsorge – den Folgen von  
2115 Extremwetterereignissen vor. Zudem setzen wir uns auf Bundesebene für eine  
2116 Elementarschadenspflichtversicherung ein.

2117 Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und flächendeckenden  
2118 Trinkwasserversorgung hat für uns höchste Priorität und wird angesichts wachsender  
2119 Herausforderungen weiter an Gewicht gewinnen. Die Verantwortung hierfür liegt  
2120 maßgeblich bei den Kommunen, die wir in ihrer zentralen Rolle gezielt stärken und  
2121 unterstützen. Das Land Rheinland-Pfalz begleitet die kommunalen Aufgabenträger  
2122 verlässlich und partnerschaftlich und unterstützt sie im Rahmen bestehender  
2123 Strukturen bei der Sicherung einer nachhaltigen und zukunftsfesten  
2124 Wasserversorgung. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung der zahlreichen  
2125 Kläranlagen im Land, auch im Hinblick auf den Gewässer- und Gesundheitsschutz.  
2126 Der Schutz der Grundwasserressourcen sowie die weiterhin konsequente  
2127 Überwachung von Schadstoffeinträgen sind für uns von sehr hoher Bedeutung. Zur  
2128 Ausweisung von Wasserschutzgebieten verbessern wir landesweit die  
2129 geohydrologische Datenbasis.

2130 Zur Klimaanpassung können landwirtschaftliche Bewässerungsverbände erforderlich  
2131 sein. Wir werden entsprechende Bestrebungen unterstützen und ein Konzept für eine  
2132 nachhaltige Nutzung von Oberflächen- und Grundwasser für landwirtschaftliche  
2133 Beregnungszwecke erarbeiten. Die aus dem Wassercent im Bereich der  
2134 landwirtschaftlichen Nutzung vereinnahmten Gelder sollen zweckgebunden für  
2135 ressourcenschonende Bewässerungsprojekte, am Beispiel bestehender  
2136 Beregnungsverbände, in der Landwirtschaft zum Einsatz kommen.

2137 Bestehende Möglichkeiten, um die Bewirtschaftung von Flächen in Schutzgebieten zu  
2138 unterstützen, wollen wir konsequent nutzen. Wir erkennen an, dass zusätzliche  
2139 Auflagen in Schutzgebieten umfassend honoriert werden müssen, und setzen uns für  
2140 eine einkommenswirksame Entschädigung ein. Dabei gilt für uns das  
2141 Verursacherprinzip: Wenn zusätzliche Anforderungen entstehen, müssen die damit  
2142 verbundenen Kosten von denjenigen getragen werden, die diese Auflagen  
2143 veranlassen.

2144

## 2145 **Klimaschutz**

2146 Wir bekennen uns zu konsequentem Klimaschutz, der soziale Gerechtigkeit,  
2147 wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und kommunale  
2148 Handlungsfähigkeit miteinander vereint. Die Bewahrung der Schöpfung ist uns ein  
2149 gemeinsamer Auftrag.

2150 Schon heute spüren wir die Auswirkungen des Klimawandels sehr deutlich und  
2151 ergreifen Maßnahmen zur Klimawandelanpassung. Wir bekennen uns zu dem Ziel der  
2152 Klimaneutralität und wollen einen weiteren starken Ausbau der Erneuerbaren  
2153 Energien.

2154 Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, wollen wir neben dem weiteren Ausbau  
2155 der Windkraft und Photovoltaik stärker als bisher auch die energetische Nutzung von  
2156 Biomasse, Wasserkraft und Geothermie forcieren. Ein innovatives

2157 Kohlenstoffmanagement kann ergänzend für unvermeidbare Restemissionen für die  
2158 energieintensive Industrie den Weg zur klimaneutralen Produktion ebnen.

2159 Wir verstehen Klimaschutz auch als Chance für Innovation, Wertschöpfung und bei  
2160 der Schaffung von Arbeitsplätzen in Rheinland-Pfalz. Deshalb werden wir gezielt  
2161 Zukunftstechnologien wie Wasserstoff, Speichertechnologien, Kreislaufwirtschaft  
2162 sowie klimaneutrale Produktionsverfahren fördern und den Technologietransfer  
2163 zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stärken. Dabei setzen wir auf Lösungen und  
2164 verlässliche Rahmenbedingungen, die Investitionen sowohl privater als auch  
2165 öffentliche Investoren ermöglichen. Gleichzeitig gestalten wir die Transformation so,  
2166 dass sie sozial ausgewogen ist und neue Perspektiven für Beschäftigung und  
2167 Qualifizierung eröffnet.

2168 Wir werden die Voraussetzung schaffen, den Geltungsbereich der  
2169 Naturparkverordnung Pfälzerwald auf bewaldete Flächen zu beschränken und so im  
2170 nördlichen Teil des aktuellen Geltungsbereichs entlang der A6 die Genehmigung von  
2171 Windkraftanlagen nicht mehr generell auszuschließen. Der Status als UNESCO-  
2172 Biosphärenreservat darf dabei nicht gefährdet werden.

2173 Neben der Emissionsminderung werden wir die Anpassung an die Folgen des  
2174 Klimawandels vorantreiben. Dazu gehören ein modernes Wassermanagement sowie  
2175 konsequenter Hochwasser- und Hitzeschutz. Gemeinsam mit unseren Städten und  
2176 Gemeinden wollen wir den Herausforderungen des Klimawandels begegnen. Wir  
2177 setzen auch weiter auf die Förderung konkreter Projekte für den Klimaschutz und zur  
2178 Klimawandelfolgenanpassung. Zur Unterstützung der Kommunen entwickeln wir den  
2179 Kommunalen Klimapakt (KKP) weiter.

2180 **5. Unsere Verantwortung für ein sicheres Land, einen**  
2181 **leistungsfähigen Rechtsstaat, moderne Infrastruktur,**  
2182 **lebendige Kommunen sowie Bauen und Wohnen**

2183 Wir stehen für ein sicheres und lebenswertes Rheinland-Pfalz. Der Schutz von  
2184 Bürgerinnen und Bürgern ist eine Kernaufgabe staatlichen Handelns und bildet die  
2185 Grundlage für Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir stehen für einen  
2186 handlungsfähigen Rechtsstaat und eine moderne, verlässliche Sicherheitsarchitektur.  
2187 Eine gut ausgestattete Polizei, eine leistungsfähige Justiz sowie ein starker Brand- und  
2188 Katastrophenschutz sorgen für Sicherheit und schnelle Hilfe im Alltag wie in  
2189 Ausnahmesituationen. Kriminalität und Extremismus treten wir entschlossen entgegen  
2190 – auch durch den gezielten Einsatz moderner Technologien

2191 Starke Kommunen sind das Fundament unseres Gemeinwesens. Sie gestalten und  
2192 schaffen Daseinsvorsorge und Lebensqualität vor Ort, ermöglichen Teilhabe und sind  
2193 erste Ansprechpartner für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Ebenso leisten  
2194 Sport und Ehrenamt einen unverzichtbaren Beitrag zum Zusammenhalt und zur  
2195 Identität unseres Landes. Diese gelebte Verantwortung verdient Anerkennung und  
2196 verlässlichen Rückhalt. Wir wollen diese tragenden Säulen unserer Gesellschaft weiter  
2197 stärken und verlässlich unterstützen.

2198

2199 **Innere Sicherheit**

2200 ***Polizei stärken und zukunftsfähig aufstellen***

2201 Eine leistungsfähige, gut ausgestattete und attraktive Polizei ist das Rückgrat unserer  
2202 inneren Sicherheit. Wir streben eine Steigerung der Kopfzahl auf 10.500 Polizistinnen  
2203 und Polizisten an. Die Nachwuchsgewinnung sichern wir durch eine jährliche  
2204 Einstellung von bis zu 500 Polizeianwärterinnen und -anwärtern nachhaltig ab. Die  
2205 Zahl der Studienplätze an der Hochschule der Polizei werden wir entsprechend  
2206 anpassen und zugleich die Anerkennung externer Studienabschlüsse erleichtern.  
2207 Zudem schaffen wir zusätzliche Stellen für Spezialistinnen und Spezialisten,  
2208 insbesondere in den Bereichen Cybercrime, Digitale Forensik und IT.

2209 Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden wir durch flexible Arbeitszeitmodelle  
2210 und einen verlässlichen Wechselschichtdienst verbessern sowie gesundes Arbeiten  
2211 fördern. Zugleich entlasten wir den polizeilichen Vollzugsdienst von sachfremden  
2212 Aufgaben.

2213 Die Leistungen unserer Polizeibeamtinnen und -beamten verdienen besondere  
2214 Anerkennung. Deshalb werden wir die Polizeizulage – wie auch die Feuerwehr- und  
2215 die sogenannte „Gitterzulage“ – auf Bundesniveau anheben. Zudem prüfen wir, wie  
2216 das Zulagenwesen insgesamt mit stärkeren Leistungsanreizen ausgestaltet werden  
2217 kann.

2218 Auch der Kommunale Vollzugsdienst ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer  
2219 Sicherheitsarchitektur und wird von uns gestärkt. Dazu professionalisieren wir  
2220 gemeinsam mit den Kommunen die Ausbildung, zentralisieren und bündeln  
2221 Beschaffungsprozesse und bauen die interkommunale Zusammenarbeit aus. So wird  
2222 die Polizei spürbar entlastet.

2223 Den Frauenanteil in Führungspositionen bei der Polizei wollen wir gezielt erhöhen.  
2224 Zudem stärken wir die Vielfalt in der Polizei und unterstützen hierbei auch die Arbeit  
2225 der landesweiten Ansprechstelle LSBTI\* zu queeren Themen.

2226 Fort- und Weiterbildungen bauen wir systematisch aus und verankern sie durch die  
2227 Definition verbindlicher Anforderungen in einem Strategieprozess „Zukunftsvision  
2228 Polizei 2040“. Den Direkteinstieg in die Kriminalpolizei erhalten wir aufrecht.

2229 Die Anwendungserweiterung von Bodycams, Tasern und elektronischen Fußfesseln  
2230 überprüfen wir entsprechend dem Stand der Technik mit dem Ziel, ihre rechtssichere  
2231 und praxistaugliche Nutzung auszubauen.

2232 Die Digitalisierung der Polizei treiben wir konsequent voran. Alle Dienststellen der  
2233 rheinland-pfälzischen Polizei werden wir flächendeckend mit moderner und  
2234 leistungsfähiger IT ausstatten und die Cybersicherheit der Dienststellen stärken. Die  
2235 Onlinewache als niedrigschwellige digitale Anlaufstelle der Polizei für Bürgerinnen und  
2236 Bürger entwickeln wir konsequent weiter. Wir bauen gezielt eigenes digitales Know-  
2237 how auf, beispielsweise durch die Einrichtung einer Innovationswerkstatt, und treiben  
2238 mit dem Projekt „Mobiles Arbeiten in der Polizei“ vernetztes und digitales Arbeiten  
2239 voran.

2240 Wir nehmen den Zustand des Gebäudebestands der Polizei weiter in den Blick und  
2241 wollen daher zielgerichtet Kapazitäten insbesondere im Bereich des Bauunterhalts für  
2242 den sicherheitsrelevanten Liegenschaftsbereich der Polizei ausbauen. Hierzu setzen  
2243 wir auf partnerschaftliche Vereinbarungen zwischen dem LBB und der  
2244 Liegenschaftsverwaltung der Polizei.

2245 Die Umsetzung der automatisierten Datenanalyse wollen wir durch digitalsouveräne,  
2246 bevorzugt nationale, Lösungen voranbringen. Dabei wollen wir auch den Abgleich  
2247 rechtmäßig erhobener Daten zwischen Behörden ermöglichen. Den Rechtsrahmen für  
2248 den Einsatz von Künstlicher Intelligenz wollen wir in Behörden mit Sicherheitsaufgaben  
2249 erweitern. Darüber hinaus schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen, um den  
2250 Einsatz von Videoschutzanlagen in Angsträumen oder an Orten mit auffälliger  
2251 Kriminalität, auch unter Nutzung von KI, in Zusammenarbeit mit unseren Kommunen  
2252 zu ermöglichen.

2253 Sicherheit im digitalen Raum ist für uns ein zentraler Bestandteil moderner Innenpolitik.  
2254 Deshalb setzen wir uns für die rechtssichere Speicherung von IP-Adressen ein und  
2255 unterstützen entsprechende Bundesinitiativen. Zudem schaffen wir die  
2256 Voraussetzungen dafür, dass erhobene Mautdaten zur Bekämpfung schwerster  
2257 Straftaten genutzt werden können. Die Früherkennung potenziell gefährlicher  
2258 Personen werden wir gezielt ausbauen. Die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität

2259 bleibt auch weiterhin ein Schwerpunkt polizeilicher Arbeit, den wir unter anderem durch  
2260 die Intensivierung der Vermögensabschöpfung weiter stärken wollen.

2261 Auch die Verkehrssicherheitsarbeit werden wir ausbauen. Dabei orientieren wir uns an  
2262 der Leitstrategie „Vision Zero“, die das Ziel verfolgt, die Zahl der Verkehrstoten und  
2263 Schwerverletzten langfristig auf null zu senken. Hierbei setzen wir auch verstärkt auf  
2264 den Einsatz von Mono-Cams zur Ahndung verbotswidriger Handynutzung am Steuer.

2265 Der Schutz von Einsatzkräften vor Übergriffen hat für uns höchste Priorität und bleibt  
2266 eine zentrale Aufgabe des Staates. Wir werden daher mit aller Konsequenz und der  
2267 gebotenen Härte gegen solche Straftaten vorgehen.

2268 Wir werden die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten überprüfen.

2269

### 2270 ***Für verlässlichen Brand- und Katastrophenschutz sorgen***

2271 Der Brand- und Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz wird in hohem Maße vom  
2272 ehrenamtlichen Engagement einer Vielzahl von Menschen aus allen Teilen der  
2273 Gesellschaft getragen. Dieses Engagement verdient unsere besondere Anerkennung  
2274 und Unterstützung. Deshalb werden wir das Ehrenamt weiter stärken. Hierfür sind die  
2275 Ergebnisse der Ehrenamtsstudie Feuerwehr eine wichtige Erkenntnisquelle. Den  
2276 gemeinsamen Auswertungsprozess mit den Kommunalen Spitzenverbänden und dem  
2277 Landesfeuerwehrverband setzen wir fort.

2278 Als sichtbares Zeichen der Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement im  
2279 Brandschutz werden wir die Regelungen für Auszeichnungen und Ehrenzeichen in  
2280 Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrverband grundsätzlich überarbeiten. Dazu  
2281 gehört für uns die Einführung einer Ehrung für 50-jährige Mitgliedschaft genauso wie  
2282 die Ergänzung der Ehrungen um eine Dankesprämie, für die das entsprechende  
2283 Finanzvolumen vom Land zur Verfügung gestellt wird.

2284 Um die Nachwuchsgewinnung langfristig zu sichern, werden wir die Gründung von  
2285 Bambini-Feuerwehren intensiv unterstützen. Zudem werden wir mit einer Förderung  
2286 des Führerscheinerwerbs von Ehrenamtlichen in der Feuerwehr sowie bei den  
2287 Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz dazu beitragen, junge Menschen dauerhaft  
2288 an den von ihnen geleisteten Dienst zu binden. Darüber hinaus wollen wir verstärkt  
2289 Frauen für die Feuerwehren gewinnen.

2290 Das Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz entwickeln wir als hochmodernes  
2291 Übungs- und Kompetenzzentrum weiter. Den geplanten Ausbau auf 300  
2292 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Erweiterung der Ausbildungskapazitäten  
2293 auf 50.000 Lehrgangsteilnehmendentage setzen wir konsequent fort. Zudem prüfen  
2294 wir die dezentrale Ausbildung.

2295 Die Zulage für Beamtinnen und Beamte der Feuerwehr wollen wir gemeinsam mit der  
2296 Polizeizulage erhöhen. Damit soll den besonderen Belastungen und Risiken  
2297 Rechnung getragen werden.

2298 Ein leistungsfähiger Brand- und Katastrophenschutz lebt von Schnelligkeit,  
2299 koordinierter Zusammenarbeit und guter Abstimmung. Auf Landesebene werden wir  
2300 regelmäßig behördenübergreifende Übungen durchführen und die bewährte  
2301 Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen auf hohem Niveau fortführen.

2302 Beschaffungen werden wir erleichtern, beschleunigen und Kosten senken. Deshalb  
2303 sorgen wir dafür, dass das Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz künftig  
2304 Sammelbestellungen durchführt und gebündelte Ausschreibungen sowie einheitliche  
2305 Beschaffungen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Entlastung der Kommunen  
2306 ermöglicht. Auf rheinland-pfälzische Sondervorschriften für Feuerwehrfahrzeuge  
2307 verzichten wir.

2308 Um die finanzielle Ausstattung der Kommunen im Brand- und Katastrophenschutz  
2309 nachhaltig zu stärken, soll künftig ein höherer Teil der Einnahmen aus der  
2310 Feuerschutzsteuer unmittelbar in Förderpauschalen für die Kommunen fließen, bei  
2311 gleichzeitiger Sicherstellung der Ausbildung. Bei der pauschalierten Förderung  
2312 berücksichtigen wir künftig auch Risikoklassen als weiteres Kriterium.

2313 Wir wollen die bedarfsgerechte und zukunftsfähige Entwicklung unserer Feuerwehren  
2314 vor Ort unterstützen. Deshalb begleiten wir die Kommunen bei der Feuerwehrbedarfs-  
2315 und Entwicklungsplanung eng durch das Landesamt für Brand- und  
2316 Katastrophenschutz, um eine sachgerechte Umsetzung im Rahmen der jeweiligen  
2317 Möglichkeiten sicherzustellen. Feuerwehrgerätehäuser sollen zudem verstärkt in  
2318 Modulbauweise und auf Basis von Musterfeuerwehrhäusern gebaut und modernisiert  
2319 werden.

2320 Ein wirksamer Bevölkerungsschutz erfordert eine leistungsfähige Warn- und  
2321 Vorsorgeinfrastruktur. Das Sirennetz werden wir weiter ausbauen, die  
2322 Eigenvorsorge stärken und kritische Infrastrukturen bestmöglich absichern. Das  
2323 Hochwassermelde- und -warnsystem übertragen wir auf das Landesamt für Brand-  
2324 und Katastrophenschutz.

2325 Auch eine verlässliche luftgestützte Notfallversorgung ist wesentlicher Bestandteil der  
2326 Daseinsvorsorge – insbesondere im ländlichen Raum, wo Wege häufig weit sind.  
2327 Deshalb stellen wir die Versorgung mit Rettungshubschraubern auf Grundlage der  
2328 Versorgungssicherheit und unter Berücksichtigung der Einsatzzahlen sicher und  
2329 entwickeln sie bedarfsgerecht weiter.

2330

### 2331 ***Demokratie entschlossen schützen***

2332 Der Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hat für uns höchste  
2333 Priorität. Deshalb stellen wir den Verfassungsschutz personell und sachlich  
2334 leistungsfähig und zukunftsfest auf. Mit Spezialistinnen und Spezialisten sowie  
2335 moderner Analysetechnik sorgen wir für eine effektive und zeitgemäße  
2336 Aufgabenerfüllung. Zur Stärkung der Resilienz des Verfassungsschutzes soll die  
2337 Leitung nicht mehr als politischer Beamter eingestuft werden. Ebenso prüfen wir die

2338 Weiterentwicklung bestehender Kompetenzen ergebnisoffen, um eine effektive Arbeit  
2339 sicherzustellen. Wir werden die Organisation des rheinland-pfälzischen  
2340 Verfassungsschutzes weiterentwickeln, dem im Sinne des Schutzes unserer  
2341 Demokratie und mit Blick auf Verfassungsfeinde von rechts, links und aus dem  
2342 religiösen Extremismus eine herausragende Bedeutung zukommt – dabei stellt der  
2343 Rechtsextremismus gegenwärtig eine besonders große Gefahr dar. Um  
2344 extremistischen Entwicklungen frühzeitig entgegenzuwirken und Radikalisierung zu  
2345 verhindern, werden wir die Präventionsarbeit gezielt ausbauen und nachhaltig stärken.

2346 Um die ressort- und behördenübergreifende Abstimmung zu stärken, richten wir einen  
2347 Sicherheitsrat des Landes unter Beteiligung von Landesregierung,  
2348 Sicherheitsbehörden, Zivilschutzorganisationen, kommunaler Spitzenverbände und  
2349 Landeskommando der Bundeswehr ein.

2350

### 2351 ***Sicherheit und Verteidigung stärken***

2352 Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit sind zentrale Voraussetzungen für Frieden,  
2353 Freiheit und Stabilität in unserem Land. Rheinland-Pfalz trägt dabei als verlässlicher  
2354 Partner in der Mitte Europas besondere Verantwortung und bleibt auch künftig ein  
2355 bedeutender Standort der Bundeswehr sowie ein zentraler Pfeiler für die  
2356 Sicherheitsarchitektur Deutschlands und der NATO. Den Soldatinnen und Soldaten,  
2357 die sich Tag für Tag in den Dienst unseres Landes stellen, gebühren großer Dank und  
2358 Anerkennung. Mit seiner Infrastruktur, seiner Lage und der Verzahnung militärischer  
2359 und ziviler Strukturen leistet unser Land einen wesentlichen Beitrag zur  
2360 Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit unserer Streitkräfte. Die Bundeswehr  
2361 genießt unsere vollumfängliche Unterstützung, auch bei der Reaktivierung von  
2362 Liegenschaften und stillgelegten Kasernen – wie etwa in Kusel. Die Umsetzung des  
2363 Operationsplans Deutschland begleiten und unterstützen wir aktiv, unter anderem  
2364 durch die Stärkung logistischer Drehscheiben und resilienter Infrastruktur. Erweiterte  
2365 Möglichkeiten der zivil-militärischen Zusammenarbeit wollen wir fördern, auch zur  
2366 Stärkung des Zivilschutzes. Dabei werden wir auch weiterhin eng und vertrauensvoll  
2367 mit dem Landeskommando Rheinland-Pfalz der Bundeswehr als wichtigem Partner  
2368 zusammenarbeiten.

2369 Wir stehen fest zur transatlantischen Partnerschaft. Die US-Stationierungstreitkräfte  
2370 sind für unser Land von herausragender nicht nur sicherheitspolitischer, sondern auch  
2371 wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung. Sie sind Ausdruck einer über  
2372 Jahrzehnte gewachsenen engen Freundschaft und prägen die Regionen in  
2373 besonderer Weise. Gemeinsam mit den Stationierungsgemeinden setzen wir uns für  
2374 gute Standortbedingungen ein. Zugleich unterstützen wir die Atlantische Akademie in  
2375 Kaiserslautern als zentrale Institution in diesem Bereich.

2376 **Rechtsstaat**

2377 Ein leistungsfähiger Rechtsstaat erfordert eine gut ausgestattete Justiz. Wir stellen  
2378 eine verlässliche personelle Ausstattung bei Richterinnen und Richtern,  
2379 Staatsanwältinnen und Staatsanwälten ebenso wie im 2. und 3. Einstiegsamt auf  
2380 Grundlage einer bedarfsgerechten Personalplanung sicher. Zudem entwickeln wir eine  
2381 verbesserte Strategie zur Nachwuchsgewinnung und modernisieren die juristische  
2382 Ausbildung, um sie stärker interdisziplinär und digital zu gestalten.

2383 Wir prüfen die Einrichtung weiterer Schwerpunktstaatsanwaltschaften sowie einer  
2384 spezialisierten rechtsmedizinischen Begutachtungsstelle zur Unterstützung von  
2385 Gerichten, Vollzug und Staatsanwaltschaften bei psychiatrischen Fragestellungen. Für  
2386 Hass und Hetze ist in unserer Gesellschaft kein Platz. Deshalb sagen wir auch digitaler  
2387 Gewalt den Kampf an.

2388 In der laufenden Wahlperiode werden wir uns mit einer möglichen Weiterentwicklung  
2389 der Landesverfassung befassen. In diesem Zusammenhang wollen wir bestehende  
2390 Regelungen im Lichte gesellschaftlicher, politischer und rechtlicher Entwicklungen  
2391 daraufhin überprüfen, ob und inwieweit sich ein Bedarf für Anpassungen oder  
2392 Ergänzungen ergibt.

2393 Auch die Ausbildung zum Gerichtsvollzieher wollen wir attraktiver gestalten. Zudem  
2394 werden wir die Voraussetzungen schaffen, um Gerichtsvollziehern die eigenständige  
2395 Nutzung polizeilicher Erkenntnisse zu ermöglichen.

2396 Wir stärken unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzugsdienst und  
2397 erhöhen die Attraktivität des Berufs insgesamt. Dazu gehört auch eine angemessene  
2398 Vergütung, insbesondere für belastende Dienste. Analog zur Polizeizulage werden wir  
2399 auch die sogenannte „Gitterzulage“ anheben.

2400 Der Schutz von Justizmitarbeiterinnen und -mitarbeitern steht an oberster Stelle.  
2401 Deshalb werden wir die Schutzausrüstung sowie die Ausbildung regelmäßig an  
2402 aktuelle Anforderungen anpassen und weiterentwickeln.

2403 Eine moderne Justiz braucht moderne Dienststellen. Deshalb sorgen wir für eine  
2404 zeitgemäße Ausstattung und schaffen die Voraussetzungen für effiziente und  
2405 leistungsfähige Arbeitsabläufe. Bereits angestoßene Baumaßnahmen bei Gerichten  
2406 und im Justizvollzug treiben wir konsequent voran.

2407 Die Digitalisierung der Justiz und den elektronischen Rechtsverkehr bauen wir aus.  
2408 Durch den gezielten Ausbau moderner technischer Möglichkeiten beschleunigen wir  
2409 Gerichtsverfahren und steigern die Effizienz unserer Justiz. Für entsprechende  
2410 bundesrechtliche Initiativen werden wir uns aktiv einsetzen oder sie konstruktiv  
2411 unterstützen. Die IT-Sicherheitsarchitektur unserer Justizbehörden stärken wir  
2412 fortlaufend und passen sie kontinuierlich an neue Bedrohungslagen an.

2413 Um effektiv auf junge Straftäterinnen und -täter einzuwirken und kriminellen Karrieren  
2414 frühzeitig entgegenzuwirken, bauen wir die Häuser des Jugendrechts gezielt aus und

2415 ergänzen sie durch moderne Präventionsangebote, zum Beispiel für  
2416 kriminalitätsgefährdete Kinder und Jugendliche.

2417

## 2418 **Infrastruktur**

2419 Die Gestaltung moderner und leistungsfähiger Mobilität ist eine zentrale Aufgabe. Ziel  
2420 ist es, eine zukunftsfähige und verlässliche Mobilität für alle Menschen und  
2421 Unternehmen sicherzustellen, unabhängig davon, ob sie in urbanen oder ländlichen  
2422 Räumen leben und arbeiten. Den notwendigen Wandel in Richtung klimafreundlicher  
2423 Mobilität gestalten wir aktiv mit dem Ziel, Bezahlbarkeit, Verlässlichkeit und  
2424 Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden.

2425 Im Mittelpunkt stehen die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch  
2426 der Pendlerinnen und Pendler, die auf funktionierende und verlässliche  
2427 Verkehrsangebote angewiesen sind. Der Wandel der Mobilität erfordert passgenaue  
2428 und attraktive Lösungen über alle Verkehrsträger hinweg. Dazu gehört ein intelligenter  
2429 Mobilitätsmix aus öffentlichem Verkehr, On-Demand-Angeboten, Bürgerbus- und  
2430 Rufbusangeboten sowie neuen Technologien wie autonomem und datengestütztem  
2431 Verkehr, die sinnvoll miteinander verknüpft werden. Dabei bleibt das Auto, gerade in  
2432 einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz, auch künftig ein wichtiger Bestandteil der  
2433 Mobilität.

2434 Mobilität ist zugleich ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung. Für  
2435 unsere Unternehmen ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur in allen Regionen  
2436 ein wichtiger Standortfaktor, etwa bei Ansiedlungen und Investitionsentscheidungen.  
2437 Deshalb soll sie konsequent modernisiert und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.  
2438 Intelligente Technologien und innovative Ansätze tragen dazu bei, die Mobilität weiter  
2439 voranzubringen und neue Maßstäbe zu setzen.

2440 Verkehr und Mobilität sollen künftig stärker integriert gedacht, besser vernetzt und  
2441 effizient gesteuert werden, um ein leistungsfähiges und zukunftsorientiertes  
2442 Gesamtsystem zu schaffen.

2443 Die Sanierung von Straßen und Brücken hat höchste Priorität und folgt unseren  
2444 mobilitätspolitischen Leitlinien. Wir werden die Kriterien für den Straßenausbau  
2445 anpassen, um insbesondere ländliche Räume stärker zu berücksichtigen und setzen  
2446 verstärkt auf frühzeitige Instandsetzung. Zudem werden wir die Kriterien der  
2447 Einstufung von Landes- und Kreisstraßen prüfen. Die auf Rheinland-Pfalz entfallenden  
2448 Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans begleiten wir konstruktiv.

2449 Wir stärken den Landesbetrieb Mobilität durch einen Ausbau der Planungskapazitäten  
2450 und eine verstärkte Vorratsplanung sowie durch die kontinuierliche Modernisierung  
2451 des Fuhrparks zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Betriebsdienst. Wo  
2452 sinnvoll, werden private Leistungserbringer in den Planungs- und Umsetzungsprozess  
2453 eingebunden.

2454 Verkehrslärm, insbesondere Flug-, Bahn- und Straßenlärm, belastet die Menschen im  
2455 Land vielerorts. Wir setzen uns aktiv für eine Reduzierung des Lärms ein. Dazu  
2456 definieren wir eine zuständige Stelle, die sämtliche Belange zum Thema Verkehrslärm  
2457 bündelt und die zentrale Ansprechstelle für von Verkehrslärm Betroffene darstellt. Wir  
2458 wollen die rechtssichere Einführung von Tempo 30 in Städten und Gemeinden  
2459 erleichtern und so die Lebensqualität der Menschen vor Ort verbessern.

2460 Das Baustellenmanagement soll länderübergreifend besser koordiniert werden, um  
2461 Verkehrsflüsse zu verbessern und Belastungen für Wirtschaft und Pendler zu  
2462 reduzieren. Zudem setzen wir uns beim Bund dafür ein, das Angebot an LKW-  
2463 Stellplätzen entlang von Autobahnen und Bundesstraßen auszubauen.

2464 Wir wollen den PKW-Führerschein für junge Menschen günstiger machen. Das Land  
2465 übernimmt dazu die Verwaltungsgebühren für alle Erstanmelderinnen und  
2466 Erstanmelder unter 25 Jahren aus Rheinland-Pfalz und unterstützt Initiativen des  
2467 Bundes zur weiteren Reduzierung der Führerscheinkosten.

2468 Verkehrsübungsplätze leisten einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit. Daher  
2469 soll ihre Einrichtung auf bereits versiegelten und stillgelegten Flächen erleichtert  
2470 werden, um bestehende Flächen effizient zu nutzen.

2471 Rheinland-Pfalz braucht ein leistungsfähiges, verlässliches und gut vernetztes  
2472 Schienennetz. Als Flächenland mit vielen ländlichen Räumen und gleichzeitig starken  
2473 wirtschaftlichen Zentren ist die Bahn ein zentraler Baustein für Mobilität und  
2474 wirtschaftliche Entwicklung. Unser Anspruch ist ein Schienennetz, das die Menschen  
2475 im Alltag zuverlässig unterstützt und die Regionen besser miteinander verbindet. Dazu  
2476 gehören ein attraktiver Takt, moderne und barrierefreie Bahnhöfe sowie schnelle und  
2477 direkte Verbindungen zwischen den Oberzentren und in die ländlichen Räume. Ziel ist  
2478 zudem eine stärkere Anbindung der rheinland-pfälzischen Oberzentren an den  
2479 Fernverkehr, einschließlich einer verbesserten direkten Fernverkehrsverbindung für  
2480 die Stadt und die Region Trier.

2481 Wir setzen im Schienenverkehr auch auf die Reaktivierung von Strecken und legen  
2482 dabei den Fokus auf wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen, die auf Grundlage der  
2483 Nutzen-Kosten-Untersuchung Vorrang haben, wobei ergänzend auch Aspekte im  
2484 Sinne der Funktionsfähigkeit kritischer Infrastruktur berücksichtigt werden können. Der  
2485 Bund ist hierbei in jedem Fall einzubinden.

2486 Die Elektrifizierung von Bahnstrecken wird dort vorangetrieben, wo sie wirtschaftlich  
2487 sinnvoll ist. Ergänzend prüfen wir den Einsatz alternativer Antriebstechnologien wie  
2488 batterieelektrische Lösungen.

2489 Bahnhöfe werden, wo geeignet, zu Mobilitätshubs weiterentwickelt, um den einfachen  
2490 Wechsel zwischen verschiedenen Verkehrsträgern zu ermöglichen. Im Bahnverkehr  
2491 hat die Sicherheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Reisenden oberste  
2492 Priorität. Dazu wird eine zentrale Sicherheitsdatenbank auf Landesebene eingerichtet,  
2493 in der alle Übergriffe auf Beschäftigte und sicherheitsrelevante Vorfälle verpflichtend  
2494 erfasst werden. So entsteht ein transparentes Lagebild, das es ermöglicht, Betroffene

2495 besser zu unterstützen. Soweit möglich, werden wir die durchgängige  
2496 Doppelbesetzung im SPNV ausweiten.

2497 Entlang der Schiene treiben wir den Aufbau digitaler Infrastrukturen voran, um vor  
2498 allem Leistungsfähigkeit und Steuerung des Bahnverkehrs zu verbessern. Wir  
2499 unterstützen die Bemühungen des Bundes, durch eine Verstärkung der digitalen  
2500 Steuerungsmöglichkeiten im Schienenverkehr die Kapazität, Pünktlichkeit und  
2501 Effizienz des Schienennetzes spürbar zu steigern. Die Lärmsanierung, insbesondere  
2502 im Mittelrheintal, wird in enger Abstimmung mit der Deutschen Bahn und dem Bund  
2503 fortgesetzt. Gleichzeitig setzen wir uns beim Bund für die Umsetzung einer  
2504 Alternativstrecke für den Güterverkehr ein, um das Mittelrheintal nachhaltig zu  
2505 entlasten.

2506 Das Nahverkehrsgesetz und der Landesnahverkehrsplan werden zeitnah evaluiert.  
2507 Dabei sollen auch die bestehenden Finanzierungsstrukturen, Tarifmodelle sowie  
2508 Marketingmaßnahmen überprüft und weiterentwickelt werden.

2509 Wir setzen uns beim Bund für eine verlässliche Finanzierung und den Ausbau der  
2510 Wasserstraßen sowie für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren ein. Wir  
2511 fordern den Bund auf, die Moselschleusen prioritär auszubauen und eine  
2512 Resilienzstrategie aufzusetzen, um den reibungslosen Betrieb unserer  
2513 Binnenschifffahrt zu gewährleisten. Zudem setzen wir uns beim Bund für eine zügige  
2514 Umsetzung der Abladeoptimierung im Mittelrheintal ein, um die Leistungsfähigkeit und  
2515 Zuverlässigkeit der Binnenschifffahrt weiter zu stärken.

2516 Unsere Häfen sind wichtige Knotenpunkte, die die Verkehre auf dem Wasser, der  
2517 Schiene und der Straße miteinander verbinden. Unsere rheinland-pfälzischen  
2518 Binnenhäfen ermöglichen einen effizienten Güterumschlag und spielen für die  
2519 Wirtschaft eine Schlüsselrolle in der Logistik. Wir werden ihre Anbindung an andere  
2520 Verkehrsträger weiter stärken und auch künftig in unsere Hafeninfrastuktur  
2521 investieren. Gemeinsam mit dem Bund fördern wir Kaimauern und Landstromanlagen.

2522 Wir bekennen uns ausdrücklich zum Radverkehr und seiner zentralen Rolle für eine  
2523 moderne, klimafreundliche und vernetzte Mobilität. Es ist ein besonders  
2524 kostengünstiges, umweltfreundliches und gesundheitsförderndes Verkehrsmittel und  
2525 vor allem auf kurzen und mittleren Strecken für viele Menschen in Rheinland-Pfalz von  
2526 zentraler Bedeutung für ihre Alltagsmobilität. Wir werden den Ausbau von  
2527 Radinfrastruktur (Fahrradwege, Fahrradschnellwege, Stellplätze etc.) weiter  
2528 entschlossen vorantreiben und bei Infrastrukturplanungen sicherstellen, dass auch die  
2529 Bedürfnisse von Radfahrenden konsequent Berücksichtigung finden. Mit einem  
2530 Radverkehrsgesetz schaffen wir dafür klare Zuständigkeiten und schnellere  
2531 Genehmigungsverfahren.

2532 Der Flughafen Hahn ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Rheinland-Pfalz. Wir werden  
2533 ihn beihilfekonform finanziell unterstützen, um seine langfristige Sicherung und  
2534 Weiterentwicklung, auch mit Blick auf seine Bedeutung für die Resilienz der  
2535 Infrastruktur sowie für Wirtschaft und Logistik, zu gewährleisten.

## 2536 **Kommunen**

2537 Unsere Kommunen sind das Fundament unseres Gemeinwesens und der Ort, an dem  
2538 staatliches Handeln für die Bürgerinnen und Bürger konkret und unmittelbar erfahrbar  
2539 wird. Deshalb setzen wir uns für starke, handlungsfähige Kommunen und eine  
2540 verlässliche Finanzausstattung ein.

2541 Die zwischen der Landesregierung und den Kommunalen Spitzenverbänden  
2542 vereinbarte Studie zur Analyse struktureller Defizite sowie zur Entwicklung der Jugend-  
2543 und Sozialhilfekosten werden wir fortführen.

2544 Zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger werden wir die Straßenausbaubeiträge  
2545 schrittweise abschaffen.

2546 Wir werden die kommunalen Förderprogramme deutlich reduzieren, konsequent  
2547 digitalisieren und vereinfachen. Damit verringern wir administrative Aufwände und  
2548 setzen verstärkt auf pauschale Ansätze, ohne dabei das Fördervolumen zu reduzieren.

2549 Zudem schaffen wir eine Experimentierklausel für Kommunen, um ihnen in Einzelfällen  
2550 Abweichungen von gesetzlichen Regelungen zu ermöglichen. Wir unterstützen die  
2551 Kommunen bei der Digitalisierung und Vereinfachung ihrer Verwaltungsprozesse und  
2552 treiben deren Umsetzung gezielt voran.

2553 Im Rahmen einer Kommission werden wir innerhalb eines Jahres konkrete Vorschläge  
2554 erarbeiten, wie eine moderne öffentliche Aufgabenwahrnehmung auf Landes- und  
2555 kommunaler Ebene gestaltet werden kann. Dabei werden wir die Aufgaben der  
2556 öffentlichen Verwaltung einer kritischen Überprüfung unterziehen, mit dem Ziel,  
2557 Doppelzuständigkeiten abzubauen, Aufgabenwahrnehmung qualitativ zu sichern und  
2558 Bürokratie spürbar zu reduzieren. Die Kommunalen Spitzenverbände laden wir ein,  
2559 aktiv an diesem Prozess mitzuwirken. Freiwillige Gebietsänderungswünsche und  
2560 kommunale Zusammenschlüsse werden wir unterstützen und konstruktiv begleiten.  
2561 Die interkommunale Zusammenarbeit werden wir weiter ausbauen, gezielt fördern und  
2562 dauerhaft verstetigen.

2563 Für Nachwuchskräfte in der öffentlichen Verwaltung sichern wir auch künftig eine  
2564 bestmögliche Aus- und Weiterbildung. Die Hochschule für öffentliche Verwaltung  
2565 werden wir zukunftsfähig weiterentwickeln.

2566 Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt im ländlichen Raum zu stärken und Orte der  
2567 Begegnung zu erhalten, werden wir ein Dorfkneipenprogramm auf den Weg bringen.

2568 Als Grundlage für eine vorausschauende, nachhaltige und an den Bedürfnissen der  
2569 Regionen ausgerichtete Planung bringen wir ein Landesentwicklungsprogramm V auf  
2570 den Weg. Zudem werden wir die Struktur der Planungsgemeinschaften zeitgemäß  
2571 gestalten. Mit Blick auf eine nachhaltige Flächennutzung gilt für uns der Grundsatz  
2572 „Innen- vor Außenentwicklung“ mit dem Ziel, Flächenverbrauch zu begrenzen.

2573 Bei der Städtebauförderung vollziehen wir den Ausbau der Bundesmittel von Seiten  
2574 des Landes nach. Auch das Stadtdörfer-Programm wollen wir fortsetzen.

2575 CDU und SPD sehen im Bezirksverband Pfalz, seinen Einrichtungen sowie im  
2576 Bezirkstag - dem Parlament der Pfalz - herausgehobene Institutionen der regionalen  
2577 Mitbestimmung und der interkommunalen Zusammenarbeit. Der Bezirksverband Pfalz  
2578 ist daher ein besonders wichtiger Partner für die Entwicklung der Pfalz, dessen  
2579 Unterstützung wir fortführen werden.

2580 Unsere Landeshauptstadt Mainz ist nicht zuletzt dank bedeutender Innovationen im  
2581 Bereich der Biotechnologie auch ein internationales Aushängeschild für unser  
2582 Bundesland. Wir werden die Landeshauptstadt deshalb auch weiterhin bei ihrer  
2583 Entwicklung besonders unterstützen.

2584

### 2585 ***Wiederaufbau im Ahrtal als Aufgabe von herausragender Bedeutung fortsetzen***

2586 Der Wiederaufbau nach der verheerenden Flutkatastrophe im Ahrtal und im Norden  
2587 des Landes im Jahr 2021 ist eine Aufgabe von herausragender Bedeutung und bleibt  
2588 Ausdruck unserer solidarischen Verantwortung. Die Ereignisse haben sich in unser  
2589 kollektives Gedächtnis eingebrannt und bewegen uns bis heute. Sie haben tiefe  
2590 Spuren hinterlassen – bei den Menschen, die Angehörige verloren haben, deren  
2591 Zuhause zerstört wurde oder deren Existenzgrundlage von einem Moment auf den  
2592 anderen wegbrach. Zugleich hat sich in diesen Tagen, Wochen und Monaten gezeigt,  
2593 wie stark der Zusammenhalt in unserem Land ist. Den vielen, oft ehrenamtlichen  
2594 Helferinnen und Helfern aus ganz Rheinland-Pfalz und dem Bundesgebiet sind wir zu  
2595 großem Dank verpflichtet.

2596 Gemeinsam mit den betroffenen Kommunen treiben wir den Wiederaufbau weiterhin  
2597 mit Nachdruck voran und unterstützen dabei, die Infrastruktur vor Ort zukunftsfest und  
2598 resilient neu zu gestalten. Dabei behalten wir stets die Bedürfnisse der Menschen im  
2599 Blick – von Hilfe bis hin zu langfristigen Perspektiven für Wohnen, Arbeiten und Leben  
2600 im Ahrtal. Unser Ziel ist es, den Menschen im Ahrtal eine verlässliche Perspektive zu  
2601 geben und die Region dauerhaft und nachhaltig zu stärken.

2602

### 2603 ***Beste Bedingungen für Ehrenamt und Sport sichern***

2604 Ehrenamtliches Engagement verdient verlässliche Unterstützung und praxistaugliche  
2605 Rahmenbedingungen. Deshalb werden wir den bürokratischen Aufwand für  
2606 Sportvereine und Ehrenamtliche konsequent und spürbar reduzieren und Verfahren  
2607 vereinfachen. Dazu gehören insbesondere vereinfachte und digitalisierte  
2608 Förderverfahren – von der Antragstellung bis zum Verwendungsnachweis. Zugleich  
2609 stärken wir die finanzielle Unterstützung für Trainerinnen und Trainer sowie  
2610 Übungsleitungen. Die Ehrenamtskarte werden wir erhalten, weiterentwickeln und das  
2611 Angebot attraktiver gestalten.

2612 Unsere Feste, Veranstaltungen und das vielfältige Vereinsleben sind Ausdruck von  
2613 Gemeinschaft und Lebensfreude in Rheinland-Pfalz. Deshalb werden wir die

2614 bestehenden Regelungen für Veranstaltungen im Polizei- und  
2615 Ordnungsbehördengesetz überprüfen und, soweit erforderlich, anpassen.

2616 Wir wollen für eine starke und zukunftsfeste Sportförderung in Rheinland-Pfalz sorgen.  
2617 Deshalb werden wir die gesetzlichen Grundlagen modernisieren und dabei Verfahren  
2618 beschleunigen und eine schnellere Umsetzung ermöglichen. Die bisherige  
2619 Unterscheidung zwischen allgemeiner Sport- und Schulsportförderung werden wir im  
2620 Interesse des Sports vereinheitlichen. Im Sinne eines Sport-Paktes werden wir zudem  
2621 mehr Mittel für die Sportförderung zur Verfügung stellen.

2622 Ein leistungsfähiger Spitzensport braucht eine starke Nachwuchsförderung und  
2623 verlässliche Strukturen. Wir stärken gezielt die Förderung von  
2624 Nachwuchssportlerinnen und -sportlern und bauen die frühzeitige Talentsuche weiter  
2625 aus. Den begonnenen Prozess zur Entwicklung einer Leistungssportstrategie setzen  
2626 wir mit Nachdruck fort. Talente unterstützen wir gezielt auf ihrem Weg zu Olympischen  
2627 und Paralympischen Spielen. Eine deutsche Bewerbung um Olympische und  
2628 Paralympische Spiele unterstützen wir ausdrücklich.

2629 Eine moderne Sportinfrastruktur ist Voraussetzung für erfolgreiche  
2630 Leistungsentwicklung und attraktive Trainingsbedingungen.

2631 Wir stärken den Spitzensport in Rheinland-Pfalz durch gezielte Investitionen in  
2632 leistungsfähige Strukturen und moderne Trainingsbedingungen. Dazu treiben wir die  
2633 Weiterentwicklung von Bundesstützpunkten und Landesleistungszentren voran und  
2634 verbessern die Rahmenbedingungen für Athletinnen und Athleten sowie Trainerinnen  
2635 und Trainer. Dabei wollen wir auch Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes  
2636 nutzen.

2637 Aus dem Rheinland-Pfalz-Plan ergeben sich darüber hinaus weitere Möglichkeiten für  
2638 die Kommunen zur Sanierung von Sportstätten. Bei anderen Bundesförderungen für  
2639 den Sport setzen wir uns dafür ein, dass eine Kombination von Landes- und  
2640 Bundesfördermitteln grundsätzlich ermöglicht wird.

2641 Die Landesinitiative „Land in Bewegung“ setzen wir in enger Zusammenarbeit mit den  
2642 Sportbünden fort und entwickeln sie weiter, um Sport und Bewegung im Alltag der  
2643 Menschen in Rheinland-Pfalz zu stärken.

2644 Wir unterstützen Prävention und Schutzkonzepte im Sport, insbesondere gegen  
2645 sexualisierte Gewalt, und setzen uns für deren verbindliche Umsetzung ein.

2646

#### 2647 ***Klare Regeln fürs Glücksspiel weiterentwickeln***

2648 Wir setzen auf ein zielgenaues Glücksspielrecht, das wirksamen Jugend- und  
2649 Verbraucherschutz sicherstellt. Dabei setzen wir auf ein kontrolliertes, legales  
2650 Spielangebot. Am Glücksspielstaatsvertrag halten wir fest und entwickeln das  
2651 Landesglücksspielgesetz auf Grundlage des bestehenden Regelungsrahmens in  
2652 Rheinland-Pfalz weiter.

2653 **Bauen und Wohnen**

2654 ***Zukunftsfähiges Bauen und bezahlbares Wohnen in Rheinland-Pfalz stärken***

2655 Bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen Herausforderungen dieser Zeit und für die  
2656 Lebensqualität sowie die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen von elementarer  
2657 Bedeutung. Wir wollen, dass bezahlbares Wohnen für alle Menschen in Rheinland-  
2658 Pfalz möglich ist – zur Miete oder im Eigentum, in städtischen Gebieten oder auf dem  
2659 Land. Wir wollen die Mittel für die Soziale Wohnraumförderung bedarfsgerecht  
2660 weiterentwickeln, Mieterinnen und Mieter schützen und setzen uns dafür ein, dass  
2661 innovativ, schneller und kostengünstiger gebaut werden kann. Im Landesbau streben  
2662 wir auch bei stark gestiegenen Anforderungen eine beschleunigte Umsetzung der  
2663 Projekte und weiter eine Orientierung an Klima- und Nachhaltigkeitszielen an.

2664

2665 ***Soziale Wohnraumförderung bedarfsgerecht weiterentwickeln***

2666 Die Soziale Wohnraumförderung ist das Kernstück unserer Wohnungspolitik. Mit ihr  
2667 sorgen wir dafür, dass mehr bezahlbarer Wohnraum in Rheinland-Pfalz geschaffen  
2668 wird. Der hohen Nachfrage nach den Förderprogrammen wollen wir durch eine  
2669 bedarfsgerechte Weiterentwicklung der sozialen Wohnraumförderung unter  
2670 Berücksichtigung der erhöhten Bundesmittel Rechnung tragen.

2671 Die Mietwohnungsförderung muss bedarfsgerechte Lösungen gerade für angespannte  
2672 städtische Wohnungsmärkte bieten und stellt im ländlichen Raum eine wichtige  
2673 Ergänzung des Wohnungsmarkts dar. Die Eigentumsförderung mit der zielgerichteten  
2674 Investitionsförderung für Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen ist ein  
2675 wichtiger Baustein der Wohnraumförderung.

2676 Das Programm Junges Wohnen wollen wir insbesondere in den stark nachgefragten  
2677 Hochschul- und Ausbildungsstandorten nutzen, um gezielt das Angebot an  
2678 bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende und Studierende zu erweitern.

2679 Durch die Förderung des Erwerbs von Belegungsrechten halten wir Wohnungen im  
2680 gebundenen und damit bezahlbaren Wohnungsbestand.

2681 Damit Wohnungsbaugesellschaften und private Investoren eine verlässlichere  
2682 Planungsgrundlage haben, ist eine Beschleunigung der Verfahren bei der Förderbank  
2683 durch Vereinfachung, verstärkte Digitalisierung der Prozesse und Abbau der  
2684 temporären Überhänge durch befristeten Einsatz von Drittkräften notwendig. In diesem  
2685 Zusammenhang werden wir auch die Bündelung von Fördermaßnahmen sowie die  
2686 Umstellung auf pauschale Förderbeiträge prüfen.

2687 Wir stärken den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau und fördern  
2688 den Erwerb von Genossenschaftsanteilen sowie den Bau alternativer  
2689 gemeinschaftlicher Wohnformen.

2690 Die Festlegung verbindlicher Sozialquoten durch die Kommunen unterstützt die  
2691 Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Haushalte mit geringen und mittleren  
2692 Einkommen und für lebendige Quartiere.

2693

2694 ***Soziales Mietrecht: Bezahlbares Wohnen weiter stärken***

2695 Gerade in den Ballungsräumen ist Wohnraum knapp, und die gestiegenen Mieten  
2696 stellen für viele Mieterinnen und Mieter eine schwer zu bewältigende Belastung dar.  
2697 Wir nutzen alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente zum Schutz und zur  
2698 Mobilisierung von Wohnraum. Die Mietpreisbegrenzungsverordnung und die  
2699 Kappungsgrenzen-Verordnung führen wir im jeweiligen bundesrechtlichen Rahmen in  
2700 den angespannten Wohnungsmärkten in unserem Land fort und stärken die  
2701 Wohnsicherheit in diesen Gebieten zusätzlich durch eine  
2702 Kündigungssperrfristverordnung (Verlängerung auf fünf Jahre).

2703

2704 ***Innovativ und kostengünstig bauen***

2705 Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen von Land, Kommunen, der  
2706 regionalen Bau- und Wohnungswirtschaft, von Architektinnen und Architekten,  
2707 Planerinnen und Planern, Sozial- und Mieterverbänden als gemeinschaftlich  
2708 getragene Aufgabe wollen wir weiterführen und gemeinsame wohnungsbaupolitische  
2709 Initiativen umsetzen.

2710 Wir wollen qualitativ hochwertiges Bauen und Planen auf dem Land und in der Stadt  
2711 weiter stärken. Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen, besonders mit Holz aus  
2712 unserem waldreichen Bundesland, wollen wir im privaten und im öffentlichen Bauen  
2713 stärken.

2714 Wohnraumförderung, Städtebauförderung, Dorferneuerung und  
2715 Sozialraumentwicklung müssen zusammengedacht werden, auch um die  
2716 Innenentwicklung zu befördern.

2717 Rheinland-Pfalz ist das Land des Eigenheims. Fast nirgendwo in Deutschland ist der  
2718 Anteil der Haushalte mit selbstgenutztem Wohneigentum größer als hier. Private  
2719 Vermieterinnen und Vermieter, insbesondere auch kleine Vermieter, spielen eine  
2720 zentrale Rolle für die Wohnraumversorgung in unserem Land. Sie tragen wesentlich  
2721 auch zur Vielfalt des Wohnungsangebots in unseren Kommunen bei.

2722 Mit dem Konzept „Aus Eins mach Zwei“ fördern wir gezielt die Beratung zur Aktivierung  
2723 bestehender Ein- und Zweifamilienhäuser. Durch Umbau, Aufstockung und Teilung  
2724 entstehen hier neue familiengerechte Wohneinheiten.

2725 Die Transformation des Wohnungsbestands ist aktiv voranzutreiben. Die Umnutzung  
2726 von leerstehendem Bestand, etwa von Gewerbeimmobilien und sonstigen Gebäuden,  
2727 bietet Potenzial für Wohnungen.

2728 Die Landesbauordnung wird im Zuge einer weiteren Anpassung an die  
2729 Musterbauordnung neu gefasst. Maßgeblich ist für uns, konzentriert einfaches und  
2730 innovatives Bauen zu ermöglichen.

2731 Mit dem Gebäudetyp E eröffnen wir im Bauordnungsrecht Möglichkeiten des kreativen  
2732 und kostengünstigen Bauens und machen uns dafür stark, dass die zivilrechtliche  
2733 Umsetzung auf Bundesebene diesem Konzept möglichst schnell zur breiteren  
2734 Umsetzung verhilft.

2735 Die weitere Digitalisierung bauaufsichtlicher Verfahren wird vorangetrieben. Der  
2736 digitale Bauantrag wird innerhalb eines Jahres flächendeckend eingeführt, der BIM-  
2737 Bauantrag wird ermöglicht und pilotiert.

2738 Wir unterstützen den neuen Bau-Turbo, der zur Baulandaktivierung und zu einem  
2739 schnelleren Baurecht beiträgt.

2740 Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des kommunalen Vorkaufsrechts auf  
2741 Bundesebene als wichtiges Instrument der Stadtentwicklung ein. Wir wollen hierdurch  
2742 die Kommunen bei der Sicherung der Bauleitplanung, Aktivierung von Flächen,  
2743 Erhaltung der Sozialstrukturen und der Behebung von städtebaulichen Missständen  
2744 unterstützen.

2745

#### 2746 ***Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung für die Zukunft aufstellen***

2747 Die Expertise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebs Liegenschafts-  
2748 und Baubetreuung und des Amts für Bundesbau ist durch die veränderte  
2749 sicherheitspolitische Lage und die anstehenden zusätzlichen Investitionsbedarfe bei  
2750 Bundes- und Landesliegenschaften in besonderem Maße gefordert.

2751 Zur Aufgabenbewältigung ist vor dem Hintergrund der gestiegenen Anforderungen  
2752 eine Optimierung der organisatorischen Strukturen und eine starke Straffung der  
2753 Verfahrensabläufe zur Beschleunigung der Verfahren und zur Entlastung der  
2754 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dringend notwendig.

2755 Wir führen den laufenden Reorganisationsprozess des Landesbetriebs Liegenschafts-  
2756 und Baubetreuung fort und stärken insbesondere durch die Integration des Amts für  
2757 Bundesbau in die Zentrale des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung die  
2758 Dienst- und Fachaufsichtsstrukturen der Bauverwaltung.

2759 Durch einen flexiblen Einsatz verschiedener Vertrags- und Vergabeformen, wie die  
2760 Generalunternehmer-Vergabe, möchten wir eine schnellere Umsetzung von  
2761 Bauvorhaben erreichen. Bei geeigneten Vorhaben prüfen wir zudem das Potenzial  
2762 einer Abwicklung als ÖPP-Projekt.

2763 Durch die sachgerechte Einschaltung von freiberuflichen Architektinnen und  
2764 Architektinnen, Ingenieurinnen und Ingenieuren möchten wir Kapazitäten sichern und  
2765 erweitern.

2766 Bauliche Beschleunigung streben wir bei geeigneten Vorhaben auch durch  
2767 Standardisierung der Bedarfsanmeldungen und der Verwendung serieller und  
2768 modularer Lösungen an.

2769 Im Bereich des Hochschulbaus stehen wir vor besonderen Herausforderungen. Wir  
2770 wollen vor allem die begonnenen Sanierungsmaßnahmenketten konsequent  
2771 umsetzen und auch durch Maßnahmen des Sondervermögens verstärken. Dort, wo  
2772 es sinnvoll und praktisch machbar ist, kann eine vorhabenbezogene Übertragung der  
2773 Bauherrenschaft an einzelnen Hochschulen erfolgen.

2774

2775 ***Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie im Landesbau fortsetzen***

2776 Die Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie wollen wir konsequent fortsetzen,  
2777 insbesondere durch Umsetzung von Suffizienzvorgaben bei Flächen- und  
2778 Raumbedarfen, Dekarbonisierung der Wärmeversorgung durch Umstellung der  
2779 Heizungen auf erneuerbare Energien, weiteren Zubau von Solarenergieanlagen,  
2780 verstärkt auch auf Fassaden und Freiflächen (mindestens 1 MWp pro Jahr), und  
2781 Erhöhung der Sanierungsrate einschließlich der Erneuerung der energetischen  
2782 Versorgungsstrukturen auf großen Liegenschaften.

2783 Unsere Energieversorgungsstrategie wollen wir weiterentwickeln und im Hinblick auf  
2784 Klimaneutralität, den Vorbildcharakter der öffentlichen Hand und die Resilienz unserer  
2785 Versorgungsstrukturen einen deutlich höheren Anteil an Eigenstromproduktion  
2786 erreichen.

2787 **6. Unsere Verantwortung für eine zukunftsfeste Finanz- und**  
2788 **Haushaltspolitik, entschlossene Staatsmodernisierung**  
2789 **und Bürokratieabbau**

2790 **Finanzen und Haushalt**

2791 Das Umfeld für die öffentlichen Finanzen ist derzeit anspruchsvoll. Die konjunkturelle  
2792 Erholung in Deutschland ist, auch wegen der Folgen des Kriegs in Nahost, Risiken  
2793 ausgesetzt. Frühere Zuwächse bei den Steuereinnahmen des Landes werden  
2794 absehbar nicht mehr zu erreichen sein. Wir stehen für eine verlässliche und  
2795 verantwortungsvolle Gestaltung des Landeshaushalts. Wir werden in den künftigen  
2796 Wohlstand des Landes investieren, den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und  
2797 die kommunale Finanzausstattung in Rheinland-Pfalz stärken.

2798

2799 ***Verlässliche und verantwortungsvolle Haushaltspolitik gestalten***

2800 Verlässliche Haushaltspolitik erfordert verantwortungsvolle Vorausschau und muss  
2801 Planbarkeit schaffen. Wir sehen in der Aufstellung von Doppelhaushalten dafür das  
2802 geeignete Instrument. Für den kommenden Haushalt verständigen sich die  
2803 Koalitionspartner auf das Verfahren des Doppelhaushalts 2027/2028 sowie einen  
2804 Zeitplan für Aufstellung und voraussichtliche Verabschiedung.

2805 Wir stehen für finanzpolitische Vernunft und verlässliche Haushaltspolitik, die die  
2806 gesamten Rahmenbedingungen im Blick hat. Die bundesrechtlich eingeräumten  
2807 Möglichkeiten der strukturellen Neuverschuldung werden bedarfsgerecht zur  
2808 Finanzierung des Landeshaushalts genutzt.

2809 Eine umfassende Aufgabenkritik und Verwaltungsmodernisierung und -reformen  
2810 können auch einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Wir werden  
2811 technische und organisatorische Innovationen nutzen, um die Qualität der Verwaltung  
2812 zu verbessern und den Personalbedarf zu begrenzen.

2813 Für eine solide Haushaltspolitik sind ausreichende Rücklagen notwendig, da sie der  
2814 Abfederung akuter Herausforderungen, der Absicherung von Risiken und der Reaktion  
2815 auf unerwartete Schocks dienen.

2816 Alle im Koalitionsvertrag vereinbarten Punkte stehen unter Finanzierungsvorbehalt.  
2817 Die einzelnen ausgabenwirksamen Festlegungen bedürfen einer Priorisierung. Die  
2818 Wahrung fiskalischer Nachhaltigkeit setzt die konsequente Realisierung von  
2819 Effizienzreserven und Einsparpotenzialen voraus.

2820 Wir werden die Investitionen des Landes steigern und in der Umsetzung  
2821 beschleunigen, wozu das Sondervermögen „Rheinland-Pfalz-Plan“ einen Beitrag  
2822 leistet. Die Investitionen im Landeshaushalt wollen wir zusätzlich zum  
2823 Sondervermögen „Rheinland-Pfalz-Plan“ spürbar über die Inflationsrate hinaus

2824 erhöhen, um die nachhaltige Modernisierung und Sanierung der Infrastruktur des  
2825 Landes voranzutreiben.

2826 Die im Sondervermögen vorgesehene Aufteilung für die Kommunen wird zur Stärkung  
2827 der Investitionskraft der Kommunen beibehalten. Die Kommunen erhalten im Rahmen  
2828 des „Rheinland-Pfalz-Plans“ verlässliche finanzielle Spielräume, um Investitionen  
2829 eigenverantwortlich vor Ort zu priorisieren und umzusetzen.

2830

### 2831 ***Kommunalfinanzen stärken***

2832 Aufgabenkritik und Steigerung der Effizienz stellen wichtige Aufgaben für alle  
2833 staatlichen Ebenen dar. Dies schließt den kommunalen Bereich ausdrücklich ein.

2834 Die aktuell durchgeführte Evaluation des Kommunalen Finanzausgleichs soll zügig zu  
2835 einem Ergebnis geführt werden. Die gesetzliche Neuregelung soll mit Wirkung zum  
2836 1. Januar 2028 umgesetzt werden. Im Rahmen der Evaluation nehmen wir auch die  
2837 Kosten der Sozial- und Jugendhilfe in den Blick.

2838 Wir geben den Kommunen Planungssicherheit, mehr Spielräume und schaffen  
2839 verlässliche Finanzen. Unser gemeinsames Ziel ist eine substanzielle Verbesserung  
2840 der kommunalen Finanzen. Wir sehen bereits für das Haushaltsjahr 2027 eine  
2841 deutliche Verbesserung vor.

2842 Wir setzen uns dafür ein, dass auch der Bund einen substanziellen Beitrag zur  
2843 dauerhaften Konsolidierung der kommunalen Finanzen leistet, ebenso wie bei der  
2844 Lösung des Problems der kommunalen Liquiditätskredite.

2845 Das Land hat im Rahmen der „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in  
2846 Rheinland-Pfalz“ bereits die Hälfte der kommunalen Liquiditätskredite übernommen.  
2847 Die vom Bund derzeit geplante Unterstützung ist unzureichend. Rheinland-Pfalz wird  
2848 den Bundesbeitrag vollständig an die Kommunen weitergeben und sich weiter für eine  
2849 angemessene Beteiligung des Bundes an den kommunalen Altschulden einsetzen.

2850 Wir halten uns an das Konnexitätsprinzip und erwarten dies auch vom Bund.

2851

### 2852 ***Förderwesen modernisieren***

2853 Wir werden das Förderwesen des Landes grundlegend modernisieren, vereinfachen  
2854 und beschleunigen. Ziel ist es, Förderverfahren effizienter zu gestalten, Bürokratie  
2855 abzubauen und den Zugang zu Fördermitteln für Kommunen, Unternehmen und  
2856 Einrichtungen deutlich zu erleichtern.

2857 Wir werden die Digitalisierung der Förderverfahren konsequent vorantreiben und  
2858 schrittweise auf vollständig digitale Antrags- und Abwicklungsprozesse mit  
2859 einheitlichen Standards umstellen.

2860 Wir wollen die bestehenden Förderprogramme des Landes überprüfen und, wo  
2861 möglich, gebündelt zusammenführen.

2862 Die Umsetzung des Sondervermögens Infrastruktur werden wir möglichst einfach und  
2863 unbürokratisch gestalten und dafür sorgen, dass die Mittel zügig und spürbar vor Ort  
2864 ankommen. Die im Sondervermögen vereinbarten vereinfachten und digitalen  
2865 Verfahren werden ausgewertet und – wo sinnvoll – auf weitere Förderprogramme  
2866 übertragen, etwa bei der fachlichen Prüfung. Darüber hinaus prüfen wir eine  
2867 Erhöhung der Vergabegrenzen im Unterschwellenbereich.

2868

### 2869 ***Gerechte Steuerpolitik gestalten***

2870 Die arbeitende Mitte der Gesellschaft soll steuerlich entlastet werden. Wir sprechen  
2871 uns deshalb für eine Senkung der Steuerbelastung für geringe und mittlere  
2872 Einkommen aus. Länder und Kommunen sind für die entstehenden Ausfälle vollständig  
2873 zu kompensieren.

2874 Die konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und aggressiver  
2875 Steuergestaltung ist Voraussetzung für Steuergerechtigkeit. Wir werden  
2876 entsprechende Initiativen auf Bundesebene unterstützen.

2877 Wir streben an, den Datenaustausch und die Zusammenarbeit der Finanzverwaltung  
2878 mit anderen Behörden zu verbessern, digitale Analyse- und Prüfmöglichkeiten  
2879 auszubauen sowie die risikoorientierte Fallauswahl und Prüfungstätigkeit weiter zu  
2880 entwickeln.

2881 Eine verlässliche Einnahmehasis ist unverzichtbare Grundlage für nachhaltige  
2882 Finanzen und einen handlungsfähigen Staat. Im Falle steuerlicher Entlastungen durch  
2883 Bundesgesetze stellt die vollständige Gegenfinanzierung von Steuerausfällen des  
2884 Landes und seiner Kommunen für uns ein wesentliches Kriterium für eine  
2885 verantwortungsvolle Steuerpolitik dar.

2886 Wir lehnen eine weitere Regionalisierung von Steuern ab.

2887 Wir bekennen uns zu den geltenden Regelungen des bundesstaatlichen  
2888 Finanzausgleichs.

2889 Die Grundsteuerreform wird auf Bundesebene evaluiert. Das Land wird sich aktiv an  
2890 dem Evaluierungsprozess beteiligen, insbesondere im Hinblick auf mögliche  
2891 Belastungsverschiebungen. Wir werden im Lichte der Ergebnisse der Evaluierung  
2892 rechtzeitig vor dem nächsten Hauptfeststellungszeitpunkt entscheiden, ob  
2893 Handlungsbedarf für eine gesetzgeberische Initiative auf Landesebene besteht.

2894

### 2895 ***Steuerverwaltung zeitgemäß weiterentwickeln***

2896 Die Erfüllung staatlicher Aufgaben erfordert eine verlässliche und leistungsfähige  
2897 Einnahmeverwaltung. Die Steuerverwaltung gewährleistet stabile Einnahmen, sorgt

2898 für Steuergerechtigkeit und die Akzeptanz des Steuersystems und bietet Bürgerinnen,  
2899 Bürgern sowie Unternehmen einen verlässlichen Service. Sie trägt damit gleichzeitig  
2900 zur Qualität von Rheinland-Pfalz als Wohn- und Wirtschaftsstandort bei.

2901 Die Digitalisierung der Steuerverwaltung und der Einsatz moderner Technologien  
2902 werden konsequent ausgebaut. Die Landesregierung unterstützt das  
2903 länderübergreifende Automationsprojekt KONSENS. Dazu gehören die  
2904 Weiterentwicklung von ELSTER und die Einführung der MeinELSTER+-App. Auf  
2905 Bundesebene setzen wir uns für weitere Schritte hin zur Einführung einer  
2906 Amtsveranlagung ein, die Bürgerinnen und Bürger von der Pflicht zur Abgabe einer  
2907 Steuererklärung entlastet.

2908 Durch die Stärkung von Ansprechpartnern für Vereine und Ehrenamtliche unterstützen  
2909 wir das Ehrenamt.

2910 Frühzeitige Rechtssicherheit und zeitnahe Betriebsprüfungen sind für die  
2911 Steuerpflichtigen wichtig und führen zu planbaren Steuereinnahmen. Unser Ziel ist die  
2912 weitere Stärkung der zeitnahen Betriebsprüfung, insbesondere durch risikoorientierte  
2913 Fallauswahl und Digitalisierung.

2914 Die Ausbildungszahlen an der Hochschule für Finanzen und Landesfinanzschule  
2915 Rheinland-Pfalz in Edenkoben werden am anhaltend hohen Nachwuchs- und  
2916 Fachkräftebedarf ausgerichtet und die Ausbildungskapazitäten bedarfsgerecht  
2917 ausgebaut. Gleichzeitig steigern wir die Attraktivität der Ausbildung durch bessere  
2918 Rahmenbedingungen, insbesondere durch eine moderne Lernumgebung, eine  
2919 verlässliche Ausbildungsorganisation und eine enge Verzahnung zwischen Theorie  
2920 und Praxis.

2921

## 2922 ***Attraktiven Öffentlichen Dienst gewährleisten***

2923 Das Land Rheinland-Pfalz versteht sich als moderner und attraktiver Arbeitgeber. Die  
2924 Beamtinnen und Beamten und die Beschäftigten sind Garanten für einen  
2925 handlungsfähigen und leistungsstarken Staat. Gute Arbeit bedeutet für uns  
2926 angemessene Bezahlung, stabile Arbeitsbedingungen sowie planbare und flexible  
2927 Arbeitszeiten, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nachhaltig gewährleisten.

2928 Wir stärken die Bediensteten der Landesverwaltung durch gezielte Fort- und  
2929 Weiterbildung, verlässliche berufliche Entwicklungsperspektiven und transparente  
2930 Aufstiegsmöglichkeiten. Weitere Bestandteile eines modernen Arbeitsumfelds sind für  
2931 uns die Förderung von Gleichstellung und Vielfalt sowie ein umfassendes betriebliches  
2932 Gesundheitsmanagement.

2933 Wir unterstützen die Interessenvertretungen der Landesmitarbeiterinnen und -  
2934 mitarbeiter auch weiterhin bei ihrer wertvollen Arbeit.

2935 Die digitale Transformation treiben wir entschlossen voran und gestalten sie praxisnah  
2936 im Sinne unserer Bediensteten und der Bürgerinnen und Bürger.

2937 Die Bediensteten des Landes sollen an der Entwicklung der allgemeinen  
2938 wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse teilhaben. Wir streben die zeitgleiche und  
2939 systemgerechte Übertragung der Tarifabschlüsse der Tarifgemeinschaft der Länder  
2940 auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und  
2941 Versorgungsempfänger an, ebenso wie insgesamt konkurrenzfähige und faire  
2942 Rahmenbedingungen für alle Bereiche des öffentlichen Diensts.

2943

2944 Wir wollen das bestehende Beihilfesystem schrittweise um eine pauschale  
2945 Beihilfelösung, das heißt eine anteilige Erstattungsmöglichkeit der  
2946 Krankenversicherungsbeiträge, ergänzen. Wir wollen mit denen beginnen, für die  
2947 aufgrund ihres individuellen Gesundheitsrisikos die private Krankenversicherung eine  
2948 besondere finanzielle Belastung darstellt.

2949 Es gibt auch im öffentlichen Dienst einen großen Bedarf an Fachkräften insbesondere  
2950 in technischen und IT-Bereichen. Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um qualifizierte  
2951 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und an uns zu binden. Zur Stärkung der  
2952 Personalgewinnung und -bindung gerade in besonders nachgefragten Bereichen  
2953 wollen wir die bestehenden tariflichen Möglichkeiten noch stärker nutzen und innerhalb  
2954 der Tarifgemeinschaft der Länder aktiv darauf hinwirken, dass Bereiche mit  
2955 besonderen Bedarfen gezielt in den Blick genommen werden.

2956

### 2957 ***Beteiligungspolitik des Landes als wichtiges Instrument weiterentwickeln***

2958 Wir steuern unsere Beteiligungspolitik aktiv und setzen mit diesem Instrument wichtige  
2959 landespolitische Interessen um.

2960 Wir wollen die Rolle der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz als zentrales  
2961 Förderinstitut weiter stärken und ausbauen, um die rheinland-pfälzische Wirtschaft  
2962 optimal zu unterstützen und unsere Wirtschafts-, Struktur- und Wohnungsbaupolitik im  
2963 Lande erfolgreich voranbringen zu können. Mit einer Kombination von Zuschüssen,  
2964 Darlehen, Bürgschaften, auch zur Begleitung der Transformation, und Beteiligungen  
2965 wollen wir die rheinland-pfälzische Wirtschaft, den Wohnungsbau und die Kommunen  
2966 gezielt unterstützen.

## 2967 **Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau**

2968 Wir wollen eine öffentliche Verwaltung, die gestaltet, ermöglicht und unterstützt und  
2969 dabei Bürokratie abbaut. Dafür wollen wir nach einer umfassenden Aufgabenkritik  
2970 Abläufe und Prozesse straffen und bündeln. Wir schaffen auch mit  
2971 Verwaltungsmodernisierung und -reformen eine Verwaltungskultur des Vertrauens, der  
2972 Effizienz und der Eigenverantwortung.

2973 CDU und SPD stehen für eine Modernisierung des Staates auf allen Ebenen und dafür,  
2974 die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben zeitgemäß und im Interesse der Menschen zu  
2975 organisieren. Ein leistungsfähiger Staat, der seine Aufgaben effizient, verlässlich und  
2976 ohne überflüssige Bürokratie erfüllt, ist nicht nur eine grundlegende Voraussetzung für  
2977 zukünftigen Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dauerhaftes Vertrauen  
2978 der Bürgerinnen und Bürger in staatliches Handeln wird es gleichzeitig auch nur geben  
2979 können, wenn sich der Staat gerade in herausfordernden Zeiten selbst als  
2980 veränderungsfähig erweist. Staatliche Strukturen müssen aufgrund aktueller  
2981 Herausforderungen immer wieder modernisiert werden. Dies macht kontinuierlich  
2982 Anpassungen bei der Organisation staatlicher Verwaltung und bei der Erbringung  
2983 staatlicher Leistungen erforderlich, die stets an einem Ziel auszurichten sind:  
2984 Verwaltungsaufwand zu verringern und die Nachvollziehbarkeit und Effizienz im  
2985 staatlichen Handeln sicherzustellen. CDU und SPD bekennen sich zu dieser Aufgabe  
2986 und haben sich gemeinsam zu der dafür notwendigen Reformbereitschaft verpflichtet.

2987

## 2988 ***Umsetzung der Föderalen Modernisierungsagenda vorantreiben***

2989 Wir bekennen uns zu der von Bund und Ländern vereinbarten Föderalen  
2990 Modernisierungsagenda. Mit der Föderalen Modernisierungsagenda haben sich Bund  
2991 und Länder auf eine große Zahl an Maßnahmen verständigt, mit denen die staatliche  
2992 Verwaltung und öffentliche Organisation in Deutschland grundlegend und übergreifend  
2993 erneuert und verschlankt werden soll. Dadurch wird insbesondere für eine  
2994 Reduzierung von Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten, eine  
2995 Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, eine  
2996 umfassende Digitalisierung von Verwaltungsleistungen sowie eine wirkungsorientierte,  
2997 verständliche und praxistaugliche Rechtsetzung gesorgt. Wir werden uns im  
2998 Verantwortungsbereich des Landes für die konsequente und zügige Umsetzung der  
2999 Maßnahmen auf der Föderalen Modernisierungsagenda einsetzen.

3000

## 3001 ***Strukturen kritisch überprüfen***

3002 Die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen in Rheinland-Pfalz muss  
3003 leistungsfähig und effizient sein, damit beide Ebenen ihre Stärken jeweils für sich und  
3004 im Zusammenwirken bestmöglich zur Entfaltung bringen können. Wir werden in  
3005 Rheinland-Pfalz zusammen mit den Kommunen eine Aufgabenkritik vornehmen,  
3006 aufgrund der wir Verfahren, Standards und Zuständigkeiten überprüfen, vereinfachen

3007 und effizienter gestalten. Wir werden innerhalb eines Jahres konkrete Vorschläge  
3008 erarbeiten, wie eine moderne öffentliche Aufgabenwahrnehmung auf Landes- und  
3009 kommunaler Ebene gestaltet werden kann. Dabei werden wir die Aufgaben der  
3010 öffentlichen Verwaltung einer kritischen Überprüfung unterziehen mit dem Ziel,  
3011 Verwaltungsverfahren zu straffen, Doppelzuständigkeiten abzubauen und den  
3012 Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

3013

#### 3014 ***Bürokratieabbau***

3015 Wir setzen uns dafür ein, dass Berichtspflichten, Dokumentationsanforderungen und  
3016 Verfahren gebündelt und verringert werden. Fachkompetenz, Vollzug, Digitalisierung  
3017 und Steuerungsfähigkeit werden enger verzahnt. Durch die Bündelung von Aufgaben  
3018 entstehen mehr Geschwindigkeit, Klarheit und Verlässlichkeit in der staatlichen  
3019 Verwaltung. Zuständigkeiten werden klar geordnet.

3020 Wir werden systematisch prüfen und festlegen, in welchen Bereichen wir in den  
3021 kommenden Jahren Genehmigungsfiktionen auf kommunaler und auf Landesebene  
3022 ausweiten können, um – bei Wahrung hoher Standards – Verfahren zu beschleunigen  
3023 und Verwaltungsaufwand deutlich zu reduzieren. Darüber hinaus schaffen wir eine  
3024 Experimentierklausel für Kommunen, um ihnen Abweichungen von gesetzlichen  
3025 Regelungen zu ermöglichen.

3026 Mit Blick auf staatliche Leistungen sollen Doppelstrukturen von Beratungen  
3027 systematisch evaluiert und der Zugang für Bürgerinnen und Bürger vereinfacht  
3028 werden. Parallelstrukturen in der Beratung und bei den Angeboten werden überprüft  
3029 und zusammengeführt, um den Zugang niedrigschwellig zu gestalten.

3030 Unser Ziel ist eine spürbare Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und  
3031 Verwaltung selbst von bürokratischen Lasten sowie eine bessere Organisation  
3032 staatlicher Leistungen.

3033

#### 3034 ***Verwaltung vollständig digitalisieren***

3035 Digitale Verfahren sind der Schlüssel zu einer effizienten und serviceorientierten  
3036 staatlichen Verwaltung. Als Grundlage für beschleunigte Planungs- und  
3037 Genehmigungsverfahren sowie mit Blick auf verlässliche Entscheidungsgrundlagen  
3038 setzen wir stärker auf ein konsequent datenbasiertes Handeln. Vorhandene  
3039 wissenschaftlich basierte Datenbestände werden systematisch genutzt und  
3040 zusammengeführt. Auf diese Weise werden Verfahren vereinfacht, Planungen  
3041 beschleunigt und mehr Transparenz und Verlässlichkeit geschaffen. Digitale Verfahren  
3042 sollen überall zum Standard werden. Auch verwaltungsinterne Prozesse werden  
3043 durchgehend digitalisiert.

3044 Unser Ziel ist eine spürbare Vereinfachung und Beschleunigung administrativer  
3045 Prozesse.

3046 ***Förderwesen effizient gestalten***

3047 Das Förderwesen des Landes werden wir grundlegend modernisieren, vereinfachen  
3048 und beschleunigen. Wir wollen schlanke, bürokratiearme und weitgehend  
3049 standardisierte Förderverfahren umsetzen, die leicht zu digitalisieren sind. Wir werden  
3050 bis zu einer festzulegenden Wertgrenze ein vereinfachtes  
3051 Verwendungsnachweisverfahren einführen und damit Förderfälle mit einem niedrigen  
3052 Finanzvolumen von bürokratischem Aufwand entlasten.

3053 Unser Ziel ist es, Förderverfahren effizienter zu gestalten, Bürokratie abzubauen und  
3054 den Zugang zu Fördermitteln für Kommunen, Unternehmen und Einrichtungen damit  
3055 spürbar zu erleichtern.

3056

3057 ***Rheinland-Pfalz-Plan zügig umsetzen***

3058 Um unsere Infrastruktur zügig zu modernisieren, braucht es eine erhebliche  
3059 Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren auf allen Ebenen. Das  
3060 Land Rheinland-Pfalz erhält aus dem Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes in  
3061 den kommenden Jahren insgesamt rund 4,8 Milliarden Euro, von denen ein Anteil von  
3062 60 Prozent den rheinland-pfälzischen Kommunen vom Land zur Verfügung gestellt  
3063 wird. Das Land hat den Kommunen zusätzlich weitere 600 Millionen Euro über die  
3064 Laufzeit von 12 Jahren aus Landesmitteln zugesagt. Insgesamt umfasst der  
3065 Rheinland-Pfalz-Plan damit ein Investitionsvolumen von 5,4 Milliarden Euro. Die Mittel  
3066 des Rheinland-Pfalz-Plans stehen für die Modernisierung und Sanierung der  
3067 Infrastruktur von Land und Kommunen zur Verfügung. Die Investitionen sollen schnell  
3068 realisiert werden und so konkrete Verbesserungen im Alltag der Bürgerinnen und  
3069 Bürger bewirken. Wir wollen dafür sorgen, dass die Mittel zügig und spürbar vor Ort  
3070 ankommen. Die Umsetzung des Rheinland-Pfalz-Plans werden wir deshalb möglichst  
3071 einfach und unbürokratisch gestalten. Die im Sondervermögen vereinbarten  
3072 vereinfachten und digitalen Verfahren werden ausgewertet und – wo sinnvoll – auf  
3073 weitere Förderprogramme übertragen.

3074 **7. Unsere Verantwortung für Migration und Integration, für**  
3075 **starke Familien, Frauen und Kinder**

3076 **Migration, Integration und Fachkräfteeinwanderung**

3077 Unser Land ist geprägt von Offenheit, Zusammenhalt und einem respektvollen  
3078 Miteinander. Die Geschichte und der Wohlstand unseres Landes sind ohne die  
3079 Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern nicht denkbar. Sie haben hier ihr  
3080 Zuhause aufgebaut, sind Freunde und Arbeitskollegen und leben mit ihren Familien  
3081 über Generationen hinweg in Rheinland-Pfalz. Diese Geschichte ist unsere Stärke, auf  
3082 der wir weiter aufbauen.

3083 Auch heute entscheiden gelingende Integration und Willkommenskultur über unsere  
3084 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Wir wollen ein  
3085 einwanderungsfreundliches Land bleiben und Integration ermöglichen. Zugleich  
3086 stehen wir mit der Aufnahme und Integration einer großen Zahl von Geflüchteten seit  
3087 mehr als einem Jahrzehnt vor grundlegenden Herausforderungen.

3088 Wir stehen für eine Politik der Humanität und Ordnung. Migration und Integration  
3089 gestalten wir in Rheinland-Pfalz verantwortungsvoll und mit klarem Kompass. Dazu  
3090 gehört der Schutz für Verfolgte, dazu gehören aber auch klare Regeln für  
3091 Asylverfahren und die konsequente Rückführung derjenigen, die kein Bleiberecht  
3092 haben und zurückgeführt werden können oder die wegen schwerer Straftaten verurteilt  
3093 worden sind. Diejenigen, die dauerhaft bleiben, unterstützen wir durch gezielte  
3094 Integrationsmaßnahmen.

3095 Integration gelingt, wenn alle Seiten dazu beitragen. Die deutsche Sprache, ein  
3096 sicherer Arbeitsplatz und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe auf der Basis der  
3097 Werteordnung unseres Grundgesetzes sind der Schlüssel für ein gutes  
3098 Zusammenleben in unseren Städten und Gemeinden.

3099

3100 ***Migration steuern***

3101 Die Strukturen des Landes für die Aufnahme von Geflüchteten stehen weiterhin vor  
3102 vielfältigen Aufgaben. Die bislang in der ADD verankerten Strukturen zur  
3103 Fluchtaufnahme bedürfen einer finanziellen, personellen und organisatorischen  
3104 Neuausrichtung. Dazu prüfen wir die Einrichtung einer „Task Force Fluchtaufnahme“,  
3105 unter anderem zur Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems  
3106 (GEAS).

3107 Die Kommunen tragen einen Großteil der Verantwortung bei der Aufnahme von  
3108 Asylsuchenden. Das Land steht ihnen dabei als verlässlicher Partner zur Seite.  
3109 Deshalb reformieren wir das Landesaufnahmegesetz, um die Unterstützung für die  
3110 Kommunen neu zu regeln und so Planungssicherheit zu schaffen. Am Prinzip der  
3111 fairen und dezentralen Verteilung auf die Kommunen halten wir grundsätzlich fest. Das

3112 Verteilverfahren von Geflüchteten auf die Kommunen wollen wir weiterentwickeln.  
3113 Dazu sollen erprobte Potenziale einer digitalisierten Verteilung systematisch  
3114 ausgeschöpft werden. Unser Ziel ist, dass zukünftig die Verteilung auf die Kommunen  
3115 nur bei Vorliegen einer realistischen Bleibeperspektive erfolgt.

3116 Wir werden irreguläre Migration wirksam zurückdrängen und bestehende  
3117 Vollzugsdefizite konsequent beseitigen. Bei Menschen ohne Bleibeperspektive und bei  
3118 Ablehnung des Asylantrags setzen wir zunächst auf die freiwillige Ausreise und bieten  
3119 dafür frühzeitig Beratung an. Wenn die Ausreise nicht freiwillig geschieht, muss die  
3120 Ausreisepflicht staatlich durchgesetzt werden. Das gilt vor allem für rechtskräftig  
3121 verurteilte Straftäter. Auch ausländische Gefährder werden wir konsequent  
3122 überwachen und abschieben. Zum Schutz vor schwerstkriminellen können in  
3123 bestimmten Einzelfällen auch Abschiebe- und Verwaltungshaft notwendig sein. Dafür  
3124 müssen die bundesrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

3125 Für eine signifikante Steigerung erfolgreicher Rückführungen unter Vermeidung  
3126 unnötiger Belastungen für die Betroffenen und zur Entlastung der Verwaltung wollen  
3127 wir Rückführungen in einer zentralen Ausländerbehörde zusammenführen. Bei der  
3128 Zentralisierung soll die staatliche Beratung zur freiwilligen Rückkehr einbezogen  
3129 werden. Damit entlasten wir die Kommunen und machen die Verfahren rechtssicherer,  
3130 effizienter und schneller. Unser Ziel ist es, auch in Zukunft die Dauer bis zur  
3131 Entscheidung der Asylanträge und der Klärung des Aufenthaltsstatus so weit wie  
3132 möglich zu verkürzen. Die Digitalisierung der Ausländerbehörden ist hierfür ein  
3133 Schlüsselfaktor.

3134

### 3135 ***Integration fördern***

3136 Rheinland-Pfalz lebt auch von Einwanderung und ist geprägt von Menschen  
3137 unterschiedlicher Herkunft. Viele Bürgerinnen und Bürger, die familiäre Wurzeln im  
3138 Ausland haben, leben und arbeiten hier mit ihren Familien, und für sie ist Rheinland-  
3139 Pfalz ihre Heimat. Eine große Zahl ehrenamtlicher Organisationen und Initiativen von  
3140 Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärken mit ihrem Engagement den  
3141 gesellschaftlichen Zusammenhalt.

3142 Integration darf und wird für uns keine Einbahnstraße sein: wir fördern Integration, aber  
3143 wir fordern auch von den Migrantinnen und Migranten eigene  
3144 Integrationsanstrengungen. Daher wollen wir im Rahmen von  
3145 Integrationsvereinbarungen sowohl den Anspruch auf soziale und kulturelle Teilhabe  
3146 sowie auf individuelle Selbstverwirklichung als auch die berechtigten  
3147 Integrationserwartungen der Bevölkerung definieren. Alle geflüchteten Menschen mit  
3148 Bleibeperspektive – dazu gehören für uns immer auch Menschen mit subsidiärem  
3149 Schutz, die absehbar länger bei uns bleiben – bekommen ein Angebot für einen  
3150 Integrationskurs. Integrations- und Orientierungskurse sollten vom ersten Tag an zum  
3151 selbstverständlichen Pflichtenkatalog von Menschen zählen, die aus dem Ausland zu  
3152 uns kommen.

3153 Von zentraler Bedeutung für das Gelingen von Integration ist die deutsche Sprache.  
3154 Es muss daher für jede und jeden mit Bleibeperspektive möglichst ab dem ersten Tag  
3155 ein Angebot zum Spracherwerb entlang der Bildungskette geben, welches den  
3156 Erfordernissen der sozialen wie der beruflichen Integration gerecht wird. Wir  
3157 unterstützen den Spracherwerb durch Orientierungshilfen und digitale Tools und  
3158 wollen den Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Landesliegenschaften für  
3159 Ehrenamtliche erleichtern, die den Spracherwerb bei Geflüchteten fördern wollen.

3160 Zu den tragenden Säulen der Integrationsarbeit gehören die landesgeförderte  
3161 Migrationsfachberatung in Ergänzung zur bundesgeförderten Migrationsberatung für  
3162 erwachsene Zugewanderte und die landeseigene Sprachförderung für Erwachsene.  
3163 Wir verstärken unser Angebot an Sprachkursen mit Kinderbetreuung insbesondere für  
3164 Frauen und weitere Zielgruppen, die bisher nicht ausreichend erreicht werden konnten.  
3165 Sprachmittlung ist für uns ebenfalls ein wichtiges Instrument der Integration. Wir wollen  
3166 die vom Land aufgebauten Strukturen sichern und weiterentwickeln. Für Flüchtlinge,  
3167 die dauerhaft hierbleiben, die erste wesentliche berufsbezogene Schritte gemacht  
3168 haben und sozial integriert sind, wollen wir die Zugänge beziehungsweise die  
3169 Möglichkeiten zur Arbeitsintegration verbessern. Für uns ist die Wahrnehmung  
3170 beruflicher Aufgaben ein wirksamer Beitrag zur gesellschaftlichen Integration in  
3171 unserem Land. Wir bieten auch Informations- und Unterstützungsangebote zum  
3172 Erwerb von Schulabschlüssen, Berufsabschlüssen und bei der Nachqualifizierung.  
3173 Zudem setzen wir uns für den Erhalt und Ausbau der psychosozialen Zentren ein. Die  
3174 ehrenamtliche Integrationsarbeit der Zivilgesellschaft, der Flüchtlingsinitiativen, der  
3175 Kirchen, der Vereine, des Sports und der Kultur unterstützen wir nachhaltig.  
3176 Integrationsbeiräte gehören für uns als etablierte Bestandteile zur Integration.

3177 Mit der Kooperationsstrategie zwischen Land und Kommunen unterstützen wir unsere  
3178 Städte und Gemeinden gezielt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Bereich der  
3179 Integration. Wir wollen sie fortführen.

3180

### 3181 ***Fachkräfte gezielt ansprechen***

3182 Rheinland-Pfalz ist ein Land, das Zuwanderung braucht. Sie ist ein wichtiger  
3183 Bestandteil seiner Entwicklung. Viele zentrale Bereiche unseres gesellschaftlichen und  
3184 wirtschaftlichen Lebens profitieren schon seit Generationen von und sind angewiesen  
3185 auf Menschen, die aus anderen Ländern gerne hierherkommen. Sie leisten einen  
3186 wichtigen Beitrag in Unternehmen, im Handwerk, in Wissenschaft und Forschung, in  
3187 sozialen Berufen und in vielen weiteren Bereichen. Offenheit und gegenseitiger  
3188 Respekt tragen dazu bei, dass Rheinland-Pfalz ein attraktiver Ort zum Leben und  
3189 Arbeiten für alle bleibt. Menschen, die mit hoher Motivation und einer Qualifikation zu  
3190 uns kommen, die wir hier dringend brauchen, stärken die Wettbewerbsfähigkeit  
3191 unserer Wirtschaft. Wir wollen ihnen mit einer rheinland-pfälzischen  
3192 Willkommenskultur begegnen.

3193 Um die Attraktivität unseres Landes für internationale Fachkräfte weiter zu erhöhen,  
3194 muss die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte fortentwickelt werden. Im Bereich der

3195 Fachkräfteeinwanderung insbesondere aus Drittstaaten spielt die Anerkennung von im  
3196 Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen eine wichtige, systemische  
3197 Rolle. Wir werden hier die Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung konsequent  
3198 verstärken und die Anerkennungs- und Berufszulassungsverfahren deutlich  
3199 beschleunigen. Wir prüfen außerdem die Schaffung von Verwaltungskapazitäten im  
3200 Bereich der internationalen Fachkräfteeinwanderung, um so unser Land zu einer auch  
3201 international geschätzten und gefragten Zuwanderungsregion von Fachkräften zu  
3202 machen. Diese Aufgabe ist eine Querschnittsaufgabe innerhalb der Regierung und  
3203 bedarf einer zentralen Koordinierungsstelle.

3204 Die Integrationsangebote des Landes müssen stärker auf die Bedürfnisse  
3205 angeworbener internationaler Fach- und Arbeitskräfte sowie ihrer Familien  
3206 ausgerichtet werden, da entsprechende Angebote nachweislich entscheidend sind für  
3207 eine langfristige Bindung an den Standort und damit an Rheinland-Pfalz.

3208

## 3209 **Frauen**

### 3210 ***Gleichberechtigte Teilhabe verwirklichen***

3211 CDU und SPD stehen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen. Ziel ist eine  
3212 Gesellschaft, in der Frauen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt sind und  
3213 Mädchen sowie Frauen in Rheinland-Pfalz selbstbestimmt, frei und sicher leben sowie  
3214 gleichberechtigt teilhaben und mitbestimmen können. Trotz erzielter Fortschritte  
3215 besteht weiterhin Handlungsbedarf. Bestrebungen, erreichte Gleichstellung  
3216 zurückzunehmen, werden wir entschieden entgegentreten. Gleichstellung ist ein  
3217 unverzichtbarer Bestandteil guter Politik, moderner Verwaltung und einer lebendigen  
3218 Demokratie. Vor diesem Hintergrund bildet die Verbesserung der Lebens- und  
3219 Arbeitsverhältnisse von Frauen einen Schwerpunkt der Regierung.

3220 Wir setzen uns als CDU und SPD für eine aktive Gleichstellungspolitik ein, im Sinne  
3221 von Equal-Pay und gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Es ist unser Ziel, den Anteil von  
3222 Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Frauen sind darüber hinaus auch in  
3223 Parlamenten unterrepräsentiert. Wir unterstützen das politische Ehrenamt, um dies zu  
3224 ändern. Wir verstetigen die Programme (wie zum Beispiel Ada Lovelace), die Frauen  
3225 in der Wissenschaft und Wirtschaft fördern, um auch hier den Anteil von Frauen zu  
3226 erhöhen.

3227

### 3228 ***Frauen gezielt stärken***

3229 Frauenprojekte leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Förderung von  
3230 Chancengleichheit, gesellschaftlicher Teilhabe und zum Schutz vor Diskriminierung  
3231 sowie geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie bieten ein breites Spektrum an Beratungs-  
3232 Bildungs- und Unterstützungsangeboten für Frauen. Auf diese Weise fördern sie nicht  
3233 nur die individuelle Handlungsfähigkeit von Frauen, sondern leisten auch einen

3234 wichtigen Beitrag zu einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft. CDU und SPD  
3235 wollen diese Arbeit weiter unterstützen.

3236

### 3237 ***Gewalt gegen Frauen und Mädchen konsequent bekämpfen***

3238 Frauen sind in unserer Gesellschaft in spezifischer Weise von Gewalt betroffen.  
3239 Gewaltprävention ist eine Querschnittsaufgabe. Der Landesaktionsplan zur Istanbul-  
3240 Konvention wird fortgeführt. Wir bekennen uns zu Gewaltschutz, rheinland-pfälzischen  
3241 Interventionsstellen und Frauennotrufen sowie dem Netzwerk RIGG – das Rheinland-  
3242 Pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen.

3243 Ein starker Rechtsstaat zeigt sich auch und besonders im Opferschutz. Deshalb  
3244 werden wir die Opferhilfe weiter stärken. Dabei wollen wir insbesondere Betroffene von  
3245 sexueller und häuslicher Gewalt besser schützen, Hilfsangebote stärken und die  
3246 Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen weiter verbessern.

3247 Die Frauenhäuser bieten gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern Schutz,  
3248 Beratung und eine sichere Unterkunft. Unseren Weg des kontinuierlichen Ausbaus  
3249 dieser Struktur setzen wir im Sinne des im Gewalthilfegesetzes ab 2032 normierten  
3250 Rechtsanspruches fort. Der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für Frauen soll  
3251 erleichtert und Second-Stage-Projekte sollen gestärkt werden.

3252 CDU und SPD führen den Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen konsequent  
3253 fort. Betroffene sollen in ganz Rheinland-Pfalz schnell Schutz, Beratung und  
3254 Unterstützung erhalten. Um Femizide wirksam zu verhindern, stärken wir das  
3255 Hochrisikomanagement zur frühzeitigen Erkennung und Verringerung von Gefahren.  
3256 In besonders schweren Fällen setzen wir auch elektronische Fußfesseln für Täter ein.  
3257 Zudem verbessern wir die Datengrundlage und sorgen für eine einheitliche Definition  
3258 geschlechtsspezifischer Tötungen, um gezielter handeln zu können.

3259 Digitale und häusliche Gewalt gegen Frauen verurteilen wir und wenden uns  
3260 entschieden gegen Menschenhandel sowie Zwangsprostitution und gewährleisten  
3261 weiter die wichtige Beratungsarbeit, die hier geleistet wird. Insbesondere Digitale  
3262 Gewalt gegen Frauen ist ein gesellschaftliches Problem, das entsprechende  
3263 Gegenmaßnahmen erfordert. Dabei unterstützen wir die Bundesregierung unter  
3264 anderem bei ihrer Arbeit, die Erstellung und Verbreitung missbräuchlicher Deepfakes,  
3265 insbesondere im Bereich sexualisierter Gewalt, wirksam zu bekämpfen und  
3266 strafrechtlich zu erfassen.

3267

### 3268 ***Verbraucher wirksam schützen***

3269 Der Verbraucherschutz nimmt für uns eine wichtige Rolle ein. Verbraucherinnen und  
3270 Verbraucher haben ein Recht auf kostenlose, verlässliche, glaubwürdige und  
3271 verständliche Informationen, die ihnen im alltäglichen Konsumverhalten die  
3272 notwendige Orientierung geben. Die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale

3273 Rheinland-Pfalz bleibt erhalten. Die Förderschwerpunkte der Verbraucherzentrale  
3274 werden auf Aktualität und Doppelstrukturen mit anderen Beratungsangeboten  
3275 überprüft. Dabei wollen wir, dass die flächendeckende und niedrigschwellige  
3276 Erreichbarkeit weiter gewährleistet bleibt.

3277

## 3278 **Kinder und Familien**

### 3279 ***Kinder und Familie unterstützen***

3280 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Sie ist das  
3281 Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und prägt unsere Werte über  
3282 Generationen hinweg. Kinder sind unsere größten Schätze. Sie verdienen beste  
3283 Chancen und eine verlässliche Perspektive. Es ist CDU und SPD ein besonderes  
3284 Anliegen, Familien in all ihren Formen zu stärken und Rheinland-Pfalz zum  
3285 kinderfreundlichsten Bundesland zu machen. Dazu gehören hochwertige Bildung von  
3286 Anfang an, verlässliche und bedarfsgerechte Betreuungsangebote, die die  
3287 Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicherstellen, und funktionierende Strukturen, die  
3288 Unterstützung in allen Lebenslagen bieten. Im Zuge der Umsetzung des  
3289 Ganztagsförderungsgesetzes werden auch Angebote der Ferienbetreuung landesweit  
3290 weiter ausgebaut.

3291 Wir unterstützen die Vorhaben des Bundes für ein modernes Adoptions- und  
3292 Abstammungsrecht und erkennen die speziellen Bedarfe von alleinerziehenden  
3293 Müttern und Vätern an.

3294 Vorhandene Unterstützungsstrukturen werden in einem „Aktionsplan Familie“  
3295 dokumentiert, evaluiert und weiterentwickelt. Best-practice Beispiele von gebündelten  
3296 Angeboten werden auf Passgenauigkeit, effiziente Verwendung der Mittel und unter  
3297 dem Gedanken der Prävention geprüft. Die Netzwerke zur Unterstützung von Kindern  
3298 und Familien sollen von der Schwangerschaft an gestärkt werden. Dazu wollen wir die  
3299 Zusammenarbeit aller Einrichtungen und Akteure der Kinder- und Jugendhilfe  
3300 intensivieren.

3301

### 3302 ***Kinder wirksam schützen***

3303 Das Kindeswohl ist von zentraler Bedeutung. Wir werden eine Kinderschutzstrategie  
3304 erarbeiten, unter der die bestehenden Maßnahmen, wie beispielsweise der Pakt gegen  
3305 sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen, erfasst, gemeinsam ausgewertet  
3306 und noch besser miteinander verknüpft werden. Ziel ist, abgestimmte neue Impulse für  
3307 die Entwicklung des Kinderschutzes in Rheinland-Pfalz zu geben.

3308 Teil der Kinderschutzstrategie ist die Einrichtung eines Kinderschutz-  
3309 Kompetenzzentrums als Anlaufstelle für die Belange des Kinderschutzes und zur  
3310 Beratung der unterschiedlichsten Akteure in diesem Bereich. Gleichzeitig sollen die

3311 Forschung zum Kinderschutz weiter intensiviert und die gewonnenen Erkenntnisse  
3312 umgesetzt werden.

3313 Das Netz der Kinder-Interventionsstellen bauen wir daher zu einem flächendeckenden  
3314 Versorgungsnetz aus und schließen insbesondere Lücken, die noch bestehen. Wir  
3315 vernetzen Kinderärzte, Pädiatrische Abteilungen an Krankenhäusern,  
3316 Kinderschutzdienste und Sozialpädiatrische Zentren (SPZ).

3317 Kinder verdienen unseren besonderen Schutz. Um von körperlicher oder sexualisierter  
3318 Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche besser zu schützen, stärken wir Childhood-  
3319 Häuser und Kinderschutzdienste.

3320 Bereits eingeführte und verpflichtende Kinderschutzkonzepte werden konsequent  
3321 weitergeführt. Alle Einrichtungen, die mit Kindern arbeiten und Angebote vorhalten,  
3322 müssen über solche Konzepte verfügen. Das Land stellt hierfür ergänzend Beratung  
3323 und Unterstützung bei Fragen zur Umsetzung bereit. Wir prüfen die Bereiche, in denen  
3324 Regelungen noch fehlen. Der Pakt gegen sexualisierte Gewalt muss weiter einem  
3325 Monitoring unterzogen und umgesetzt werden. Das Landeskinderschutzgesetz  
3326 werden wir novellieren.

3327

### 3328 ***Jugend fördern und begleiten***

3329 Junge Menschen in Rheinland-Pfalz bilden eine selbstbewusste, vielfältige und  
3330 engagierte Generation, die mit eigenen Ideen, Mut und Tatkraft unsere Gesellschaft  
3331 aktiv gestaltet und die ihre Zukunft eigenverantwortlich in die Hand nimmt.

3332 Ziel von CDU und SPD ist es, jungen Menschen in Rheinland-Pfalz gute  
3333 Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Sie bringen Ideen und Sichtweisen ein, treiben  
3334 gesellschaftlichen Wandel voran und leisten einen wichtigen Beitrag für den  
3335 Zusammenhalt und die Bewältigung künftiger Herausforderungen. Deshalb sollen sich  
3336 Kinder und Jugendliche mit ihren Interessen und Perspektiven in Politik und  
3337 Gesellschaft wiederfinden, gehört werden und an Entscheidungen beteiligt sein.

3338 Junge Menschen haben das Recht, ihre Zukunft mitzugestalten. Rheinland-Pfalz soll  
3339 ein Land bleiben, in dem junge Menschen Verantwortung übernehmen können, ihre  
3340 Anliegen ernst genommen werden und sie aktiv an der Gestaltung unseres  
3341 Zusammenlebens mitwirken.

3342

### 3343 ***Junge Menschen beteiligen***

3344 Beteiligungsformen von Kindern- und Jugendlichen wollen wir weiter unterstützen,  
3345 damit demokratische Entscheidungswege kennengelernt werden. Mit dem  
3346 Landesjugendbeirat, dem ersten seiner Art bundesweit, erhalten junge Menschen  
3347 auch auf Landesebene eine starke und hörbare Stimme. Für die Teilhabe und die  
3348 Übernahme von Verantwortung mit Blick auf das gesellschaftliche Zusammenleben  
3349 bildet das Vereinsleben eine wichtige Grundlage. Die Jugendverbände sollen ebenso

3350 gestärkt werden. Jugend- und Auszubildendenvertretungen geben jungen  
3351 Beschäftigten eine wichtige Stimme bei der aktiven Mitgestaltung an der Arbeitswelt  
3352 von morgen.

3353 CDU und SPD halten fest, dass sie bei der Frage einer Absenkung des Wahlalters auf  
3354 16 Jahre bei Kommunal- und Landtagswahlen unterschiedlicher Auffassung sind.

3355

3356 ***Rheinland-Pfalz als vielfältiges Land erhalten***

3357 Rheinland-Pfalz lebt von seiner Vielfalt in einer Kultur des Miteinander, die alle  
3358 anspricht und einschließt. Für uns hat gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in  
3359 Rheinland-Pfalz keinen Platz. Wir wenden uns gegen Extremismus,  
3360 Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus.

3361 Wir wollen die Grundlage dafür schaffen, dass Menschen ungeachtet ihrer religiösen,  
3362 kulturellen, sexuellen oder geschlechtlichen Identität überall frei und sicher leben  
3363 können.

3364 Wir werden den Aktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ weiterführen und  
3365 die Arbeit des Landesbeauftragten für queere Lebensweisen unterstützen. Wir wollen  
3366 die zivilgesellschaftliche Arbeit beim Engagement für die Lebensrealitäten im Kontext  
3367 der sexuellen Vielfalt weiter unterstützen. Die vielen Initiativen im Land und das  
3368 landesweite Netzwerk QueerNet RLP leisten eine wichtige Arbeit und sind Partner der  
3369 Landesregierung sowie von Bildungseinrichtungen. Dafür ist das Siegel „Schule der  
3370 Vielfalt“ ein gutes Beispiel.

3371 Wir unterstützen Aus- und Fortbildungsangebote für Bildungseinrichtungen,  
3372 kommunale und Landesbehörden.

3373 Die Erforschung der Geschichte queerer Menschen, die auch nach 1945 lange  
3374 strafrechtliche Verfolgung, rechtliche Benachteiligung und gesellschaftliche  
3375 Ausgrenzung erfahren haben, erachten CDU und SPD als wichtig an.

3376 Wir unterstützen im Bundesrat die Reform des Abstammungsrechts zur Gleichstellung  
3377 von Regenbogenfamilien sowie die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des  
3378 Grundgesetzes um die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität.

3379 **8. Unsere Verantwortung für Europa, internationale**  
3380 **Zusammenarbeit und eine kraftvolle Demokratie**

3381 **Europa**

3382 Die Europäische Einigung ist das größte Friedensprojekt der Weltgeschichte und in  
3383 Rheinland-Pfalz Alltag. CDU und SPD sind stolz auf ihre europäischen Traditionen und  
3384 auf die gelebte Wirklichkeit der Menschen im Land. Viele Familien erleben in den  
3385 Grenzregionen jeden Tag die europäische Freundschaft, unsere Unternehmen sind  
3386 selbstverständlich auf den europäischen Märkten unterwegs und erfolgreich,  
3387 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Schülerinnen und Schüler erleben die  
3388 Freiheiten, die ein friedliches, solidarisches, offenes Europa ermöglichen.

3389 Wir gestalten Rheinland-Pfalz als europäisches Land, das innerhalb der EU mit starker  
3390 Stimme auftritt, das die eigenen Interessen klar vertritt und dabei die enge  
3391 Freundschaft und Zusammenarbeit immer im Blick behält. Wir begleiten sehr eng die  
3392 relevante europäische Gesetzgebung – besonders in den Bereichen Forschung und  
3393 Technologie, Landwirtschaft und Weinbau, Chemie, Biotechnologie und im Bereich  
3394 Medien – und setzen hierbei auch auf den engen Dialog mit den Akteuren in Rheinland-  
3395 Pfalz.

3396 Das Land ist in Brüssel, Straßburg in der Großregion und am Oberrhein ein  
3397 verlässlicher Partner. CDU und SPD bekennen sich klar zur grenzüberschreitenden  
3398 Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Rahmen der Großregion, innerhalb der  
3399 Oberrheinregion sowie im deutsch-französischen Ausschuss für  
3400 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ). Die Arbeit im Ausschuss der Regionen  
3401 (AdR) werden wir engagiert fortsetzen. Durch unsere Landesvertretung in Brüssel  
3402 werden wir weiterhin über die Beteiligung an EU-Konsultationen sowie über die  
3403 Bundsratsarbeit in Berlin aktiv Einfluss auf die Europapolitik nehmen. Die  
3404 europapolitischen Positionen des Landes werden von der Landesvertretung in Brüssel  
3405 während des gesamten EU-Gesetzgebungsprozesses aktiv begleitet.

3406 Die vielfältigen Partnerschaften des Landes, stark auch durch das 4er Netzwerk der  
3407 Regionalpartner, mit der französischen Region Burgund-Franche-Comté, mit der  
3408 Woiwodschaft Oppeln sowie der Region Mittelböhmen werden wir mit konkreten  
3409 Initiativen in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Digitalisierung und Klimaschutz weiter  
3410 ausbauen. Auch die enge Zusammenarbeit mit Ostbelgien und die neugewonnene  
3411 Partnerschaft mit der ukrainischen Oblast Winnyzja sind Ausdruck unserer  
3412 europapolitischen Verantwortung und Freundschaft, die wir auch in Zukunft pflegen  
3413 und ausbauen werden.

3414 CDU und SPD betonen die Bedeutung des Schengen-Raums und der Freizügigkeit  
3415 als zentrale Errungenschaften Europas. Wir wollen, dass für Rheinland-Pfalz ein  
3416 grenzenloses Europa gelebte Realität bleibt: Umgeben von europäischen Nachbarn  
3417 und Freunden profitieren wir im Alltag und im Arbeitsleben. Der gemeinsame  
3418 Lebensraum stärkt unsere Wirtschaft und ist eine wichtige Errungenschaft.

3419 Uns ist die Mobilität junger Menschen innerhalb Europas ein großes Anliegen. Wir  
3420 werden den Austausch von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und  
3421 Studentinnen und Studenten weiter ausbauen und Austauschprogramme wie  
3422 Erasmus+ insbesondere für berufliche Schulen und Auszubildende vorantreiben und  
3423 zugänglicher machen. Die digitale Anerkennung von beruflichen Bildungsabschlüssen  
3424 in der EU werden wir vereinfachen. Das Netzwerk der Europaschulen werden wir  
3425 stärken und über die bisher 100 Schulen hinaus zusätzliche Schulen fördern, um den  
3426 europäischen Gedanken in allen Schularten weiter zu verankern. Auch in unserer  
3427 Hochschulpolitik ist die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit ein zentrales Ziel.

3428 Europa steht vor großen Herausforderungen. Es geht um die europäische  
3429 Souveränität in der Welt und wirtschaftliche Stärke. Wir begrüßen ausdrücklich die  
3430 europäische Strukturpolitik. Der Mehrjährige Finanzrahmen 2028-2034 muss  
3431 unzweifelhaft Sicherheit und Verteidigung sowie die Wettbewerbsfähigkeit stärken,  
3432 ohne die Regionen Europas, die europäische Strukturpolitik und die Gemeinsame  
3433 Agrarpolitik zu vernachlässigen. Gleichwertige Lebensverhältnisse, regionale  
3434 Entwicklung, Wertschöpfung und Innovation gedeihen nur mit einer klar regional  
3435 verantworteten Kohäsionspolitik. Die ESF+Mittel stehen dabei für Beschäftigung,  
3436 soziale Inklusion und Bildung und sind ein wichtiger Aspekt der europäischen  
3437 Zusammenarbeit. Sie tragen dazu bei, Arbeitsplätze zu sichern und den sozialen  
3438 Zusammenhalt zu stärken, und das unterstützen wir ausdrücklich. Den Regionen muss  
3439 bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Programme sowie der Auswahl der Projekte  
3440 weiterhin eine zentrale Rolle zukommen. Eine zentralisierte Kohäsionspolitik ist damit  
3441 nicht vereinbar. Die Strukturfonds und die Nationalen und Regionalen  
3442 Partnerschaftspläne (NRPP) müssen unbürokratischer und regional zielgerichteter  
3443 ausgerichtet werden, damit Europa mehr Wohlstand und Chancen ermöglicht werden.  
3444 Im Hinblick auf die gemeinsamen Herausforderungen im Natur-, Klima- und  
3445 Ressourcenschutz stärkt Rheinland-Pfalz gezielt Partnerschaften und Austausch auf  
3446 EU-Ebene.

3447 Rheinland-Pfalz ist auch künftig auf europäische Strukturfördermittel angewiesen, um  
3448 sich an neue Herausforderungen anzupassen. Wir werden auf Landesebene eine  
3449 digitale Europaschnittstelle einrichten, die Kommunen, Bildungs- und  
3450 Forschungseinrichtungen und Betrieben einen einfachen, schnellen und vollständig  
3451 digitalen Zugang zu europäischen Förder- und Innovationsprogrammen bietet. Wir  
3452 setzen uns für mehr Bürokratieabbau sowie für schnellere und einfachere Planungs-  
3453 und Vergabeverfahren ein. Wir sprechen uns für eine konsequente Anwendung des  
3454 Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips im europäischen  
3455 Gesetzgebungsverfahren aus.

3456 Die bestehenden Beratungsangebote des Landes bündeln wir und machen sie  
3457 effizienter und wirkungsvoller. Wir nehmen die vorhandenen Beratungs- und  
3458 Unterstützungsstrukturen systematisch in den Blick, prüfen Zuständigkeiten, Abläufe  
3459 und Erreichbarkeit und entwickeln sie zielgerichtet weiter. Wir machen uns politisch  
3460 dafür stark, dass der Zugang zu europäischen Mitteln deutlich erleichtert wird.

3461 **Internationales**

3462 Rheinland-Pfalz ist ein Land mit vielen Freunden in der ganzen Welt. Internationale  
3463 Partnerschaften sind uns ein zentrales Anliegen, erweitern sie doch den Blick und  
3464 lassen uns Verantwortung und Zusammenarbeit in krisenhaften Zeiten spüren.

3465

3466 ***Transatlantische Partnerschaft stärken***

3467 Wir stehen zur transatlantischen Partnerschaft und zu der Freundschaft mit dem US-  
3468 amerikanischen Volk. Wir unterhalten enge wirtschaftliche und kulturelle  
3469 Verbindungen. Die US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz sind ein wichtiger Bestandteil der  
3470 globalen Sicherheitsarchitektur. Die rund 50.000 US-Bürgerinnen und Bürger, die  
3471 „home away from home“ bei uns leben, und die Partnerschaft mit dem Bundesstaat  
3472 South Carolina sind Ausdruck der engen Verbundenheit. Wir werden die Atlantische  
3473 Akademie und kommunale Partnerschaften weiter stärken.

3474

3475 ***Aktive Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda leben***

3476 Wir werden die aktive Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda, auch getragen vom  
3477 Partnerschaftsverein und der Zivilgesellschaft, fortführen und trotz lokaler  
3478 Herausforderungen durch den Ostkongo-Konflikt Projekte weiterentwickeln.

3479

3480 ***Landesnetzwerk und Partnerschaften fördern***

3481 Die Zusammenarbeit mit dem Entwicklungspolitischen Landesnetzwerk (ELAN-RLP)  
3482 wollen wir stärken. Unsere engen Beziehungen zur japanischen Präfektur Iwate und  
3483 die freundschaftliche Zusammenarbeit mit der chinesischen Provinz Fujian werden wir  
3484 weiter vertiefen. Dabei spielt für uns auch die Weiterentwicklung der rheinland-  
3485 pfälzischen Fujian Gesellschaft e.V. sowie der rheinland-pfälzischen China-Strategie  
3486 eine wichtige Rolle.

3487

3488 **Demokratie**

3489 Rheinland-Pfalz ist ein vielfältiges und demokratisches Land. Unsere Demokratie ist  
3490 nicht selbstverständlich – sie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und  
3491 von ihrem Engagement für ein gutes Miteinander.

3492 Demokratie wird nicht nur in Parlamenten gelebt, sondern überall dort, wo Menschen  
3493 sich begegnen: am Gartenzaun, in der Kneipe, in Kommunen, Vereinen, Initiativen,  
3494 Kirchen, Gewerkschaften und im Ehrenamt. Wir wollen die Voraussetzungen dafür  
3495 stärken, dass Menschen sich vernetzen, austauschen und gemeinsam gute Ideen für  
3496 ihr Umfeld entwickeln können. Damit wirken wir gesellschaftlicher Vereinsamung aktiv

3497 entgegen, denn soziale Isolation gefährdet den Zusammenhalt und schwächt das  
3498 Vertrauen in unsere Demokratie.

3499 Zudem werden wir die Förderung des Ehrenamts weiter ausbauen, Bürokratie  
3500 abbauen und die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements spürbar erhöhen.  
3501 Räume wie Sport- und Gaststätten, in denen Menschen verschiedener Generationen,  
3502 Kulturen und Lebensentwürfe miteinander ins Gespräch kommen, sind unverzichtbar  
3503 für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir werden diese Orte stärken und neue  
3504 Impulse für das bürgerschaftliche Engagement setzen.

3505 Die Landesleitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung arbeitet als zentrale  
3506 Koordinierungs- und Servicestelle. Alle Formen des Ehrenamts – analog wie digital –  
3507 sind wertvoll und unterstützenswert. Den Demokratie-Tag und den Ehrenamtstag,  
3508 lokale Strukturen, Freiwilligenagenturen, Ehrenamtsbörsen sowie die landesweite  
3509 Ehrenamtskarte werden wir gemeinsam fortführen und ausbauen.

3510 Wir wollen junge Erwachsene, die aufgrund ihres Studiums oder einer Ausbildung  
3511 zeitlich ihren Erstwohnsitz verlagern müssen, die Möglichkeit geben, sich auch weiter  
3512 aktiv politisch an der Gestaltung ihrer Heimat zu beteiligen. Dazu prüfen wir im  
3513 Rahmen der Novellierung des Kommunalwahlgesetzes zur Kommunalwahl 2029, das  
3514 passive Wahlrecht für diese Gruppe am Zweitwohnsitz einzuführen.

3515 Politische Bildung ist das Fundament einer wehrhaften Demokratie und ein  
3516 notwendiger Bestandteil für die freie und offene Gesellschaft. Gerade in Zeiten, in  
3517 denen Verschwörungsmythen und Desinformation zu handlungsleitenden Momenten  
3518 politischer Mobilisierung werden, ist politische Bildung wichtiger denn je.

3519 Den Landtag werden wir als zentralen Lernort der Demokratie weiterentwickeln – mit  
3520 Planspielen, Jugendformaten und digitalen Angeboten. Politische Bildung werden wir  
3521 nicht nur in Schulen verstetigen, sondern auch in Betrieben, Verwaltungen, im  
3522 Ehrenamt und in Vereinen. Die Förderung von Demokratiebildungsprojekten und das  
3523 Netzwerk „Demokratie gewinnt!“ führen wir fort. Wir entwickeln einen digitalen  
3524 Demokratie-Atlas, der die vielfältigen Orte der Demokratieggeschichte mit den  
3525 vielfältigen Akteuren der Demokratie vernetzt.

3526 Medienkompetenz fördern wir als zentrale Demokratiekompetenz. Gegen die  
3527 Ausbreitung von Verschwörungstheorien und Wissenschaftsfeindlichkeit setzen wir  
3528 auch auf medienpädagogische politische Bildung.

3529 CDU und SPD stellen sich entschieden allen Versuchen entgegen, den Rechtsstaat  
3530 und unsere Bürgerrechte zu untergraben, öffentliche Meinung durch Desinformation  
3531 zu manipulieren und menschenfeindliche Gedanken sowie Hass zu verbreiten.

3532 Wir werden den Kampf gegen Extremismus entschieden fortführen.  
3533 Präventionsprojekte gegen Extremismus und die Unterstützung engagierter Initiativen  
3534 werden wir gezielt ausbauen. Eine wehrhafte Demokratie schützt ihre Werte  
3535 entschlossen – mit der Härte des Rechtsstaats und der Stärke einer engagierten  
3536 Zivilgesellschaft. Extremistische, demokratiefeindliche Aktivitäten werden wir

3537 unabhängig vom Phänomenbereich bekämpfen. Denn Demokratie muss sich gegen  
3538 ihre Feinde behaupten können.

3539 Jüdisches Leben muss in Rheinland-Pfalz jederzeit sicher und frei möglich sein. Wir  
3540 bekennen uns zu einer klaren Haltung gegen Antisemitismus, Rassismus und jede  
3541 andere Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dies werden wir mit aller  
3542 Konsequenz des Rechtsstaats bekämpfen. Den weiteren Ausbau des jüdischen  
3543 Weltkulturerbes in Rheinland-Pfalz werden wir vorantreiben und die Arbeit der oder  
3544 des Beauftragten für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen weiter stärken.  
3545 Unsere Partnerschaft mit der israelischen jüdisch-arabischen Begegnungsstätte Givat  
3546 Haviva als Vorbild für Frieden und Verständigung wollen wir weiter stärken.

3547 Wir werden mit Entschlossenheit gegen Antiziganismus vorgehen. Den Vertrag  
3548 zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Verband Deutscher Sinti und Roma  
3549 werden wir in der Umsetzung weiter mit Leben erfüllen.

3550 Auch das Schicksal der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten  
3551 Weltkrieg ist Teil unserer gemeinsamen Erinnerungskultur. Ihr Leid, aber auch ihre  
3552 enorme Leistung beim Aufbau unseres Landes, wollen wir stärker sichtbar machen.  
3553 Deshalb werden wir die Arbeit der entsprechenden Verbände weiter unterstützen. Wir  
3554 werden einen Landesbeauftragten für Aussiedler und Vertriebene einführen.

3555 Zum Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus gehört eine starke Gedenkarbeit  
3556 und Erinnerungskultur. Bestehende Programme sowie die zahlreichen Projekte an  
3557 Schulen, Hochschulen und in Vereinen, die das Erinnern und Gedenken lebendig  
3558 halten, werden wir unterstützen und ausbauen.

3559 Wir werden systematisch verankerte Schulbesuche von Gedenkstätten und Orten der  
3560 Demokratie gemeinsam mit den Partnern vor Ort ausbauen. Unser Ziel ist es, dass  
3561 alle Schülerinnen und Schüler mindestens einmal während ihrer Schullaufbahn eine  
3562 Gedenkstätte und einen Ort der Demokratie besucht haben.

3563 Die regionale Gedenkarbeit werden wir nach dem Grundsatz „Grabe, wo du stehst“  
3564 stärken. Lokale NS-Geschichte wird erforscht und sichtbar gemacht. Dabei soll  
3565 bewusst auch die Nachkriegszeit bis zur Gegenwart in den Blick genommen werden.  
3566 Zeitzeugenprojekte und digitale Erinnerungsformate werden wir fördern.

3567 Rheinland-Pfalz ist Demokratieland und kann auf eine lange und reiche Geschichte  
3568 der Demokratie zurückblicken. Die Jubiläumsfeierlichkeiten „Hambach 2032“ zum 200.  
3569 Jahrestag des Hambacher Festes werden wir als lebendiges Zeichen für die  
3570 demokratische Kraft der Vielen gestalten und damit die Bedeutung des Hambacher  
3571 Festes als „Wiege der deutschen Demokratie“ stärken. Die Dauerausstellung werden  
3572 wir aus diesem Anlass neu konzipieren und die Demokratiebildung am Hambacher  
3573 Schloss konsequent ausbauen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund neben  
3574 den erheblichen Beiträgen von Land und Kommunen seiner Verantwortung stärker  
3575 nachkommt und sein finanzielles Engagement deutlich ausweitet.

3576 Auch die Bergzaberner Republik und die Mainzer Republik stehen für frühe und mutige  
3577 Aufbrüche hin zu Freiheit, Bürgerrechten und demokratischer Teilhabe. Wir wollen

3578 diese historischen Erfahrungen weiterhin ins öffentliche Bewusstsein rücken, ihre  
3579 Bedeutung für die Entwicklung demokratischer Traditionen würdigen und für die  
3580 politische Bildung nutzbar machen.

3581 Die Politik auf kommunaler Ebene ist der Ort, an dem Bürgerinnen und Bürger die  
3582 Auswirkungen politischer Entscheidungen am unmittelbarsten erleben. Wir werden die  
3583 kommunale Demokratie stärken und die Rahmenbedingungen für das kommunale  
3584 Ehrenamt verbessern. Den Anfeindungen und gewalttätigen Übergriffen gegenüber  
3585 politisch aktiven Menschen und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern treten wir  
3586 entschieden entgegen. Wirksame Schutzmaßnahmen werden wir verbessern. Unsere  
3587 Demokratie lebt vom politischen Engagement – dieses Engagement müssen wir  
3588 schützen.

3589 Politische Mitwirkung bildet das Fundament unserer Gesellschaft. Es gibt  
3590 unterschiedliche Formen, Abläufe und Arten der Beteiligung.

3591 Die freie Entfaltung unterschiedlichster individueller Identitäten, Lebensformen und  
3592 Ausdrucksmöglichkeiten ist ein zentrales Element unserer demokratischen  
3593 Gesellschaft. Vielfalt verstehen wir als demokratische Ressource, die wir stärken und  
3594 fördern werden. Die Rechte und die Sichtbarkeit von LGBTQI+-Personen werden wir  
3595 stärken. Migrantenselbstorganisationen, Integrationsbeiräte und interkulturelle  
3596 Projekte werden wir weiterhin unterstützen. Die gleichberechtigte Teilhabe aller am  
3597 gesellschaftlichen Miteinander ist für uns die Grundlage für den Zusammenhalt  
3598 unserer vielfältigen Gesellschaft.

3599 Wir werden uns in der 19. Wahlperiode mit einer möglichen Weiterentwicklung der  
3600 Landesverfassung befassen. In diesem Zusammenhang wollen wir bestehende  
3601 Regelungen im Lichte gesellschaftlicher, politischer und rechtlicher Entwicklungen  
3602 daraufhin überprüfen, ob und inwieweit sich ein Bedarf für Anpassungen oder  
3603 Ergänzungen ergibt.

3604

### 3605 ***Partnerschaft mit Kirchen und Religionsgemeinschaften pflegen***

3606 Kirchen und Religionsgemeinschaften sind ein stabiler Anker unserer Gesellschaft. Sie  
3607 prägen Werte, stiften Orientierung und übernehmen Verantwortung. Sie leisten einen  
3608 unverzichtbaren Beitrag zum kulturellen Leben, zum sozialen Zusammenhalt und zum  
3609 ehrenamtlichen Engagement in Rheinland-Pfalz. Damit sind sie für uns auch wichtige  
3610 Partnerinnen bei der Stärkung unserer freiheitlichen Demokratie. Wir bekennen uns  
3611 ausdrücklich zur Religionsfreiheit als Grundpfeiler. Die christlichen Kirchen und  
3612 freikirchlichen Gemeinschaften, die jüdischen und alevitischen Gemeinden sowie  
3613 islamische Gemeinschaften in unserem Land leisten einen zentralen Beitrag zu  
3614 unserem sozialen, kulturellen und ehrenamtlichen Leben. Wir wollen auch künftig mit  
3615 ihnen eng zusammenarbeiten.

3616 Wir unterstützen die Kirchen insbesondere als Trägerinnen von Einrichtungen in den  
3617 Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege sowie für Bedürftige, damit sie diese  
3618 Aufgaben auch künftig gut wahrnehmen können.

3619 Wir werden das jüdische Leben in unserem Land weiter stärken. Die bestehenden  
3620 Staatsverträge entwickeln wir zusammen mit dem Landesverband der Jüdischen  
3621 Gemeinden in Rheinland-Pfalz und der Jüdischen Kultusgemeinde Mainz-  
3622 Rheinhessen fort. Antisemitismus in all seinen Formen bekämpfen wir entschlossen  
3623 weiter. Zur Stärkung des jüdischen Lebens und zur wirksamen Bekämpfung von  
3624 Antisemitismus setzen wir das Landeskonzept „Gemeinsam handeln für jüdisches  
3625 Leben und gegen Antisemitismus“ konsequent um.

3626 Als CDU und SPD verstetigen wir den Dialog und die Zusammenarbeit mit islamischen  
3627 Religionsgemeinschaften und Verbänden. Wir stärken und begleiten sie dabei, sich  
3628 gesellschaftlich zu engagieren und halten an den bestehenden Verträgen und deren  
3629 Umsetzung fest.

3630 **9. Unsere Verantwortung für eine partnerschaftliche**  
3631 **Zusammenarbeit in der Koalition**

3632 Die Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD gilt für die Dauer der 19. Wahlperiode.  
3633 Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarung im Regierungshandeln und  
3634 im Parlament umzusetzen. Die Partner tragen für die gesamte Politik der Koalition  
3635 gemeinsam Verantwortung.

3636 Die Koalitionspartner treffen sich mindestens dreimal im Jahr zu Koalitionsgesprächen  
3637 im Koalitionsausschuss. Darüber hinaus tritt der Koalitionsausschuss auf Wunsch  
3638 einer der beiden Koalitionspartner zusammen. Er berät Angelegenheiten von  
3639 grundsätzlicher Bedeutung, die zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt werden  
3640 müssen und führt in Konfliktfällen Konsens herbei.

3641 In jährlichen Koalitionsklausuren wird der Stand der Umsetzung der vereinbarten Ziele  
3642 und Maßnahmen überprüft. Auf dieser Grundlage werden Prioritäten und  
3643 Arbeitsschwerpunkte auf ihre Aktualität überprüft und auch für das jeweilige Folgejahr  
3644 festgelegt.

3645 Die Staatskanzlei, das die SPD-geführten Ministerien koordinierende Ressort und die  
3646 Fraktionsführungen von CDU und SPD stimmen Arbeit in Parlament und Regierung  
3647 laufend und umfassend miteinander ab.

3648 Die beiden Koalitionspartner stimmen im rheinland-pfälzischen Landtag und in allen  
3649 Gremien einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der  
3650 vorliegenden Vereinbarung sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen. Alle  
3651 Anträge, Gesetzesinitiativen und Anfragen auf Fraktionsebene werden gemeinsam  
3652 eingebracht. Im Ausnahmefall können Anfragen auf Fraktionsebene von einem Partner  
3653 allein eingebracht werden. Dies erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen.

3654 CDU und SPD benennen jeweils zwei Mitglieder des Bundesrats. Die übrigen  
3655 Mitglieder der Landesregierung werden stellvertretende Mitglieder des Bundesrats.  
3656 Das Mitglied im Vermittlungsausschuss wird von der CDU und das stellvertretende  
3657 Mitglied im Vermittlungsausschuss durch die SPD benannt.

3658 Das Abstimmungsverhalten des Landes wird unter Berücksichtigung der Interessen  
3659 des Landes und am Inhalt und Geist der Koalitionsvereinbarung zwischen den  
3660 Koalitionspartnern abgestimmt. Sofern in Fragen, die nach Auffassung eines  
3661 Koalitionspartners von grundsätzlicher Bedeutung sind, eine Einigung nicht erzielt  
3662 werden kann, wird sich das Land der Stimme enthalten.

3663 Die Koalitionsparteien vereinbaren folgende Struktur der Landesregierung:

3664 Die CDU stellt den Ministerpräsidenten.

3665 Die SPD stellt die Stellvertretende Ministerpräsidentin oder den Stellvertretenden  
3666 Ministerpräsidenten nach Art. 105 Abs. 2 der Landesverfassung.

3667 Die CDU trägt Verantwortung für:

- 3668 - Staatskanzlei
- 3669 mit dem Ministerium für Bundes- Europaangelegenheiten, Sport, Ehrenamt und
- 3670 Medien
- 3671 - Ministerium für Bildung
- 3672 - Ministerium für Inneres, Integration und Verkehr
- 3673 - Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Forsten
- 3674 - Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

3675

3676 Die SPD trägt Verantwortung für:

- 3677 - Ministerium der Finanzen, mit den neuen Zuständigkeiten für Digitalisierung und
- 3678 Staatsmodernisierung
- 3679 - Ministerium für Kommunen, Bauen, Wohnen und Kultur
- 3680 - Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen, Familie und Jugend
- 3681 - Ministerium für Wirtschaft, Energie und Klima
- 3682 - Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Gesundheit